



10. Sitzung

Mittwoch, 3. September 2008

Vorsitzende: Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Aktuelle Stunde	419	Dr. Martin Schäfer SPD	439
Fraktion der GAL:		Fraktion der CDU:	
Hamburg macht Schule! Start für längeres gemeinsames Leben		Spielende Kinder dürfen nicht eingemauert werden	
Michael Gwosdz GAL	419	(Fortführung am 04.09.2008)	
Marino Freistedt CDU	420		
Ties Rabe SPD	421, 430	Fraktion der SPD:	
Dora Heyenn DIE LINKE	422	Schwarz-grüne Nebenabsprachen – Absage an Wahrheit, Transparenz und Verlässlichkeit	
Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin	423	(Fortführung am 04.09.2008)	
Jens Kerstan GAL	425		
Dittmar Lemke CDU	426		
Andrea Rugbarth SPD	427		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	428		
Wolfgang Beuß CDU	429		
Fraktion DIE LINKE:		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Antira- und Klimacamp: Versammlungsfreiheit aufgelöst		Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission	
Christiane Schneider DIE LINKE	430	– Drs 19/886 –	442
Kai Voet van Vormizeele CDU	432		
Dr. Andreas Dressel SPD	433		
Antje Möller GAL	434, 441	Ergebnis	461
Dr. Till Steffen, Senator	435		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	438		
Karl-Heinz Warnholz CDU	439		

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 19/552:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes hier: Neugestaltung der Studienfinanzierung (Senatsantrag)

– Drs 19/939 –

442

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Entkoppelung von Rückmeldung und Studiengebühren

– Drs 19/1019 –

442

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Uneingeschränkte Befreiung von den Gebühren für Eltern, chronisch kranke und behinderte Studierende

– Drs 19/1020 –

442

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Uneingeschränkte Befreiung von den Gebühren für Studierende, die in den Gremien der Hochschule mitwirken

– Drs 19/1021 –

442

sowie

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Koalitionsvertrag nachgelagert einhalten

– Drs 19/1022 –

442

zusammen mit

Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/29:

Studiengebühren abschaffen (Antrag der SPD-Fraktion)

– Drs 19/907 –

442

und

Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/39:

Studiengebühren (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 19/908 –

442

und

Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/89::

Studiengebühren, Moratorium für Exmatrikulation wegen Nichtzahlung der Studiengebühren (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 19/909 –

442

sowie

Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/152:

Exmatrikulationen wegen Studiengebühren sofort stoppen! (Antrag der SPD-Fraktion)

– Drs 19/910 –

442

Wolfgang Beuß CDU

442

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD

444

Dr. Eva Gümbel GAL

445

Dora Heyenn DIE LINKE

447, 459

Dr. Herlind Gundelach, Senatorin

449

Dr. Peter Tschentscher SPD

450

Thilo Kleibauer CDU

452

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

454

Jens Kerstan GAL

455

Philipp-Sebastian Kühn SPD

456

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU

458

Beschlüsse

460

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Raumbedarf für die Primarschule

– Drs 19/448 –

461

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Einführung der Primarschule und Stadtteilschule

– Drs 19/989 –

461

Ties Rabe SPD

461

Dittmar Lemke CDU

464

Michael Gwosdz GAL

465

Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin

466

Andrea Rugbarth SPD

467

Marino Freistedt CDU

468

Beschluss und Besprechung erfolgt

469

Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:

Ankopplung des Blindengeldes an die Rentenentwicklung – daher Änderung des § 2 Absatz 1 HmbBlinGG

– Drs 19/930 –

469

Egbert von Frankenberg CDU

469

Uwe Grund SPD

469

Martina Gregersen GAL

469

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE

470

Beschlüsse

471

Antrag der Fraktion der CDU:

Implementierung einer abgestimmten Landes- und Regionalplanung für die Metropolregion Hamburg durch Schaffung einer Gemeinsamen Planungskonferenz der Metropolregion Hamburg

– Drs 19/927 –

471

Beschlüsse

471

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Medizinische Versorgung Obdachloser

– Drs 19/601 –

471

Ksenija Bekeris SPD

471

Lydia Fischer CDU

472

Kersten Artus DIE LINKE

473

Martina Gregersen GAL

474

Dietrich Wersich, Senator

475

Uwe Grund SPD

476

Beschluss und Besprechung erfolgt

477

Antrag der Fraktion der GAL:

Spiel- und Freizeitflächen für Jung und Alt

– Drs 19/931 –

477

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Planungswerkstatt Mehrgenerationen-Bewegungsflächen

– Drs 19/1004 –

477

Christiane Blömeke GAL

477, 481

Dirk Kienscherf SPD

478

Ekkehart Wersich CDU

479

Mehmet Yildiz DIE LINKE

480

Beschlüsse

481

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

PPP bei Schulgebäuden und Bewirtschaftung von Schulen

– Drs 19/769 –

481

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

482, 486

Egbert von Frankenberg CDU

483

Britta Ernst SPD

483

Jens Kerstan GAL

484

Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin

485

Dr. Peter Tschentscher SPD

486

Beschluss

487

Beginn: 15.03 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Es wäre nett, wenn die Wiedersehensfreude nach der langen Sommerpause jetzt etwas abebben würde und wir mit der

Aktuellen Stunde

beginnen könnten. Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Hamburg macht Schule! Start für längeres gemeinsames Lernen

von der Fraktion DIE LINKE

Antira- und Klimacamp: Versammlungsfreiheit aufgelöst

von der CDU-Fraktion

Spielende Kinder dürfen nicht eingemauert werden

und von der SPD-Fraktion

Schwarz-grüne Nebenabsprachen - Absage an Wahrheit, Transparenz und Verlässlichkeit

Ich rufe das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? Herr Gwosdz, bitte.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme und erholsame Sommerpause.

Es waren Schulferien, ein neues Schuljahr hat begonnen. Rund 13 000 Schülerinnen und Schüler besuchen erstmals dieses Jahr die Schule und freuen sich darauf, viel Neues zu erfahren und zu entdecken.

(Ingo Egloff SPD: Sie freuen sich darüber, dass Sie noch nicht in die Primarschule müssen!)

Sie bringen ihre kindliche Neugierde und ihre Wissbegierde mit und werden hoffentlich an unseren Schulen viele gute Erfahrungen machen.

Doch zugleich beginnt auch wieder für Tausende Neun- oder Zehnjähriger ein Schuljahr, das über ihr künftiges Schicksal entscheiden soll. Schaffen sie den Sprung auf das Gymnasium und steht ihnen damit der gerade Weg zum Abitur offen oder werden sie aussortiert. Immerhin haben wir diesen Druck schon ein wenig gelindert. Es gibt keine isolierten Hauptschulklassen mehr, die Brandmarkung, auf der Schule der Verlierer gewesen zu sein, bleibt vielen Kindern künftig erspart. Doch das ist nur der erste kleine Schritt zu einer neuen

Kultur des Lernens und einer neuen Struktur der Schule.

Hamburgs Schulen machen sich ab diesem Schuljahr auf den Weg, die Unterrichtsqualität und die Schulstruktur zu modernisieren und zu verbessern. In wenigen Wochen beginnen die regionalen Schulentwicklungskonferenzen. Aus allen Schulen werden Schulleiter, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer zusammenkommen und gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schulen beraten und diskutieren. Dieser Auftakt der regionalen Konferenzen ist ein guter Anlass, noch einmal in Erinnerung zu rufen, warum wir das Ganze überhaupt machen und mit welchem Ziel.

Unbestritten ist, dass die Erfolge des jetzigen Schulsystems durch ein mehrfaches Versagen konterkariert werden. Das jetzige Schulsystem verstärkt soziale Ungleichheit statt Chancengleichheit zu fördern, Kinder werden abgeschult oder zu Sitzbleibern gestempelt statt individuell gefördert zu werden. Zu wenige Schülerinnen und Schüler machen Abitur und gleichzeitig verlassen zu viele Schülerinnen und Schüler die Schulen ohne einen Abschluss.

Eine der wesentlichen Ursachen ist das Schubladendenken, das Kinder in erster Linie nach vermeintlichen Begabungen sortiert. Dieses Denken befördert die vielleicht meist gebrauchte Ausrede im deutschen Schulsystem. Verfehlt ein Kind die Lernziele, ist nicht die Unterrichtsqualität schuld, sondern die fehlende Begabung. Das Kind wird nicht gefördert, sondern umsortiert. Ein kleiner Vergleich aus der Botanik: Wenn eine Pflanze nicht gedeiht, genügt es meistens auch nicht, sie einfach umzutopfen und sich dann selbst zu überlassen, damit sie blüht und gedeiht. Wir müssen weg von der Illusion, in homogenen Lerngruppen im Gleichschritt lernen zu können, denn diese gleichförmigen Klassen gibt es trotz Hin und Her und Aus- und Umsortierens an keiner Schule. Auch jetzt ist die Unterschiedlichkeit zwischen den Schülerinnen und Schülern innerhalb einer Klasse groß. Lernen im Gleichschritt bremst diejenigen, die schneller sind und setzt diejenigen unter Druck, die mehr Zeit brauchen. Wir brauchen also eine neue Kultur des Lernens,

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

die Leistung positiv besetzt, ohne die Schwächeren zu vergessen, die sozial gerecht ist, ohne die Stärkeren zu bremsen.

In den Mittelpunkt des Unterrichts rückt daher nicht das Lernen von Stoff für die Tests, um es mit den Worten des Präsidenten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Klaus Wenzel, zu sagen – ich zitiere:

"Wir müssen weg vom Bulimie-Lernen, bei dem die Schüler vor einer Prüfung Fakten-

(Michael Gwosdz)

wissen in sich hineinfressen, um es wiederzugeben und anschließend zu vergessen."

Zitatende.

(Beifall bei der GAL)

Der Vielfalt an Begabungen und Talenten unserer Kinder wird diese Art von Lernen nicht gerecht. Stattdessen brauchen wir neue Unterrichtsmethoden, die verstärkt auf die Entwicklung von Kompetenzen ausgerichtet sind. Der ausgeweitete Schulversuch, Kompetenzberichte statt Zeugnisse und Noten, liefert hier wichtige Ergebnisse. Wo Lehrkräfte bereits mit neuen Methoden arbeiten, werden sie bei der Weiterentwicklung unterstützt. Gleichzeitig gibt es für alle Lehrer eine Fortbildungsoffensive, um mit heterogenen Lernstrukturen umzugehen.

Individuelle Förderung benötigt aber auch kleinere Klassen. In den Grundschulen ist dieses Ziel schon erreicht. Auch für die noch großen dritten und vierten Klassen haben wir zusätzliches Personal für weitere Teilungsstunden. Ganz entscheidend bei den künftigen Schulen wird sein, dass es in den Primarschulen keine Klassen über 25 geben soll und es in den Brennpunkten höchstens 20 Kinder sein werden. Für die ersten sechs Jahrgänge von Schülerinnen und Schülern bedeutet das eine elementare äußere Verbesserung des Lernumfelds.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Eine neue Kultur des Lernens benötigt auch einen anderen Lernrhythmus. Ganz entscheidend ist daher der Ausbau von Ganztagschulen, ganz abgesehen von der ökonomischen Notwendigkeit eines solchen Angebots, es mehr Eltern zu ermöglichen zu arbeiten. Entscheidend ist natürlich, dass es sich nicht um Alibiganztagschulen handelt, sondern dass diese eine entsprechend gute Ausstattung haben. Deshalb haben wir bereits in diesem Schuljahr die bestehenden und die neuen Ganztagschulen deutlich besser ausgestattet als bisher. Es können wieder mehr Pädagogen anstelle von Honorarkräften eingesetzt werden.

Wir werden dieses Jahr eine Reform starten, die am Ende zwei geradlinige Wege zum Abitur, längeres gemeinsames Lernen und kein frühes Sortieren nach der vierten Klasse, zum Ergebnis haben wird. Hamburg nähert sich damit dem europäischen Standard an für eine gute und neue Hamburger Schule. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Freistedt.

Marino Freistedt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Seit fast einer Woche hat die Schule wieder begonnen und Lehrer, Schüler und Eltern

befinden sich in einem Schuljahr, das große Verbesserungen mit sich bringt. Die Koalition von Schwarz-Grün hat ein umfangreiches Paket geschnürt, um unsere Hamburger Schulen zu den erfolgreichsten Schulen in der Bundesrepublik Deutschland zu machen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Frau Senatorin Goetsch hat sich als Präses der Schulbehörde in Briefen direkt an die Eltern gewandt und die Ziele der Reform benannt. Sie hat damit eine Tradition fortgesetzt, die schon bei früheren Koalitionen und Regierungen gewählt wurde; es besteht aber ein Unterschied. Während in der Vergangenheit immer wieder zu Beginn des Schuljahres über mangelnde Lehrerausstattung oder fehlende vergammelte Schulräume öffentlich geklagt wurde,

(Ingo Egloff SPD: Da hat Frau Dinges-Dierig wohl einiges falsch gemacht!)

ist es in diesem Jahr in der Medienwelt und an den Schulen relativ ruhig geblieben. Jetzt zeigt sich, dass beide Schulsenatorinnen in diesem Jahr ihre Hausaufgaben gut gemacht haben und in den letzten Jahren eine deutliche Verbesserung der schulischen Situation eingetreten ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dieser Senat hat seine Aufgaben gemacht und Eltern sowie Schülerinnen und Schüler können mit viel Zuversicht in das Schuljahr 2008 und 2009 hineingehen.

Sie haben es eben von Herrn Gwosdz gehört: GAL und CDU sind sich in Fragen der Schulgestaltung, in Fragen, wie Hamburg Schule macht, einig. Daher steht auch am Anfang dieser Bürgerschaftssitzung ein Thema, über das politisch zwischen Regierung und Opposition gestritten wird, das aber nach unserer Meinung Hamburg künftig zu einem Exzellenzstandort für schulische Bildung in Deutschland macht; dafür geben wir gerne gutes Geld aus.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Nachtragshaushalt hat es schon bestätigt und der Doppelhaushalt wird dieses nochmals deutlich unterstreichen. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres, so haben wir es noch vor der Sommerpause in diesem Kreise beschlossen, beginnt die erste Phase der verbesserten Lernsituation für die Hamburger Schülerinnen und Schüler: Haupt- und Realschüler lernen gemeinsam. An diesem Punkt zeigen sich auch die besonderen Qualitäten der derzeitigen Koalition. Die Innovationsfreude der GAL und der CDU verbinden sich mit den Erfahrungen der letzten Jahre und dieses führt zu einer Leistungsoffensive an den Schulen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Marino Freistedt)

Wir zwingen den Hamburger Schülerinnen und Schülern kein Modell auf, das sofort alle betrifft. Wir bereiten die Schulen gemeinsam vor, damit sie mit den wichtigen sozialen Institutionen wie REBUS, aber auch mit den Bezirken und den Jugendämtern sorgfältig umgehen können. Hier wird geplant, es gibt keine kopflose Einführung einer Einheitsschule. Mit kleinen Schritten, die uns und Ihnen jetzt vorgestellt wurden, können wir die Situation an den Schulen verbessern und es wird eine Evaluation dazu geben.

In der nächsten Zeit wird sich besonders zeigen, dass es ein lohnenswerter Schritt war, die Hamburger Schulinspektion einzuführen, denn dort erhalten wir Entwicklungsstandsmeldungen, Informationen, Leistungsübersichten, um die heute zu diskutierenden Schulreformaßnahmen auch politisch begleiten zu können.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Zusammenführung von Haupt- und Realschulen ist ein wichtiger Schritt, er ist für die Schüler bedeutsam. Eben ist schon darauf hingewiesen worden, dass wir das Konzept des gemeinsamen Lernens bis Klasse 6 erweitern und damit eine gute Leistungsbasis für Gymnasium und Stadtteilschule sichern.

Wenn in der morgigen Ausgabe einer großen Tageszeitung davon gesprochen werden wird, dass in Hamburg eventuell ein humanistisches Gymnasium zum Sterben verurteilt werde, so geschieht das nicht mit der CDU, nicht mit dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ganz im Gegenteil kann hier humanistisches Gedankengut in der Primarschule eingeführt werden. Dieses wird altersgerecht sein und ich habe keine Sorge, dass wir das gut schaffen.

All dieses, das möchte ich zum Abschluss sagen, ist eine besondere Leistung dieser Koalition. Wir haben die Hausaufgaben gemacht und freuen uns auf eine angeregte Debatte und bitten, von Neid Abstand zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rabe.

Ties Rabe SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Schulpolitik, insbesondere in der Darstellung der Koalition, ist viel die Rede von Start, von Aufbruch, von Aufbruchstimmung. Ich räume ein, dass unser Schulsystem einen Aufbruch und eine Aufbruchstimmung braucht. Aber allein die Bereitschaft aufzubrechen und zu starten, macht noch keinen Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Die Bereitschaft, sich auf den Weg zu machen, steht möglicherweise am Anfang großer und guter Veränderungen, aber diese Bereitschaft prägte auch den Start der Titanic. Deswegen kommt es nicht nur auf die Bereitschaft an, sondern auch auf den richtigen Kurs und wir fordern einmal mehr ganz klar von dieser Regierung, endlich die Karten auf den Tisch zu legen und zu sagen, welchen Kurs sie konkret in der Bildungspolitik steuern will.

(Beifall bei der SPD – *Viviane Spethmann CDU:* Das müssen Sie gerade sagen!)

Statt das zu tun, sprechen Sie in der Öffentlichkeit immer gerne über Ihre Ziele. Diese benannten Ziele finden wir gut und ich stimme Herrn Gwosdz ausdrücklich bei der Darstellung dieser Ziele zu. Die Ziele sind richtig, aber die Ziele teilt das ganze Haus.

(*Michael Neumann SPD:* Leider nicht das ganze!)

Über die Ziele müssen wir nicht mehr lange reden, es geht um Chancengleichheit in der Bildung und um bessere Bildung. Spannend ist eher die Frage, wie wir diese Ziele erreichen.

(*Wilfried Buss SPD:* So ist es!)

Diese Frage klammert die Koalition mit Bedacht beständig aus. Einfache Fragen wie beispielsweise, was ist eine Primarschule, werden nicht beantwortet. Eine Primarschule ist – so steht es im Koalitionsvertrag – ein Konglomerat von verschiedenen Schulformen: Langform, Kurzform, Mittelform, mit Gymnasium, ohne Gymnasium und so weiter. Frau Goetsch dagegen sagt, anders als es im Koalitionsvertrag steht, den Schulleitern so ungefähr, verraten sie es nicht der CDU, aber die Primarschule ist immer selbstständig. Das scheint eine theoretische Frage zu sein, aber genau an dieser Frage entscheidet sich, ob unser Schulsystem für mehr Chancengleichheit umgebaut wird oder ob die Chancengleichheit noch weiter zurückgefahren wird. Deswegen sagen wir an dieser Stelle ganz klar, die Ungerechtigkeit, die Zersplitterung unseres Schulsystems muss zusammengeführt werden und wir glauben, Ihre Pläne, die Primarschule zu einer Vielfalt von verschiedenen Schulen aufzuspalten, führen nicht weiter; Finger weg von der weiteren Zersplitterung unseres Schulsystems.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man weiterhin fragt, was ihr denn noch konkret als Kurs anzubieten habt, dann liest man viel Wirres und Halbgares, heute zum Beispiel in der "tageszeitung" folgende grandiose Idee. Die Schulbehörde werde in Zukunft mit einer Art Organisationssteuerung festlegen, dass 70 Prozent der Schüler auf die Stadtteilschule kommen und 30 Prozent auf das Gymnasium; das wird in dieser Behörde von vornherein entschieden. Es ist richtig,

(Ties Rabe)

dass die Stadtteilschule gestärkt werden muss, aber spannend ist, auf welchem Weg wir das erreichen. Diese großartige Idee, Hamburg in 70 zu 30 aufzuteilen, hat mich doch verblüfft. Warum nicht gleich 15 zu 85, das wäre das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie und Adel in der Kaiserzeit und daher scheint diese Idee zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Der nächste Schritt könnte dann vielleicht folgerichtig sein, dass man sagt, wir teilen das 70 zu 30 in den Schulen auf und das machen wir auch in der Stadt so; Zuzugsbegrenzung für Blankenese oder Lurup, auch dort 70 zu 30. Es ist ein seltsames Gesellschaftsbild, was dahintersteht.

Aber ich will noch einen anderen Punkt ansprechen. Die Idee, die Stadtteilschule zu stärken, ist richtig, aber welche Instrumente setzen wir dafür ein. Der normale Vorschlag könnte doch sein, in der Schulpolitik Kräfte zur Veränderung zu wecken, die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu wecken und auch auf die Selbstverantwortung von Eltern und Schülern zu setzen. Ihre Schulpolitik scheint sich dagegen aus dem angestaubten Arsenal der Planwirtschaft zu bedienen, dem Prinzip, der große Bruder, die Behörde, steuert das schon. Das alles ist prima einfach, keine Schule muss mehr um Schüler kämpfen, keine Eltern nerven die Bürokraten, es wird alles vorher festgelegt: 30 Prozent auf das Gymnasium und der Rest in die Stadtteilschule. Das prima Ergebnis solcher Steuerungsideen haben wir vor 1989 jenseits von Lüneburg bewundern können. Natürlich braucht die Stadtteilschule viele Schüler, aber das erreicht man, indem man auf Qualität setzt, indem man diese Schule stärkt, indem man dort besseren Unterricht anbietet, indem man mehr Lehrer einsetzt und insgesamt ein besseres Schulangebot macht. Es wundert mich nicht, dass gerade diese Idee, die Stadtteilschule attraktiv zu machen, von Ihrer Regierung offensichtlich nicht aufgegriffen wird.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss. Es gibt viel zu tun, fangen Sie endlich damit an. Statt immer nur über Ihre Ziele zu reden, sollten Sie über den Kurs reden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Hamburg macht Schule! Start für längeres gemeinsames Lernen", so ist der Schulstart von GAL und CDU gerade über den grünen Klee gelobt worden. Für die LINKE stellt es sich durchaus so dar, dass von der Senatorin einiges auf den Weg gebracht wurde; das geben wir auch gerne zu und akzeptieren es auch.

(Wolfgang Beuß CDU: Hört, hört!)

Vor der Sommerpause haben wir darüber diskutiert und einstimmige Beschlüsse gefasst; darauf hat Herr Rabe hingewiesen. Die Neueinstellung von Lehrkräften, die Einrichtung von vier Ganztagschulen, die Fortführung des Schulversuchs Kompetenzmessung und die Abschaffung der isolierten Hauptschule hat unsere Zustimmung gefunden. Jetzt kommt das Aber: Es ist nur ein Anfang, denn bei dieser ganzen Euphorie wird vergessen – das habe ich leider auch im umfangreichen Anhang der Presseerklärung der Behörde vom 26. August vermisst –, dass wir noch Hauptschulen haben. Wir haben jetzt noch Klassen H 8 und H 9 und möchten natürlich gerne wissen, wie viele Hauptschulklassen wir eigentlich zurzeit haben. Ganz wichtig wäre es, sich um diese Hauptschüler zu kümmern. Darauf haben wir schon ein paarmal hingewiesen und wir haben eigentlich auch die Zusage. Eines geht aber nicht: Man kann nicht neben den integrierten HR-Klassen diese Hauptschulklassen einfach unbemerkt von der Öffentlichkeit auslaufen lassen, weil die Schülerinnen und Schüler, die in diesen Klassen sind, verdammt schlechte Chancen haben und da muss man etwas tun. Wir brauchen besondere flankierende Maßnahmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Britta Ernst SPD)

Wir haben schon einmal auf den doppelten Abiturjahrgang hingewiesen und in der Anlage zur Presseerklärung ist auch ein Absatz zum Thema berufliche Bildung enthalten. Zugegeben, das ist neu in der Behörde, da muss sich wahrscheinlich erst eingearbeitet werden, aber wir vermissen trotzdem das Problembewusstsein, und zwar für die Altbewerber und die schwer in Ausbildung zu vermittelnden Jugendlichen.

Ich will einmal zitieren, was in diesem Bericht steht.

"Die gezielte Förderung von begabten und beruflich orientierten Jugendlichen – insbesondere aus bildungsfernen Schichten – soll durch den Erwerb der Fachhochschulreife im Rahmen einer dualen Ausbildung erreicht werden.

Die Attraktivität der dualen Ausbildung wird durch die Schaffung von Zusatzangeboten weiter erhöht."

Damit ist den Hauptschülern und den schwer zu vermittelnden Jugendlichen und dem Altbewerber überhaupt nicht geholfen. Ich möchte anmahnen, dass da ganz viel getan werden muss.

Der Untertitel Ihres heutigen Themas lautet: "Start für längeres gemeinsames Lernen". Davon sind wir in Hamburg noch weit entfernt. Herr Freistedt hat gesagt, Sie hätten die Hausaufgaben gemacht. Sie haben damit angefangen, aber die sind noch lange

(Dora Heyenn)

nicht fertig. Es ist lediglich Zukunftsmusik, über was jetzt geredet und geschrieben wird, es geht alles ins Futur: Es wird geplant, es ist beabsichtigt. 22 Regionalkonferenzen laufen an, sie sollen vier- bis sechsmal tagen. Erst danach können belastbare Ergebnisse hergestellt werden und ob sie dann wirklich belastbar sind, weiß keiner. Es gibt mehr Probleme als Klarheiten.

Auf eines möchte ich auch im Namen meiner Fraktion hinweisen: Die Informationspolitik der Behörde zum Thema Regionalkonferenzen ist äußerst dürftig.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wir müssen bei Schulleitern betteln, damit wir eine Durchschrift eines Briefs der Behördenleiterin bekommen, damit wir wissen, was los ist. Mit mir meine ich die Abgeordneten und die Mitglieder des Schulausschusses. Das ist kein Musterbeispiel für Transparenz, da erhoffen wir uns Besserung.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Im Zusammenhang mit den Regionalkonferenzen tun sich mehrere Fragen auf. Wer soll daran teilnehmen, sind die Sitzungen öffentlich, gibt es schon Vor- und Nebenabsprachen? Das ist ja eine neue Variante in der Hamburger Politik, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Nun halt' dich mal bedeckt!)

Wir haben heute in der "tageszeitung" gelesen und Herr Rabe hat darauf hingewiesen, dass die Sprecherin der Behörde im Interview ganz klar gesagt hat, es werde über einen Schlüssel diskutiert.

(Zurufe von der CDU)

– Ich kann gut verstehen, dass Sie bei den ganzen Nebenabsprachen aufgeregt sind.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Ingo Egloff SPD*: Die kennen sie ja selber nicht alle!)

Bevor überhaupt ansatzweise geregelt ist, wie und wo die angestrebten Primarschulen eingerichtet werden, geht der koalitionsinterne Streit über die Gymnasien weiter und es wird in der Behörde und auch sonst wo darüber nachgedacht, ob vielleicht nach der sechsten Klasse die Verteilung auf Gymnasien und Stadtteilschulen im Verhältnis 50 zu 50, 40 zu 60 oder 30 zu 70 sein soll. Da kann ich aus der Praxis nur sagen, was ist das eigentlich für eine Denke. Jede Klasse ist anders und ich kann doch nicht sagen, in einer Klasse gehen 30 Prozent auf das Gymnasium, auch wenn es die Zahl ist, die letztendlich bisher in der Oberstufe ankam. Man muss doch auf die Schüler Rücksicht nehmen, auf die Individualität.

(Glocke)

Für uns ist das Zwei-Säulen-Modell nicht zwangsläufig. Wir werden uns für eine Schule für alle einsetzen und dann reden wir über gemeinsames Lernen, dann aber konsequent.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Ksenija Becker SPD*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rabe, ich finde es sehr spannend, dass Sie neuerdings alles glauben, was in der Zeitung steht.

(*Ingo Egloff SPD*: Sie haben doch sonst auch immer geglaubt, was in der "tageszeitung" steht!)

Ich merke, dass es eine sehr intensive Debatte wird. Frau Heyenn, wenn man einmal diese Quotendebatte nimmt – Sie sind ja beide Pädagogen –, dann wäre es absurd, wenn wir gut ausgebildete, gut unterrichtete Primarschülerinnen und -schüler haben, die in der Lage sind, ein verkürztes Abitur hinzulegen, von einer Quote zu sprechen. Das würde jeglichem pädagogischem Konsens widersprechen. Insofern ist die Quotendebatte eine Zeitungssente.

(*Ingo Egloff SPD*: Vielleicht wissen Sie gar nicht, was sie in der Behörde planen!)

Aber es ist sehr gut, dass jetzt schon eine angelegte Debatte stattfindet. Wir gehen in den Dialog und es ist ein Thema, das alle betrifft und auch alle möglichst hoch hängen. Der Bildungsgipfel ist in aller Munde und da bringt sicherlich eine einzige Veranstaltung noch nicht den Durchbruch. Trotzdem ist es gut, wenn sich viele mit der Frage der Erziehung und der Unterrichtung junger Menschen beschäftigen und das auch in den politischen Mittelpunkt gerückt wird.

Der Druck ist nämlich für diejenigen sehr groß, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen haben, die nicht in Ausbildung kommen. Es muss dringend eine grundlegende Bildungsoffensive durchgeführt werden, wie wir sie in Hamburg machen, weil wir immer noch das große Problem haben, dass es nicht nach Leistung, sondern nach Herkunft geht. Es ist alles andere als gerecht, dass die sogenannten Risikoschülerinnen und -schüler in Hamburg und den anderen Großstädten in zweistelliger Zahl – 20 bis 30 Prozent – keine Chancen haben. Das können und dürfen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Deshalb ist es gut, dass in allen Landtagen und auch in Hamburg breiter Konsens besteht, etwas dagegen zu tun, dass Konsequenzen daraus gezogen werden.

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

Deshalb komme ich jetzt noch einmal zu der Bildungsoffensive, die in Hamburg stattfindet und nicht irgendwelche Ziele und Forderungen in spe beschreibt. Die überwiegende Zahl der Vorhaben, die wir durchführen, entspricht auch den gemeinsamen Empfehlungen der bürgerschaftlichen Enquete-Kommission aus dem Jahre 2006. Und wenn Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN, damals noch nicht dabei waren, bin ich sicher, dass Sie vieles davon unterstützen werden.

Der Kurs ist klar und wir fangen an, lieber Herr Rabe. Der Ausbau der frühkindlichen Förderung geht jetzt los einschließlich des Ausbaus der Krippenplätze für die Zweijährigen.

Es wird nicht nur über den besseren Übergang von der Kita in die Grundschule gesprochen, sondern auch agiert. Ich nenne das kostenlose Jahr vor der Schule, die Sprachförderung wird immens verstärkt und auch finanziell und konzeptionell weiterentwickelt, der Ausbau der Ganztagschulen ist schon erwähnt worden, ein wichtiges Element sind die kleineren Klassen und schließlich auch eine große Fortbildungsoffensive für die Kolleginnen und Kollegen und der flächendeckende Start in individualisiertes Lernen.

Ich will dazu noch ein paar Worte sagen, Herr Gwosdz hat es schon ausführlich berichtet. Nicht der Gleichschritt ist wichtig für die Schülerinnen und Schüler, sondern man muss genau davon wegkommen, um nicht diejenigen zu bremsen, die schneller sind, und die anderen unter Druck zu setzen, die mehr Zeit brauchen. Die Kinder müssen in dem Tempo lernen können, das ihnen entspricht. Sie sind unterschiedlich und genau dieses ist eine große Herausforderung für die Lehrerinnen und Lehrer, die jetzt im System sind, aber auch für die Lehrerbildung. Ich kann Ihnen sagen: Das Landesinstitut arbeitet auf Hochtouren, um entsprechend Fortbildungspakete zu schnüren. Wir wollen genau das in der neuen Primarschule umsetzen. Herr Rabe, es gibt nicht tausend Formen, es gibt eine Primarschule mit eigenständiger Leitung und eigenständigen Mitwirkungsgremien, nicht mehr und nicht weniger, so steht es im Koalitionsvertrag. Wo und an welchen Orten das sein wird, dazu haben wir die regionalen Schulentwicklungskonferenzen. Leider wollen uns dabei natürlich nicht alle begleiten. Wir wollen nichts anderes als endlich europäische Standards erreichen. Dazu gibt es meines und des Erachtens der Koalition keine Alternative. Deshalb: Ein Schulsystem, in dem die Kinder gemeinsam länger lernen.

Wir entwickeln deshalb die Primarschule und wie bekannt zwei Wege zum Abitur – Stadtteilschule und Gymnasien. Ich möchte an der Stelle noch einmal eine neue Untersuchung zitieren. Die Unternehmer in Baden-Württemberg, 700 Befragte, haben sich mit großer Mehrheit für längeres gemeinsames Lernen ausgesprochen. Das hat am

letzten Montag der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg mitgeteilt. Der Unternehmensverband Nord und immer mehr Leute aus dem Handwerk haben das schon getan. Also auch von dort gibt es Rückenwind und es gibt gute Gründe, warum wir länger gemeinsam lernen lassen.

Ich möchte das aber noch einmal um einen Punkt ergänzen, der für mich sehr wichtig ist. Mir geht es darum, dass die Kinder wirklich mit all ihren Fähigkeiten und Talenten, die sie haben, das Recht bekommen, so gefördert zu werden, dass sie möglichst hoch hinaus kommen und dass sie die Chance bekommen, das Beste aus ihrem Leben zu machen. Ich glaube, das ist eine Herausforderung, die wir alle unterstützen können.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wir fangen jetzt an. Einige haben das nicht glauben wollen und haben gedacht: Lass die mal machen mit Ihren regionalen Schulentwicklungskonferenzen. Das bekommen die gar nicht hin. Das ist alles viel zu komplex. – Wir haben über die Sommerpause gearbeitet und es geht jetzt los. Die einzige Alternative, die es gibt, ist in den Dialog zu treten, auch wenn es sicherlich kontroverse Diskussionen geben wird. Wir haben einen breiten Beteiligungsprozess organisiert, weil es das gute Recht ist zu wissen, wie die Verfahren ablaufen, welche Zeitpläne es gibt und welche Schritte unternommen werden. Dafür stehe ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörde zur Verfügung. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch ein großes Lob aussprechen. Das Haus, wie man so schön sagt, ist hoch motiviert und engagiert. Lieber Herr Neumann, die Behörde ist für die Schulen da und nicht die Schulen für die Behörde.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das sagen Sie einmal der Behörde! – *Wilfried Buss SPD*: Das war früher aber einmal anders!)

Die Schulentwicklungskonferenzen werden mit professionellen Moderatoren und mit Schulaufsichtsteams starten und im Mai 2009 werden dann die Empfehlungen abgegeben. Die Konferenzen planen die Bildungsangebote in den Regionen und entwickeln sie zusammen mit den Schulen. Dann werden die Empfehlungen an die Deputation weitergegeben, die letztendlich die Entscheidung für die Behörde fällt. Ich kann an dieser Stelle noch einmal sagen, weil es da Irritationen gab: Alle Bezirksabgeordneten haben einen Brief bekommen, um unser Vorgehen zu erläutern. Ich habe mit allen Bezirksamtsleiterinnen und -leitern Gespräche geführt. Die Bezirksverwaltungen werden an dem Beratungsprozess beteiligt und unterstützen ausdrücklich diese Schulentwicklungskonferenzen. In der zweiten Phase werden automatisch die Bezirksversammlungen auch beteiligt.

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

Ich freue mich, dass es jetzt losgeht. Ich freue mich darauf, damit anfangen zu können, die Schulen in Hamburg gemeinsam mit dem jetzt gestarteten Prozess darauf vorzubereiten. Es gibt keine Alternative zu dem eingeschlagenen Weg für den besseren Unterricht und für eine Struktur in der die Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen. Ich glaube, nur so schaffen wir es, Schulen zu bekommen, die beflügeln, begeistern, alle Kinder mitnehmen und niemanden zurücklassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

(*Michael Neumann SPD:* Es ist doch alles gesagt. Ist doch alles super!)

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt den Beginn einer großen Schulreform in Hamburg – einer Schulreform, die genau an dem zentralen Punkt des deutschen Schulsystems ansetzt, das immer im Zentrum der Kritik gestanden hat, nämlich dass die soziale Herkunft und auch die finanziellen Mittel der Eltern viel zu sehr darüber entscheiden, welche Chancen auf einen guten Bildungserfolg Kinder in unserer Gesellschaft haben.

Zum Zweiten: Das zentrale Instrument, mit dem wir in diesem Bereich in Zukunft arbeiten werden, die individuelle Förderung, wird nicht nur dazu führen, dass immer mehr junge Menschen bessere Chancen im Bildungssystem haben, sondern dass auch die Leistung auch der Stärkeren in diesem System gesteigert wird. Wenn man sich einmal die deutsche Bildungslandschaft anschaut, ist das in der Tat ein Projekt, das in Deutschland seinesgleichen sucht. Wir sind endlich, zumindest in Hamburg, dabei zu europäischen Standards aufzuschließen. Wenn man sich dann anschaut, was die Opposition heute an Kritik an dieser Reform vorgetragen hat, dann muss man wirklich sagen: Das war erstens wirklich ganz kleines Karo, Herr Rabe. Es tut mir leid Ihnen das sagen zu müssen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD:* Das glaube ich nicht!)

Zum anderen: Wenn das wirklich alles ist, was Sie daran zu kritisieren haben, kann das wirklich nicht so schlecht sein, was wir gerade auf den Weg bringen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Bei dem, wozu Sie Genaueres ausgeführt haben, Herr Rabe, muss ich mich wirklich wundern. Denn es ist nicht nur so, dass wir ein einmaliges Projekt auf den Weg bringen, sondern wir tun das mit einer Beteiligung aller: Der Schulen, der Lehrer, der Schüler, der Eltern und durchaus auch der Be-

zirksamtsleiter. In den Bezirken, in denen es Schulausschüsse gibt, wird in diese gegangen. Auch all das hat es noch nie gegeben. Wenn Sie angesichts einer solchen Situation von Planwirtschaft von oben reden, Herr Rabe, dann fällt mir dazu wirklich nichts ein, außer dass Sie überhaupt nicht mitbekommen haben, was in dieser Stadt passiert.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie haben einen klaren Kurs eingefordert, Herr Rabe. Ich hatte manchmal den Eindruck, dass das sehr stark Projektion zu sein scheint. Sie fordern vom politischen Gegner das ein, was Sie in Ihrer eigenen Partei vielleicht sehr nötig hätten. Denn der Kurs dieser Koalition ist sehr klar. Wir haben als Grüne das langfristige Ziel "9 macht klug – neun Jahre gemeinsam lernen". Das haben wir nicht geschafft.

(*Michael Neumann SPD:* Gibt es Nebenabreden dazu?)

Aber es wird jetzt im besten Fall sieben Jahre gemeinsam gelernt, das ist ein sehr großer Schritt dorthin. Es wird eine Schule geben, die Primarschule, mit einer Schulleitung,

(*Ingo Egloff SPD:* Gibt es denn die Langform des Gymnasiums? Sagen Sie doch einmal etwas dazu! Der Bürgermeister sagt immer Langform des Gymnasiums!)

die zum Teil auf unterschiedliche Standorte verteilt ist.

Da muss ich mich wirklich wundern, Herr Rabe. Sie sind doch Lehrer am Luisen-Gymnasium in Bergedorf. Dort gibt es eine gemeinsame Oberstufe zusammen mit dem Hansa-Gymnasium. Innerhalb einer Stufe pendeln dort Schüler von zwei Schulen und haben trotzdem gute gemeinsame Lernerfolge. Dass Sie jetzt davon reden, da würde irgendetwas zersplittert, widerspricht selbst Ihrer täglichen Erfahrung in Ihrem Beruf, Herr Rabe. Das glauben Sie doch selbst nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern, glaube ich, sollten wir diesen Kurs, den wir eingeschlagen haben, jetzt auch weitergehen. Denn letztendlich werden wir es schaffen, dass die Schüler und Schülerinnen gemeinsam länger lernen und die frühe Selektion, zu der alle pädagogischen Fachleute sagen, dass sie falsch sei und zu falschen Ergebnissen führe, beendet wird. Letztendlich führen wir damit in Hamburg das ein, was im europäischen Standard üblich ist. Denn der Sonderweg, den wir in Deutschland in den letzten Jahren oder grundsätzlich beschritten haben, die frühe Sortierung, die Aufteilung auf drei Schultypen nach Klasse 4, ist nicht nur ein Sonderweg, sondern ist einer der zentralen Gründe, warum Deutschland im europäischen Vergleich bei der Leistung in der Schule so schlecht abschneidet.

(Jens Kerstan)

Ich glaube, wir sollten alle gemeinsam daran arbeiten, in diesem Bereich voranzukommen, und ich kann Sie wirklich nur bitten, nicht so sehr auf Opposition zu schalten, sondern sich im Rahmen der regionalen Schulkonferenzen auch einzubringen und Ihre Bedenken und auch Verbesserungen vorzutragen.

(Ties Rabe SPD: Die haben Sie doch gerade ausgeschlossen!)

Es hat eine gemeinsame Sitzung der Bezirksamtsleiter mit der Senatorin gegeben und dort waren sich die SPD-geführten Bezirksamtsleiter uneinig.

(Hans-Detlef Roock CDU: Wann sind die sich schon einmal einig?)

Der Bezirksamtsleiter von Mitte hatte einen anderen Kurs als alle anderen, die begeistert waren, dass mit ihnen gemeinsam diskutiert wurde und eine gemeinsame Erklärung vorbereitet werden sollte.

(Glocke)

Insofern sollten Sie sich vorher informieren, bevor Sie hier große Reden halten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lemke.

Dittmar Lemke CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Heute Morgen habe ich im Radio gehört, die SPD hätte ihren Kompass verloren.

(Frank Schira CDU: Schon seit Jahren!)

Ich finde, das ist eine ganz plakative Beschreibung. Nach dieser Debatte steht fest, dass Sie Ihren Kompass in der Schulpolitik noch nicht wiedergefunden haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vieles ist schon gesagt worden. Ich kann mich deswegen auf einige ganz wenige Punkte beschränken. Frau Heyenn hatte der Schulbehörde natürlich eine mangelhafte Informationspolitik vorgeworfen. Das Merkwürdige ist: In meinem Skript, das ich mir zu Hause aufgeschrieben habe, steht genau das Gegenteil.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hält Frau Goetsch jetzt schon Ihre Reden?)

Ich wollte die Behörde und die Informationspolitik ausdrücklich loben. Denn es ist so – ich bin der Meinung: In den Schulbriefen und in den Informationen, die wir bekommen haben, ist das Verfahren sehr transparent dargestellt. Ich glaube, die Behörde liegt richtig, wenn sie eine aktive Informationspolitik betreibt. Dafür bedanken wir uns auch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wo steht eigentlich die SPD?

(Wolfgang Beuß CDU: Im Regen!)

Im Grundsatzprogramm des Jahres 2007 predigten Sie noch gemeinsames Lernen, in der Enquete-Kommission der letzten Legislaturperiode haben Sie einem zweigliedrigen Schulsystem in Hamburg zugestimmt.

(Ties Rabe SPD: Sie müssen das einmal lesen, das stimmt gar nicht!)

Die SPD fährt doch in dieser Frage mehrgleisig. Das ist nicht zu übersehen. Heute wird auch deutlich: Die bildungspolitische Modernisierung wird von der CDU und von der GAL durchgeführt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Primarschule ist für Hamburgs Schulen ein großer Schritt nach vorne – ganz klar. Das sechsjährige gemeinsame Lernen entspricht europäischem Standard, darauf ist schon hingewiesen worden. Auch andere Bundesländer haben sich in diese Richtung aufgemacht. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir den Eltern, die sich um ihre Kinder Sorgen machen, auch sagen, dass hier kein Schulerperiment begonnen wird, sondern dass hier eine Struktur eingeführt wird, die sich andersorts schon bewährt hat und über die es auch wissenschaftliche Untersuchungen gibt, die Ergebnisse zutage gefördert haben, die tatsächlich darauf hinweisen, dass es für die Kinder und auch für den Lernerfolg gut ist. Ich zitiere aus der Elementstudie von Herrn Lehmann. Herr Lehmann hat eindeutig festgestellt, dass schwächere Schüler in der sechsjährigen Grundschule deutlich bessere Leistungen erbringen.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Und in der Einheitsschule noch bessere!)

Ich glaube, wenn wir uns noch einmal das Gesamtkonzept ansehen, darf man einen wichtigen Punkt nicht vergessen. Und zwar ist der im Koalitionsvertrag schon glasklar festgelegt und darauf werden wir auch immer wieder hinweisen. Die Begriffe Primarschule und individualisierte Förderung sind untrennbar miteinander verknüpft. Hier wird im Landesinstitut natürlich auch an den entsprechenden Tools gearbeitet. Es ist klar, dass es durch das gemeinsame Lernen natürlich Umstrukturierungen im bisherigen Unterricht geben muss. Die wird es auch geben. Ich bin auf die Konzepte gespannt, die uns dazu vorgelegt werden.

(Wilfried Buss SPD: Ach, Ihr kennt die Konzepte noch gar nicht?)

Ich wollte noch etwas zu Herrn Rabe sagen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Rabe, Sie haben der Regierungskoalition vorgeworfen, eine Zersplitterung der Schulen zu be-

(Dittmar Lemke)

treiben und eine Zersplitterung des Systems hervorzurufen. Da muss ich wirklich sagen: Das finde ich witzig. Wer hat denn eigentlich das Schulsystem durch den Aufbau der Gesamtschulen und durch die zusätzliche Schulform zersplittert? In 40 Jahren hat doch die SPD das Schulsystem zersplittert.

(Beifall bei der CDU – *Carola Veit SPD*: 44 Jahre!)

Unter dem Strich muss ich sagen: Ich verbinde mit dieser Reform, eigentlich genau wie der Bürgermeister es in seiner Regierungserklärung gesagt hat, die Hoffnung auf eine dauerhafte Schulstruktur, die den Schülern und den Schulen dauerhaft Sicherheit gibt und nicht in jeder Wahlperiode umgekrempt wird. Ole von Beust hat es so gesagt:

"Diese Pläne, auf die wir uns geeinigt haben, ... werden [in Hamburg] endlich Schulfrieden schaffen."

Ich meine, das ist das Ziel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Auf den ersten Blick wirkt der Titel für diese von der GAL angemeldete Aktuelle Stunde ganz flott: Hamburg macht Schule! Start für längeres gemeinsames Lernen. Das Problem ist leider nur, dass diese Überschrift lediglich den Formelkompromiss des Senats überdecken soll. Schließlich wollte die CDU am liebsten bei den vier Jahren Grundschule bleiben, während die so reformfreudige GAL einen ganzen Wahlkampf lang sehr überzeugend neun gemeinsame Schuljahre favorisierte.

(*Farid Müller GAL*: So funktioniert Demokratie!)

Machen wir uns also nichts vor. Dass wir nun über die Einführung der sechsjährigen Primarschule reden, ist letztlich ein Zufall. Ein bisschen mehr Nachgeben der CDU beim Kraftwerk Moorburg hätte vielleicht nur zu einer gemeinsamen fünfjährigen Schulzeit geführt. Ein bisschen mehr Entgegenkommen auf Seiten der GAL in einem anderen Thema hätte vielleicht sogar zu einem Kompromiss einer beispielsweise siebenjährigen Primarschule geführt.

(*Egbert von Frankenberg CDU*: Das ist ja Unfug!)

Im Übrigen wissen wir inzwischen, dass in Nebenabreden eine Menge möglich war. Aber ungeachtet dieser eher zufälligen Ergebnisse Ihrer Koalitionsverhandlungen verdienen die Kinder, die Eltern und auch die Lehrer dieser Stadt, dass wir versu-

chen, die schlimmsten, sich bereits ankündigenden Fehler in der Umsetzung Ihrer geplanten Schulpolitik zu begrenzen. Nebenbei bemerkt: Mich beschleicht das Gefühl, dass das Parlament an diesem Punkt nicht so richtig ernst genommen wird. Wir diskutieren über den zweiten Schritt vor dem ersten. Wir diskutieren über eine grundlegende Schulreform ohne die Vorlage einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage. Aber das nur nebenbei.

(Beifall bei der SPD)

Die grundsätzliche Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen ist in Ordnung. Sie ist sogar erstrebenswert. Aber zunächst einmal ist die Schulstruktur nur eine reine Veränderung der Organisationsform. Wichtig wäre aber eine zusätzliche innere Reform, welche eine tatsächlich bessere Qualität des Unterrichts ermöglichen würde. Die Eltern wollen doch von Ihnen wissen, wie Sie das bewerkstelligen wollen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das erzählen wir Ihnen ja jetzt!)

– Da bin ich gespannt.

Aber trotz einer gewaltigen Informationsflut aus dem Hause der Schulsenatorin haben wir bis heute keine Antwort auf die Frage, wie dies gelingen soll. Die von Ihnen in der Öffentlichkeit versuchte Gleichsetzung einer Schulstrukturänderung mit einer quasi von selbst eintretenden qualitativ inhaltlichen Verbesserung des Unterrichts ist doch ein fataler Irrtum. Wir wissen: Das hängt nicht voneinander ab. Die Eltern – und da bin ich mir ganz sicher – werden dies merken und konkret nach den Verbesserungen fragen. Im Vordergrund der reinen Strukturdiskussion stehen derzeit nur Themen wie die regionale Aufteilung der Primarschulen auf die verschiedenen Standorte oder die Fragen nach den regionalen Schulkonferenzen. So kommt es, dass viele problematische Punkte, die das wirkliche Leben so mit sich bringt, gar nicht gesehen werden. Überwiegt zum Beispiel in diesen regionalen Schulkonferenzen nicht das Interesse der einzelnen Schule beziehungsweise des jeweiligen einzelnen Schulleiters zukünftig Primarschulleiter zu werden, um so von A 13 nach A 15 gestuft zu werden?

(*Olaf Ohlsen CDU*: Wie kann das bloß angehen?)

Oder wird dann nicht dorthin und in die dann erforderlichen zusätzlichen Abteilungsleitungen ein Großteil der versprochenen Etaterhöhungen verschwinden?

(*Jens Kerstan GAL*: Mehr fällt Euch nicht ein? Das ist wirklich traurig!)

Aber zum Thema des Schulhaushalts und der tatsächlichen Kosten Ihrer Schulreform werden wir si-

(Andrea Rugbarth)

cherlich noch die eine oder andere Überraschung erleben.

Hinsichtlich der regionalen Schulkonferenzen werden die Eltern aber konkret wissen wollen, nicht nur wo die Primarschule ist, sondern welche Ausstattung die Schule hat oder haben wird, ob die Kinder wirklich gemeinsam unterrichtet werden oder ob es verschiedene Kurse auf unterschiedlichem Leistungsniveau geben wird und vor allem, ob die Lehrer eine entsprechende spezielle Weiterbildung für diesen individualisierten Unterricht haben werden.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist eben gerade gesagt worden!)

– Genau, Frau Goetsch hatte gerade gesagt, dass Fortbildungspakete geschnürt werden. Ich höre es gern, toll.

Aber umfassen diese Fortbildungspakete so wie im Fall der gerade einmal abgeschafften Hauptschulen wieder nur die Weiterbildung für 30 Stunden je Lehrer und Schuljahr, die sowieso schon im Lehrerarbeitszeitmodell verankert sind, oder ist dabei an ein bisschen mehr gedacht? Ich fordere mehr.

(Beifall bei der SPD)

Diese Antworten sind Sie uns bisher schuldig geblieben.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt bleibt für mich, dass die bislang wenigstens teilweise vorhandene Durchlässigkeit des Schulsystems auf der Strecke bleibt. Wir wissen, dass die ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Sie sehen das rote Licht.

Andrea Rugbarth (fortfahrend): – Ich komme zum letzten Satz.

Ich befürchte, dass der Dortmunder Schulexperte Wilfried Bos leider allzu recht hat, wenn er sagt, dass das nur Geld koste und wenig bringen werde. Man werde die Fehler, die man heute bei der Aufteilung der Kinder nach Klasse 4 macht, nur um zwei Jahre verschieben. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind ziemlich pompös mit dem Begriff Exzellenzstandort in die Debatte gestartet, so Herr Gwosdz und Herr Freistedt. Im Lauf der Debatte, das gebe ich Ihnen ger-

ne zu, Herr Kerstan und auch Frau Goetsch, haben wir das jetzt ein bisschen realistischer gefasst. Es geht in Hamburg nicht um Exzellenzstandort, sondern es geht darum, ob wir uns in den nächsten Jahren dem europäischen Standard nähern.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Das heißt zunächst einmal: Wir haben einen großen Nachholbedarf. Wie Frau Goetsch gesagt hat – das kommt in der Diskussion nun einmal nicht vor: Wir haben einen heftigen Druck, dem wir nachgeben müssen: Der Druck – ich will das wenigstens noch einmal sagen – für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, Sie wissen, wie dramatisch das ist. Es geht um Schulabbrecher und es geht um verschiedene Ebenen der Qualität von Abschlüssen und Fähigkeiten. Das ist der Druck, der in Hamburg existiert. Da sind wir weit vom europäischen Standard entfernt. Wir haben uns – und das will ich noch einmal klargestellt haben – fraktionsübergreifend darauf geeinigt, die Schritte gemeinsam zu machen. Die Abschaffung der Hauptschule war ein wesentlicher Schritt und die Begleitmaßnahmen, die wir eingeleitet haben, gehen in die richtige Richtung. Dora Heyenn hat darauf hingewiesen – ich möchte das noch einmal bekräftigen: Bitte schauen Sie jetzt nach, was die auslaufenden Klassen für Probleme aufwerfen. Sie haben das wenigstens damals zugesagt. Wir sehen, dass es vielleicht eine kleine Gruppe ist, um die es geht, aber gerade diese Gruppe hat es verdient, dass man sie nicht alleine laufen lässt. Wenn man an den europäischen Standard heran will, muss man sich diesem Punkt auch stellen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Herr Kerstan, damit wir für die künftigen Debatten – wir werden das Thema noch häufiger debattieren – keine Missverständnisse haben: Es geht in der Tat um eine Doppelstrategie, die wir verfolgen. Frau Heyenn und ich haben das schon gesagt. Der erste Schritt ist, dass Sie jetzt wirklich aufgebrochen sind und vernünftige Sachen eingeleitet haben. Hinter diesen Aktionen steht wenigstens die Fraktion der LINKEN ganz vorbehaltlos. Der erste Punkt, den wir wollen, ist, zu wissen, ob das alles ordentlich gemacht ist. Wir werden uns im Detail darüber streiten, ob man das besser machen kann. Das ist der Punkt, den wir dann auch im Ausschuss regeln wollen. Da haben wir gar keine Differenzen. Ich sage das jetzt nur noch einmal im Hinblick auf die auslaufenden Klassen der Hauptschule.

Dann haben wir einen zweiten Punkt, in dem wir eine Differenz haben, denn wir sagen: Weil wir noch ziemlich weit entfernt sind von dem europäischen Standard und weil wir in den nächsten Jahren einiges tun müssen, setzt sich jedenfalls unsere Fraktion dafür ein, dass das Ziel einer Schule für

(Dr. Joachim Bischoff)

alle nicht aus den Augen verloren wird. Das heißt: Selbstverständlich werden wir in den nächsten Wochen die Volksabstimmung unterstützen, weil wir dieses Ziel mittelfristig für den einzigen Weg halten, den wir einschlagen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, ich will das ganz eindeutig sagen: Dieses Ziel ist nicht gegen die aktuellen Reformpläne gerichtet, sondern das wollen wir auf den Weg bringen, insofern ist das eine Doppelstrategie. Wir schauen genau hin, was Sie jetzt machen, werden das immer unterstützen, soweit wir davon überzeugt sind und wollen gleichzeitig aber eine mittel- oder langfristige Perspektive des gemeinsamen Lernens haben.

Deswegen will ich abschließend noch einmal sagen: Natürlich sind die regionalen Schulentwicklungskonferenzen, die Sie eingeführt haben, toll, denn das hat es lange nicht gegeben. Das ist ein Schritt nach vorne. Hören Sie aber bitte auf die Kritik, dass es noch an dieser und jener Stelle hakt. Wir müssen möglichst viele Leute mitnehmen, wenn wir diese Reform voranbringen wollen. Das ist der entscheidende Punkt und an dieser Stelle kann man meines Erachtens noch einiges tun. Letztlich heißt das auch, wenn Sie sich die Presse und die Debatten anschauen: Es gibt gegen diese Reform auch Widerstände, es gibt Initiativen, die das nicht wollen. Auch das müssen wir politisch aufgreifen und uns mit den Argumenten auseinandersetzen. Nur dann kommen wir einen Schritt in Richtung Schulfrieden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu dem Bündnis Rot-Grün, das wir vor wenigen Jahren erlebt haben, gibt es bei Schwarz-Grün, was wir jetzt haben, einen entscheidenden Unterschied in vielen sachpolitischen Fragen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben wirklich – und dafür ist die Schulpolitik das beste Beispiel – Kompromisse miteinander gefunden. Was die Sozialdemokraten damals mit den Grünen gemacht haben, war die Krötenherapie. Die wollten wir nicht machen und deswegen haben wir auch von bestimmten Dingen, die uns sicherlich heilig gewesen wären, Abschied nehmen müssen, um im Interesse der Regierungsfähigkeit dieser Stadt vernünftige Kompromisse hinzubekommen.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Was war Ihnen denn heilig? Nichts!)

– Herr Neumann, das wissen Sie ganz genau. Wir hatten uns für den Erhalt der Gymnasien in der jetzigen Form eingesetzt, müssen nun aber zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht mehr die alleinige Mehrheit hier im Hause haben. Deswegen müssen wir mit unserem Partner nach Kompromissen und guten Lösungen suchen. Die haben wir mit dieser Schulpolitik gefunden. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Michael Neumann SPD:* Jetzt machen die Grünen die Krötenherapie mit Ihnen!)

– Wissen Sie, wir zwei Fraktionen, die sehr unterschiedlich sind, haben uns in der Schulpolitik auf einen Kompromiss einigen können. Den tragen wir auch gemeinsam. Aber Sie, Herr Neumann, haben in Ihrer eigenen Fraktion noch rechts und links das Wackeln ohne Ende und können überhaupt keinen Konsens als SPD präsentieren. Das ist doch das Erbärmliche.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD:* Herr Beuß, die Debatte haben Sie doch letztes Mal schon verloren!)

– Ich sage es Ihnen noch einmal, Herr Egloff. Sie versuchen durch Schreien und Panikmache von Ihrer eigenen Unfähigkeit in der Schulpolitik abzulenken.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wenn uns vorgeworfen wird, es würde keine Kommunikation geben, dann kann ich nur sagen: Diese Senatorin steht wirklich par excellence für Kommunikation mit Schülern, Eltern, Lehrern und allen, die infrage kommen. Da können sich manche andere Leute ein Stückchen weit eine Scheibe abschneiden.

(*Michael Neumann SPD:* Frau Dinges-Dierig, oder wen meinen Sie damit? Meinen Sie Frau Dinges-Dierig oder Herrn Lange?)

Deswegen geht dieser Vorwurf total ins Leere. Sie werden schon sehen, wie wir in den nächsten Wochen und Monaten in diesen Dialog eintreten, der jetzt vernünftig vorbereitet wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Dann, Frau Rugbarth, mit solch erbärmlichen Argumenten wie A 13 oder A 15 zu kommen: Das ist lächerlich, was Sie anführen.

(Beifall bei der GAL)

Stattdessen fordern Sie Fortbildungspakete ein. Die werden gerade im Landesinstitut geschnürt. Alles andere ist unwahr, was hier sonst gesagt wird. Ich finde, wir haben in dieser Frage der Schulpolitik

(Wolfgang Beuß)

– das ist für unsere Partei sicherlich auch nicht einfach – einen schweren Weg auf uns genommen und wir werden diesen Weg gemeinsam zum Erfolg bringen.

(Michael Neumann SPD: Das ist doch alles einstimmig beschlossen worden!)

Da nützt Ihr erbärmliches und fantasieloses Reden und Herunterreden überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Rabe.

Ties Rabe SPD:* Da kann man nur sagen: Erbar-men!

Ich will das jetzt gar nicht ganz ausführlich machen, weil wir den Punkt nachher noch einmal haben. Insofern können wir uns auf Fortsetzung freuen. Aber auf einen Aspekt möchte ich gern eingehen: 30 Prozent der Hamburger Schülerinnen und Schüler haben entweder gar keinen Schulabschluss und verlassen die Schule ohne Abschluss und Perspektive oder sie haben einen so schlechten Abschluss, dass sie ebenfalls so gut wie keine berufliche Perspektive haben. Das ist fast ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler. Wir sind uns alle einig, dass da etwas geschehen muss. Und genau das sind wir vor der Sommerpause angegangen. Herr Kerstan jubelt, aber nicht mehr lange.

(Jens Kerstan GAL: Da warten wir mal ab!)

Wir haben gemeinsam gesagt, dass wir Haupt- und Realschule zusammenlegen. Die Senatorin hat den Aufschlag gemacht, der Schulausschuss hat sich das angehört und hat gesagt, gute Idee, nur zu, denn es wurde gesagt, die würden zusammengelegt, dann werde binnendifferenziert ein neuer Unterricht stattfinden, der individuell jedem dieser Schüler nach seinen Fähigkeiten gerecht wird und diese Schülerinnen und Schüler fördert. Jetzt ist die Sommerpause vorbei und einige Kleine Anfragen fördern zutage, was tatsächlich geschehen ist: Erstens wurden die Klassen tatsächlich zusammengelegt und die Lehrer wurden im Querschnitt genauso ausgestattet wie die Hälfte ist. Für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler bedeutet das sogar weniger Lehrer als vorher. Zweitens: Bei dieser ganzen Geschichte ist es keineswegs so, dass die Schülerinnen und Schüler zusammen unterrichtet würden, sondern die CDU und viele andere in der Schulbehörde haben durchgesetzt, dass in Mathematik, Deutsch und Englisch die Schülerinnen und Schüler weiter getrennt werden. Also nichts von modernem Unterricht. Das geht so weiter wie bisher, nur dass noch draußen "Klasse 8a" steht, aber es ist der Teil Nummer 2, der hier sitzt, und die anderen sitzen im anderen Raum. Ob das wirklich der Aufbruch hin zu neuen Ufern ist, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD)

Und Drittens: Nun sollte man glauben, nun kämen diese neuen Unterrichtskonzepte, die greifen und den einzelnen Schüler ansprechen und ihn fördern. Und was ist? Sie haben gesagt, die Lehrer müssten ja sowieso im Jahr 30 Stunden Fortbildung nachweisen, dann sollten Sie sich mal in diesem Thema fortbilden, da werde schon irgendetwas angeboten werden. Es ist also ein Schritt, das ist richtig. Wir sind ihm mitgegangen, das ist auch richtig. Aber ganz im Ernst, bei diesen Dingen von Aufbruch zu reden, ist wirklich ein bisschen übertrieben. Das ist das kleine Karo, Herr Kerstan, was tatsächlich in der Schulpolitik herrscht. Schade, denn gerade diese Risikoschülerinnen und -schüler brauchen unsere Unterstützung und hätten mehr verdient als so eine halbherzige Sache wie diese Reform, die jetzt bei den Haupt- und Realschulen angebahnt ist. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen sehe ich zu dem ersten Thema nicht.

Wir kommen dann zum zweiten Thema, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE:

Antira- und Klimacamp: Versammlungsfreiheit aufgelöst

Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will gleich zur Sache kommen:

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Was zählt die Versammlungsfreiheit, was zählt die Meinungsfreiheit, was zählt die Pressefreiheit, was zählen die Bürgerrechte in dieser Stadt? Was sie zählen, wird in Konfliktsituationen deutlich. Das Problem der Geltung der Bürgerrechte stellt sich in aller Schärfe, wenn sich abweichende Meinungen laut äußern, wenn sie weh tun, wenn sie herausfordern, wenn Sie den Finger in Wunden legen. Dann stellt sich die Frage, ob sich die Staatsmacht als Obrigkeit versteht und für Ruhe und Ordnung sorgt, koste es, was es wolle, oder ob sie die Bürgerrechte akzeptiert und respektiert, die dem Staat Grenzen setzen. Ich spreche vom Umgang der politisch Verantwortlichen mit dem Antira- und Klimacamp in der vorletzten Woche. Ich will dabei nicht ausklammern, dass es einzelne Aktionen gegeben hat, die die Grenze von Kritik, Protest, zivilem Ungehorsam und Gewalt überschritten haben. Das bedaure ich. Aber die Vorfälle rechtfertigen das, was dann passiert ist, in keiner Weise.

(Beifall bei der LINKEN)

(Christiane Schneider)

Die SPD hat sie von Anfang an zum Anlass genommen, das gesamte Camp, ja darüber hinaus die gesamte Kritik zum Beispiel an der Abschiebepolitik zu kriminalisieren. Damit haben Sie gefährlichen Boden betreten, weil Sie einen Zusammenhang zwischen dem Camp und den genannten Aktionen nicht beweisen können, da er nicht beweisbar ist. Ich nehme — ganz ausnahmsweise — Bezug auf das Landesamt für Verfassungsschutz, dessen Vertreter, Herr Murck, im Innenausschuss ausführte, dass es sich

"... um sehr kleine Gruppen, Grüppchen handelt, die möglicherweise als Einzelpersonen mitschwimmen in der weiteren Szene, die Planungen dieser Anschläge aber in sehr kleinem Kreis begehen ..."

Wenn Sie, Herr Neumann, Sie, Herr Dressel, eine Gruppe von Hunderten von Menschen dafür in Haftung nehmen wollen in einer Art von gesinnungsmäßiger Sippenhaft,

(Michael Neumann SPD: Das haben andere früher in Deutschland gemacht!)

dann verlassen Sie den Boden des Rechts, das auf dem Prinzip der Selbstverantwortung gründet.

(Beifall bei der LINKEN)

Hatte der Senat zur Wahrung des Koalitionsfriedens, vermute ich, auf einen Kurs von Law and Order in den ersten Tagen verzichtet, leitete Innensenator Ahlhaus persönlich Mitte der Woche die Kehrtwende ein. Der verheerende Satz, seine Presseerklärung vom 20. August, lautet:

"Für Chaoten gibt es in Hamburg kein Pardon."

Pardon wird nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU – Kai Voet van Vormizele CDU: Richtig!)

Das ist Militärjargon.

(Michael Neumann SPD: Das ist ja auch nicht schlecht!)

Sie können das in jedem Lexikon nachschlagen. Diese Ankündigung bedeutet im Krieg: Gefangene werden nicht gemacht.

(Unruhe bei der CDU, der GAL und der SPD – Michael Neumann SPD: Frau Schneider, das war die Hunnenrede 1901!)

Im übertragenen Sinn und angewandt auf die konkrete Situation bedeutet sie, dass nunmehr mit den "Chaoten", also mit denen, die einem mit ihrer Kritik und ihren provokanten symbolischen Aktionen schon die ganze Zeit auf die Nerven gingen, jetzt aufgeräumt werden soll.

(Viviane Spethmann CDU: Welches Weltbild haben Sie eigentlich!)

Wie sich erwies, wurden zwar Gefangene gemacht – und zwar viele –, Grundrechte jedoch außer Kraft gesetzt. Das alles wird im Innenausschuss und zum Teil auch vor Gerichten im Einzelnen aufzuarbeiten sein. Auf der Strecke blieb wieder einmal die Versammlungsfreiheit. Wenn die Einsatzleitung der Polizei gleich zweimal nach demselben Muster absolut friedliche Versammlungen auflöst, wenn sie selbst Fakten schafft, die sie dann zum Vorwand der Auflösung nimmt, indem sie nämlich Gruppen und Menschen von außerhalb – und zwar waren es am Freitag Menschen, die sie aufgrund ihres Aussehens selbst aus Bussen herausgeholt hat – in die Kundgebung zwingt, um dann zu behaupten, die Kundgebung sei ein Rückzugsraum für "Straftäter", dann ist das eine arrogante Demonstration polizeilicher Macht aufkosten der Versammlungsfreiheit.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Schira CDU: Wir sind hier nicht in Tibet!)

Wenn die Polizei dabei auch noch das Urteil des Verwaltungsgerichts missachtet und unbeirrt ihren vom Gericht zurückgewiesenen Zeitplan durchsetzt, muss man ernsthaft nach dem Verhältnis der Exekutive zur Dritten Gewalt fragen. Auf der Strecke blieb – teilweise – der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der besagt, dass polizeiliche Maßnahmen geeignet, erforderlich und angemessen sein müssen. Davon war beim Einsatz gegen Teilnehmer eines Stadtteilrundgangs in St. Pauli, die sich nach Beendigung des Rundgangs auf dem Rückweg befanden, nichts zu merken. Wer die Szenen gesehen hat, konnte meinen, die Polizei gehe gegen gefährliche Gewalttäter vor und nicht gegen Menschen, die sich über die Folgen der Aufwertung eines Viertels informiert und dagegen protestiert hatten, so hart war der Einsatz. Er fand wenige Stunden, nachdem Innensenator Ahlhaus die Losung ausgegeben hatte, Chaoten kein Pardon zu geben, statt. Besonders bestürzend sind die dokumentierten Übergriffe, wie der auf ein alternatives Kamerateam.

(Glocke)

Was ist die Pressefreiheit wert, wenn kritische Berichterstattung nicht unter ihren Schutz fällt? Wie soll man es bewerten, wenn bereits von der Polizei überwältigte, wehrlose Menschen von Polizisten misshandelt werden?

(Glocke)

Mein letzter Satz:

(Zurufe von der CDU)

Gestern haben Gruppen, die das Camp organisiert haben, eine lange Liste von Grundrechtsverletzungen und Polizeigewalt vorgelegt. Wir fordern, dass die Liste der Vorwürfe rückhaltlos aufgearbeitet wird. Das wäre ein erster wichtiger Schritt

(Glocke)

(Christiane Schneider)

zur Rückkehr von Verhältnissen, in denen die Grundrechte für alle, auch für die schärfsten Kritikerinnen und Kritiker gelten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Frau Abgeordnete Schneider, ich darf Sie bitten, sich künftig an die Redezeiten zu halten.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Ja, nächstes Mal!)

Das Wort hat jetzt Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was wir eben von Frau Schneider gehört haben, war einer der dreistesten Angriffe auf die Integrität unserer Polizei, die ich seit langer Zeit in diesem Hause gehört habe.

(Beifall bei der CDU)

Und, Frau Schneider, ich verspreche Ihnen: Das werden wir Ihnen so nicht durchgehen lassen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Was heißt das? Ist das eine Drohung?)

Das Klimacamp, das Anfang August in dieser Stadt stattgefunden hat, gehört zu den Veranstaltungsarten, die eine liberale und auch weltoffene Großstadt wie Hamburg aushalten muss. Wir können zwar auch gut und gern ohne diese Veranstaltung auskommen, aber selbstverständlich ist der demokratische Diskurs in einer pluralistischen Gesellschaft möglich und muss ermöglicht werden. Das war schon immer so und das wird auch immer in Hamburg so bleiben. Unsere Verfassung enthält zahlreiche Grundrechte, die der Staat gewährleistet und schützt. Dazu zählt auch und ganz besonders die Versammlungsfreiheit. Wer dieses Grundrecht friedlich wahrnimmt, hat Anspruch darauf, dass der Staat ihn in seinen Rechten schützt. Wer aber meint, Grundrechte gölten nur denjenigen, der die vermeintlich richtige Meinung hat, der wird in dieser Stadt feststellen müssen, dass wir dafür Sorge tragen werden, dass Grundrechte für alle Bürger gelten und nicht nur für diejenigen, die meinen, sie einseitig wahrzunehmen.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Was heißt das denn?)

Das will ich Ihnen ganz offen sagen, was das heißt. Wer – wie viele Damen und Herren aus dem Klimacamp – meint, er könne teilweise durch Gewaltaktionen darstellen, was seine Meinung und was richtig sei,

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Sagen Sie doch eine gewalttätige Aktion!)

und alle anderen, die nicht derselben Meinung sind, sind Opfer gewalttätiger Aktionen – das ist so nicht hinnehmbar und das werden wir in dieser Stadt auch weiterhin so nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wer meint, unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechtes hier Krawall machen zu können, wird akzeptieren müssen, dass die Polizei in dieser Stadt dagegen vorgehen wird.

Wir werden auch in Zukunft den demokratischen Streit in dieser Stadt zulassen und nicht, wie es der Kollege Dressel so schnell gefordert hat, von vornherein gleich verbieten. Wir werden aber genauso konsequent wie bisher dafür Sorge tragen, dass Krawallmacher mit ihrem Verhalten nicht geduldet werden. Parallel zum Klimacamp gab es ungeheuerliche Angriffe auf Personen, die nicht hinnehmbar oder gar entschuldbar sind. Wer meint, seinen Argumenten mehr Schlagkraft verleihen zu können, indem er Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung und ihre Familien bedroht, schließt sich selbst aus der Gruppe der ernstzunehmenden Diskutierer aus.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das Werfen von Steinen und Zerstören von Behörden ist kein ziviler Ungehorsam, sondern bloße Straftat, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der GAL und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Ich hätte erwartet, dass sich die Veranstalter dieses Klimacamps von solchen Straftätern deutlich distanzieren. Sie haben dies nicht getan und haben damit, wie ich meine, eine wichtige Chance verpasst, sich selbst argumentativ darzustellen. Noch schlimmer wird es aber, wenn versucht wird, diese Straftaten im Nachhinein zu rechtfertigen, so, wie wir es gerade eben im Wortbeitrag vor mir gehört haben.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Das ist eine Unverschämtheit!)

Lieber Herr Kollege Eisold, ich habe Ihren Brief an Frau Jepsen gelesen wie viele andere aus diesem Hause auch. Ich kann Ihnen versichern, dass meine Fraktion Ihre Haltung mehr als nachvollziehen kann. Das sage ich auch und gerade, Herr Kollege Rose, als bekennender und aktiver Christ. Manchmal gibt es Momente, wo auch ich mich für meine Kirche schäme. Dass Ihre eigene Fraktion das nicht sagt, finde ich schade.

(Beifall bei der CDU, bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gümbel*, beide GAL)

Manchmal stehe ich auch mit Fassungslosigkeit davor, mit welcher Dreistigkeit bestimmte Kräfte in dieser Stadt verbal auf die Polizei einschlagen. Ich finde es besonders geschmacklos, wenn sich hier eine Partei als Wahrerin des Demonstrationsrech-

(Kai Voet van Vormizeele)

tes aufspielt, die 1989 verantwortlich war für Polizei- und Stasiterror bei den friedlichen Demonstrationen in der DDR. Das ist genau das, was wir nicht wollen, Frau Schneider.

(Beifall bei der CDU – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Diesen Vergleich lehne ich ab!)

Das, was 1989 Ihre Partei dort zu verantworten gehabt hat,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Da gab es die Partei noch gar nicht. Sie irren sich!)

das war Polizeiterror, nicht das, was wir hier in Hamburg erlebt haben.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Unterschied, Frau Schneider, den Sie vielleicht auch einmal wahrnehmen sollten, denn Sie haben auch dafür gesorgt, dass dies früher in der DDR nicht so war: Hier gibt es für jeden die Möglichkeit, rechtsstaatlich überprüfen zu lassen, was an Polizeimaßnahmen stattgefunden hat. Wir haben eine Reihe von Verfahren, die rechtsstaatlich prüfen werden, ob die Polizei Fehlverhalten gezeigt hat oder nicht. Das ist Rechtsstaat, das ist so üblich. Das ist nichts Besonderes und genau das wird stattfinden. Unverantwortlich ist und bleibt es aber, der Öffentlichkeit suggerieren zu wollen, wir hätten eine prügelnde Polizei in Hamburg. Das war niemals so und wird niemals so sein.

(Beifall bei der CDU)

Wer ein Possenspiel mit angeblichen Videobeweisen inszeniert, bei dem behauptet wird, die Polizei habe einen armen verletzten Demonstranten widerrechtlich aus einem Krankenwagen gezogen, bei dem es sich aber tatsächlich um einen flüchtenden Straftäter gehandelt hat, der muss sich schon fragen lassen, ob das nichts weiter als unglaubliche politische Naivität sei oder der Versuch der politischen Rechtfertigung einer Straftat. Im ersten Fall hat Frau Schneider bei dieser Posse erfolgreich den Titel einer Obernährin verdient, im zweiten Fall, Frau Schneider, haben Sie in diesem Hause nichts mehr zu suchen.

(Beifall bei der CDU – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Was soll das denn heißen!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! An die Adresse von Herrn Voet van Vormizeele: Ihr verbales deutliches Aufdie-Tonne-Hauen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Innenbehörde gerade im Vorfeld dieser Veranstaltung den Mitarbeitern des Einwohnerzentralamtes und denjenigen, die Anschlagsoffer geworden sind, den erforderlichen

Schutz, um diese Anschläge zu verhindern, verweigert hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber das ist an der Stelle nicht der Punkt, denn es geht darum, deutlich zu machen, dass Hamburg eine liberale und tolerante Stadt ist, war und bleibt. Wir wollen, dass hier diskutiert und demonstriert wird, über Themen wie Flüchtlingseleid im Mittelmeer, die Klimawandeldiskussion oder Fehlentwicklung der Globalsierung. Wir wollen, dass Hamburg auch ein Platz bleibt für auch außerparlamentarische Demokratie, wo friedlich und gewaltfrei demonstriert werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unser klares Bekenntnis an dieser Stelle, aber immer mit dem Zusatz friedlich und gewaltfrei. In einem Punkt möchte ich Ihnen ausdrücklich Recht geben, Herr Voet van Vormizeele. Unser Grundgesetz bietet genug Möglichkeiten für legalen, friedlichen Protest, kreativ, konstruktiv in jeder Form unter Einhaltung der Gesetze und das ist die Erwartung, die wir Sozialdemokraten auch haben.

(Beifall bei der SPD)

Diese Grenze muss eingehalten werden. Wer an dieser Stelle anfängt, zu differenzieren, Gewalt gegen Sachen sei vielleicht noch okay, erst bei Gewalt gegen Menschen werde eine rote Linie überschritten – das kann nicht die Differenzierung sein. Gesetze müssen eingehalten werden. Strafgesetze sind zu beachten. Deswegen darf es an dieser Stelle kein Wackeln geben. Das war unsere Position in den Tagen des Klimacamps und das bleibt unsere Position.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese konsequente rechtsstaatliche Linie gilt es, in alle Richtungen einzuhalten. Deshalb sage ich ganz deutlich, auch für unsere Fraktion: Wenn es im Einzelfall Fehlverhalten auch bei Polizeibeamten gegeben haben sollte, dann muss das rückhaltlos aufgearbeitet werden, von der DIE, Staatsanwaltschaft und den Gerichten. Dafür haben wir entsprechende Institutionen in unserem Rechtsstaat, die das aufarbeiten, und dann können wir das nachher im Innenausschuss politisch bewerten und aufarbeiten. Doch die Linksfraktion – und das sage ich auch speziell an Ihre Adresse, Frau Schneider – muss sich fragen lassen, ob sie bei ihren Angriffen auf den angeblichen Polizeistaat, den wir in Hamburg hätten, mit sauberen Methoden kämpfe.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das hat keiner gesagt!)

Warum haben Sie Ihr Videomaterial, das sie in Ihrer Pressekonferenz vorgestellt haben, nicht sofort vollständig und umfänglich den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt?

(Dr. Andreas Dressel)

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ist schon lange da!)

Inwieweit ist bei diesen Bildsequenzen zu welchem Zeitpunkt von wem herumgeschnippelt worden? Und dann auch die Frage zu den Campdemos im Einzelnen, welche Rolle Sie und auch Ihr persönlicher Referent an dieser Stelle spielen: Welche Rolle spielt die Linksfraktion, wenn es um den Graubereich zwischen legalem Protest und Gewalteskalation geht?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wer zieht da die Strippen? Das, finde ich, sollten Sie auch einmal in diesem Haus erklären, Frau Schneider.

(Beifall bei der SPD)

Überhaupt: Die Campaktivisten haben sich mit ihrer mangelnden Distanzierung von Gewalt, mit Solidaritätsadressen, die man in dem Camp auf Transparenten lesen konnte, wirklich einen Bärendienst erwiesen und den berechtigten Anliegen, über die wir gern streiten und diskutieren können. Auch wenn man sich den Camp Reader anguckt – wir haben das im Innenausschuss gemacht –, stellt man unerträgliche Entgleisungen fest: Polizisten werden pauschal als Rassisten bezeichnet, auch Abschiebungen werden in die Nähe von Deportationen gebracht. Wer so etwas in die Welt setzt, muss sich fragen lassen, ob er nicht den Nährboden bildet für Leute, die nachher Farbbeutel und Steine schmeißen. Deshalb müssen hier klare Grenzen gezogen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Darum muss es bei allem Streit gehen, den wir bei dieser Frage haben. Wir wollen Fragen zu Globalisierungskritik und Flüchtlingselend im Mittelmeer und wir wollen auch erreichen, dass in der gesellschaftlichen Mitte Konsens erzielt wird, dass dort etwas getan werden muss. Mit Krawall und Chaos erreicht man diesen Konsens und die Diskussion in der Gesellschaft nicht. Man tritt so etwas mit Füßen und deshalb war das absolut kontraproduktiv. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist jetzt eine Debatte, die tatsächlich den Innenausschuss von vor 14 Tagen toppt. Das liegt zum einen daran, dass wir unter einer anderen Überschrift diskutieren, die von der Linkspartei sehr zugespitzt formuliert wurde. Es liegt aber zum Beispiel auch daran, dass alles, was nicht SPD ist, aus Ihrer Sicht, Herr Dressel, nicht auf dem rechten Weg ist.

(Arno Münster SPD: Das stimmt!)

Das finde ich noch einmal eine besondere Erkenntnis.

(Viviane Spethmann CDU: Ein typischer Dressel!)

– Ein typischer Dressel, ja, aber ich muss natürlich auch dem Kollegen Voet van Vormizeele sehr deutlich sagen, dass er sich klar und deutlich positioniert hat und es wenig Klatschen bei der GAL gab. Das genau ist der Punkt, an dem wir weiterdiskutieren müssen, und zwar hier. Wir haben nämlich jetzt zum ersten Mal den Vorteil, dass die Auswirkungen, die dieses Klimacamp für die Stadt hatte, so schön aufgefächert sind durch die Auseinandersetzung mit dem Einsatz, den die Polizei leisten musste und im Großen und Ganzen gut geleistet hat – das habe ich schon öfter gesagt und wiederhole es noch einmal –, und anhand von Einzelfällen, die dokumentiert sind oder die im Raum stehen, die dringend aufgeklärt werden müssen. Das ist das, was wir gemeinsam leisten müssen. Wozu wir aufrufen müssen, ist längst passiert, aber die Unterstützung fehlt mir bei Ihnen doch ein bisschen.

(Zuruf von der SPD)

Sie von der SPD haben vor allem immer gesagt, der Innensenator habe den Schutz der Mitarbeiter verweigert und Weiteres in die Richtung. Sie wissen genau, dass das nicht stimmt.

(Wolfgang Rose SPD: Das stimmt sehr wohl! – Michael Neumann SPD: Warum ist denn überhaupt etwas passiert?)

Sie hätten das Wortprotokoll nachlesen können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Im Übrigen, Herr Dr. Dressel: Mir ist Herr Voet van Vormizeele mit klarer Positionierung, wo ich stundenlang gegen reden könnte, wesentlich lieber als jemand, wie Sie, der heute ...

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

Sie haben doch im Moment überhaupt keine Position mehr zu den Bürgerrechten. Das ist das Problem. Sie erklären neuerdings das mit Ihrer Hilfe verschärfte Polizeigesetz für zu scharf und an anderer Stelle sagen Sie dann, die Bürgerrechte seien auch wirklich wichtig und vielleicht gebe es doch ein bisschen zu viel Videoüberwachung. Die klare Linie bei der SPD fehlt also völlig.

(Michael Neumann SPD: Sie sind in einer Koalition mit denen und dann wundern Sie sich, was Herr Voet van Vormizeele erzählt?)

– Besser klare Positionen als gar keine, Herr Neumann.

(Antje Möller)

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Besser klare Nebenabsprachen als gar keine!)

Das können wir uns leisten,

(*Michael Neumann SPD*: Weil das persönliche Vertrauensverhältnis so groß ist! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Gemeinsam oder gegeneinander?)

diese Positionen einmal deutlich in diesem Raum anzusprechen. Denn im Ernst – die Zeit ist kurz, ich versuche es einmal in zwei Minuten –, wir hatten die Situation, auf ein Klimacamp reagieren zu müssen, das sich lange bemüht hat, hier ein Grundstück zu finden. Das hat der Senat getan. Das hätten Sie als alleinregierende SPD nicht anders gemacht. Die ganze Zeit kritisieren Sie es aber.

(*Michael Neumann SPD*: In Mitte hat Rot-Grün das übrigens abgelehnt. Denken Sie einmal darüber nach!)

Dann kam es zu Aktionen, die mit Polizeihilfe beendet oder beruhigt werden mussten. Auch das hat der Senat geleistet. Und jetzt haben wir die Situation einer Aufarbeitung. Ich möchte, dass Sie sich an der Aufarbeitung beteiligen und nicht, dass Sie weiterhin bei der Linie bleiben, im Übrigen sei der Senat an allem Schuld und im Zweifelsfall die GAL. Wir brauchen eine sachliche und klare Aufarbeitung der Vorfälle, die es gegeben hat. Wir brauchen eine Aufarbeitung des Polizeieinsatzes genauso wie der Aktivitäten der Klimacamper in dieser Stadt. Dann können wir vielleicht endlich politisch darüber reden, welchen Wert die Bürgerrechte in dieser Stadt haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Wo ist der Dissens? Da sind wir uns doch einig!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Justizsenator, Herr Dr. Steffen.

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte heute und die, die wir auch in den letzten Wochen in dieser Stadt geführt haben, ist insgesamt sehr merkwürdig. Heute formuliert es DIE LINKE so, der Senat habe die Versammlungsfreiheit in dieser Stadt aufgelöst. Von der SPD war zwischenzeitlich zu hören, dass dieses Terrorcamp umgehend geschlossen werden sollte und dass tatsächlich ...

(*Michael Neumann SPD*: Wer hat denn das bitte gesagt? Von Herrn Egloff und mir kommt dieselbe Formulierung wie von Ihrer Landesvorsitzenden! Jetzt bin ich einmal gespannt: Wer hat das gesagt?)

Tatsächlich gibt es Aussagen von Herrn Dressel, der gesagt hat, ein solches Camp darf es in Hamburg nicht noch einmal geben. Das ist auch in Zeitungen wiedergegeben worden. Was heißt das anderes, als dass die SPD der Meinung ist, dass derartige Veranstaltungen wie dieses Camp in Hamburg nicht stattfinden sollten? Das ist die Meinungsäußerung gewesen, die heute zwar nicht wiederholt wurde, aber von der SPD gemacht wurde, als es in das Rauschen des Blätterwalds hineinpasste.

Wenn man sich diese unterschiedlichen Positionen – diese unterschiedlichen Kritiklagen – ansieht, dann ist das natürlich eine interessante Frage, an welcher Stelle die Wahrheit liegt. Wir leben in einer offenen demokratischen pluralistischen Gesellschaft und ich bin deswegen der absolut festen Überzeugung, dass Hamburg es als weltoffene Stadt aushalten muss, dass Bürgerinnen und Bürger aus der ganzen Republik und vielleicht auch aus anderen europäischen Staaten hierher kommen, um sich kritisch mit staatlichem Handeln auseinanderzusetzen. Es ist auch absolut richtig und auszuhalten, dass das in unterschiedlichen Formen von Demonstrationen erfolgt, wie wir es in Hamburg erlebt haben.

Die Suggestion, die in dieser Aussage liegt, dass es ein solches Camp in Hamburg nicht mehr geben dürfe und dass die Straftaten, die im inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhang erfolgt sind, nicht erfolgt wären, wenn dieses Camp so nicht stattgefunden hätte, und dass eine künftige Verhinderung eines solchen Camps dazu führen würde,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sie haben sich vorher gar nicht darum gekümmert!)

halte ich für äußerst gewagt.

(Beifall bei der GAL)

Wir müssen insoweit bei den Fakten bleiben. Ein direkter Zusammenhang zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Camps und diesen Straftaten, die geschehen sind, ist bislang noch nicht nachgewiesen worden.

(*Michael Neumann SPD*: Wissen Sie denn noch, wer den ersten Zusammenhang hergestellt hat? Das war Ihr Senatskollege. Das war Christoph Ahlhaus, der als Erster den Zusammenhang hergestellt hat! – Gegenruf von *Antje Möller GAL*: Nun ist aber einmal gut, Herr Neumann!)

Selbst wenn sich im Nachhinein herausstellen sollte, dass es tatsächlich von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgegangen ist, kommt es überhaupt nicht in Betracht, dass wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Camps in Sippenhaft nehmen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Senator Dr. Till Steffen)

Was wäre der Erfolg, wenn man tatsächlich dem folgen würde, künftig solche Veranstaltungen in Hamburg zu verhindern? Wir würden wahrscheinlich erreichen, dass derartige Demonstrationen trotzdem stattfinden, dass die Leute sich anders organisieren oder dass sie vielleicht anderswo unterkommen. Aber wir würden wahrscheinlich einen nicht unerheblichen Teil derjenigen abschrecken, die sich hier rechtstreu verhalten wollen und in rechtstreuem Verhalten ihr Demonstrationsrecht ausüben wollen. Ich glaube, das wäre eine großartige Leistung, wenn wir das hier in Hamburg leisten würden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es kann jedenfalls nicht Aufgabe des Staates sein, darauf hinzuwirken, dass die Organisation von Demonstrationen erschwert wird. Das kann es sicherlich nicht sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich finde, sich auf diese Diskussionsschiene zu begeben, wie das die SPD am Ende der Zeit getan hat, zu der dieses Camp in Hamburg stattgefunden hat, ist auch vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte der SPD sehr fragwürdig. An dem Versuch, öffentlichen demokratischen Protest gegen bestehende Verhältnisse zu verhindern, ist bereits Bismarck gescheitert. Ich finde, es ist erschreckend, wohin der Versuch von parteipolitischer Profilierung eine ehrwürdige Partei wie die SPD bringen kann.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist nicht zu leugnen – ich habe es bereits gesagt: Es hat Straftaten gegeben, die in einem zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit dem Klimacamp standen. Es ist auch bedauerlich, dass die Organisatorinnen und Organisatoren des Camps sich von diesen Straftaten nicht deutlich distanzieren haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die haben sich überhaupt nicht distanziert!)

– Das ist richtig, aber es hat einzelne Teilnehmer gegeben, die sich auch öffentlich davon distanzieren haben. Auch das gehört zur Wahrheit. Aber eine deutliche Distanzierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Organisatorinnen und Organisatoren des Camps ist ausgeblieben. Das ist äußerst bedauerlich.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Trotzdem wäre es falsch, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Sippenhaft zu nehmen und alle für die Straftaten verantwortlich zu machen, die geschehen sind. Die Straftaten verurteile ich ausdrücklich. Ich war, als ich die Geschichte von dem schweren Stein las, der in das Wohnzimmer von Herrn Eisold geworfen wurde, nicht nur er-

schrocken, sondern ich war wütend. Ich war wütend, weil ich selber sehr gut verstehen konnte, was in ihm vorgeht – auch im Hinblick auf die Angst, die man für die eigene Familie und die Kinder hat, wenn man sich vorstellt, was hätte passieren können, wenn die Dinge etwas anders gelaufen wären. Ich selber war sehr wütend und ich kann auch die Wut von Herrn Eisold verstehen. Das ist so erschreckend, weil er als Opfer dieser Straftat vermutlich schlicht und einfach deswegen ausgewählt wurde, weil er in der Ausländerbehörde arbeitet und dort für die Erstunterbringung von Flüchtlingen zuständig ist.

Das ist also ein sehr beliebiger Bezugspunkt. Das hätte bedeutet, dass eine solche Straftat fast jeden treffen kann, der in dieser Stadt an irgendeiner Stelle Verantwortung übernimmt. Das muss man deutlich sagen, weil das eine wichtige Frage für die Einschätzung des Schutzkonzepts war, das die Polizei vornehmen musste.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es gab ja kein Schutzkonzept vorher!)

– Das stimmt nicht.

(Michael Neumann SPD: Es gab vorher ein Schutzkonzept? Na, herzlichen Glückwunsch! Drei Anschläge, was ist das für ein Schutzkonzept? Das war ein Konzept im Nachhinein!)

Was ich zum Beispiel weiß, ist, dass auch mein privates Wohnhaus nach diesem Anschlag auf das Wohnhaus von Herrn Eisold nicht bestreift wurde. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen persönlich ist und bei Ihnen, Herr Dressel, weiß ich es auch nicht – ich würde auch öffentlich nicht darüber reden wollen –, aber das ist doch der Punkt, dass es eine Vielzahl von Personen hätte treffen können.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Privathäuser waren nicht im Schutzkonzept!)

Herr Neumann, Sie waren vor geraumer Zeit Innenpolitiker und Herr Dressel, Sie sind es und setzen sich intensiv mit der Polizei und den realen Möglichkeiten der Polizei auseinander. Deswegen wissen Sie, dass es gar nicht möglich wäre, einen lückenlosen Schutz für potenziell Bedrohte ...

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben es nicht einmal geprüft!)

– Das stimmt nicht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Doch, das ist genau so berichtet worden! Da waren Sie nicht da!)

Ich habe mich im Vorfeld zum Innenausschuss ausführlich über die Prüfungen informieren lassen, die es da gegeben hatte.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das war aber sehr selektiv!)

(Senator Dr. Till Steffen)

Deswegen ist es absolut nicht zutreffend, was Sie behaupten, dass es kein Schutzkonzept gegeben hätte und dass diese Frage nicht geprüft worden wäre. Es war aber nicht möglich, einen lückenlosen Schutz für die potenziellen Anschlagsoffer zu gewährleisten.

(Michael Neumann SPD: Für die drei Namen, die in der Broschüre standen, war es nicht möglich?)

Deswegen ist die Suggestion, die Sie hier in den Raum stellen, dass es ein Leichtes für die Polizei gewesen wäre, einfach falsch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ähnliches wie für den Anschlag auf das Haus von Herrn Eisold gilt für die Straftaten, die im Bezirksamt Nord begangen worden sind. Dort ist ein Mitarbeiter sogar durch umherfliegende Glassplitter verletzt worden. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir im Rahmen der Debatte festhalten müssen, dass es hier – anders als bei früheren Anschlägen – nicht nur zu Sachbeschädigungen gekommen ist, sondern auch in Kauf genommen wurde, dass Personen verletzt werden. Das soll nicht heißen, dass es verzeihlich ist, wenn sich Straftaten lediglich gegen Sachen richten, aber wir müssen aufpassen bei der Wortwahl, zum Beispiel wenn wir von Anschlägen sprechen, wenn Parolen an Hauswände geschmiert werden.

Als Justizsenator möchte ich etwas gerade rücken. Wenn Parolen an Hauswände geschmiert werden, ist das eine Sachbeschädigung – vielleicht nicht einmal das, das hängt von der Farbe und dem Material der Wand ab –, aber es unterscheidet sich strafrechtlich nicht von einem gewöhnlichen Graffiti. Ich möchte deswegen auch an die Vertreter der Medien die Frage richten und auch zum Nachdenken mit auf den Weg geben, ob die mediale Darstellung, diese Schmierereien auf den Hauswänden als Anschlag zu bezeichnen, wirklich hilfreich war oder nicht sogar ein Ansporn für diejenigen war, die hier tätig waren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was war denn das jetzt? – Michael Neumann SPD: Betretenes Schweigen! Die Privatwohnung, wissen Sie, was es für die Menschen bedeutet?)

– Herr Neumann, ich glaube, dass ich deutlich gemacht habe, welche persönliche Betroffenheit ich an der Stelle empfunden habe. Ich persönlich habe mich an der Stelle auch gefragt, was ich einfordern muss. Muss ich einfordern, dass hier ein Schutz auch meiner Person gewährleistet wird? Ich habe mich an der Stelle gründlich über die Möglichkeiten der Polizei informiert. Es war klar, dass es Hunderte Personen treffen kann. Die Begründungen für diese Anschläge sind absolut beliebig. Es ist absolut verkehrt zu behaupten, die Polizei sei nicht ausreichend vorbereitet gewesen und habe dann im

Weiteren unverhältnismäßig reagiert. Das ist ja der Vorwurf, der von der LINKEN erhoben wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Polizeibeamten in Hamburg haben große Anstrengungen unternommen, um eine Vielzahl von friedlichen Veranstaltungen und Protesten zu ermöglichen. Sie hatten zahlreiche Einsätze zu bewältigen, darunter auch bei vielen Veranstaltungen, die vorher nicht angemeldet waren. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich betonen, dass die Polizeibeamten bei ihren Einsätzen oftmals einem erheblichen körperlichen Risiko ausgesetzt sind und dass sich dieses Risiko bei einigen der Versammlungen auch tatsächlich realisiert hat.

Es darf allerdings nicht zu einer Form von Strafraubbatt kommen, nur weil es sich um politische Veranstaltungen und Proteste handelt. Eine Straftat bleibt eine Straftat. Sie wird entsprechend verfolgt und das muss auch unbedingt so sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das hat die Polizei in Hamburg getan und sie hat auch in den Situationen, in denen es erforderlich war, durchgegriffen.

Insgesamt hat die Polizei in diesen zehn Tagen – als Ganzes betrachtet – besonnen und flexibel reagiert. Sie hat sichergestellt, dass einerseits die Versammlungsfreiheit der Teilnehmer gewährleistet ist, andererseits aber auch Unbeteiligte nicht zu Schaden kommen.

(Beifall bei der CDU)

Das Verhalten und der Einsatz der Polizeibeamten sind aus meiner persönlichen Überzeugung heraus ausgesprochen lobenswert gewesen. Allerdings ist der Vorwurf, der heute noch einmal wiederholt worden ist, einzelne Beamte hätten Straftaten begangen, uneingeschränkt ernst zu nehmen. Dies auch deswegen, weil diese Vorwürfe geeignet sind, dem Ansehen der Polizei zu schaden. Was an diesen Vorwürfen wahr ist, muss in der nächsten Zeit aufgeklärt werden und was wir hier leisten müssen, ist ein genauer Blick auf den Einzelfall.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Der Filmzuschnitt, der auf der Pressekonferenz der LINKEN gezeigt wurde, ist wenig aussagekräftig und kann die Vorwürfe nicht belegen. Beide Geschichten, die im Hinblick auf diese Angelegenheit mit dem Krankenwagen erzählt wurden, sind denkbar. Deswegen wäre es besonders wichtig, wenn das vollständige Filmmaterial vorliegen würde. Nach den Informationen, die ich heute noch einmal abgefragt habe, liegen die vollständigen Filmmaterialien der Staatsanwaltschaft noch nicht vor. Es wäre wirklich sehr hilfreich, wenn DIE LINKE die vollständigen Materialien vorlegen oder dafür sorgen würde, dass das geschieht. Solange wir das nicht haben, drängt sich auch hier der Ein-

(Senator Dr. Till Steffen)

druck auf, dass eher ein Schwarz-Weiß-Denken gefördert werden soll,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das herrscht immer noch!)

um das Parteiinteresse der LINKEN zu bedienen.

(Beifall bei der GAL)

Die Gemeinsamkeit bei der Unterschiedlichkeit der Positionen ist, dass die parteipolitische Profilierung zu stark im Vordergrund steht. Das gilt für DIE LINKE wie für die SPD. Wir müssen es aushalten, dass wir uns in dieser Stadt mit kritischen Äußerungen und Aktionen gegen staatliches Handeln politisch auseinandersetzen. Wir müssen besonnen und vernünftig reagieren. Das war die Linie des Senats in den vergangenen Wochen und das wird es auch in der Zukunft sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Christiane Schneider DIE LINKE: Von Herrn Ahlhaus?)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Wir sind an sich am Ende der Aktuellen Stunde angekommen. Nach Paragraf 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung hat jede Fraktion jetzt noch einmal die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich ausdrücklich für den Beitrag des Justizsenators bedanken, weil er wichtige Fragen von Demokratie und Bürgerrechten in dieser Stadt richtig beantwortet hat. Ich bin natürlich nicht mit allen Dingen einverstanden, aber darum geht es hier nicht. Es ist trotzdem ein bemerkenswerter und guter Beitrag gewesen.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Er hatte – als Senator müsste man eigentlich über den parteipolitischen Dingen stehen – zwei kleine Mängel. Der eine Punkt war, dass in der eigenen Partei durchaus Unsicherheiten in der Frage gegeben hat, ob das Klimacamp aufgrund dessen noch einmal stattfinden dürfe oder nicht. Das müsste man innerhalb der GAL noch einmal klären.

Der zweite Punkt ist, dass der Beitrag von Herrn Voet van Vormizeele, heftig kritisiert werden müssen.

Denn völlig unakzeptabel ist Ihr Aufruf, Herr Voet van Vormizeele, Frau Schneider hätte in dieser Bürgerschaft nichts mehr zu suchen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wer Straftaten rechtfertigt, der tut das!)

Sie und wir alle haben das glücklicherweise nicht zu entscheiden, sondern das ist ein demokratisches Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dementsprechend haben Sie sich damit auseinanderzusetzen und das ist auch das Wichtige dabei.

Was mir als Zweites bei Ihrem Beitrag aufgefallen ist,

(Elke Thomas CDU: Der gut war, das muss man ganz klar sagen!)

ist, dass Sie in gewisser Weise nicht richtig hingucken, wenn Sie sagen, es gebe keine prügelnde Polizei in dieser Stadt. Aber das erwarte ich von jemandem, der dem Innenausschuss angehört. Jeder Mensch, der ferngesehen hat, hat diese Szenen gesehen. Sie können sagen, das war berechtigt, das war notwendig, aber die Augen davor zu verschließen, dass es überhaupt stattgefunden hat, geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Kai Voet van Vormizeele CDU: Es gibt in dieser Stadt keine prügelnden Polizisten!)

– Dann gucken Sie sich noch einmal die verschiedenen NDR-Berichte darüber an. Sie werden es dort sehen. Sie können sagen, das war berechtigt. Aber Ihre Logik – da fängt es in gewisser Weise auch an und das ist auch das, was ich bei der SPD vermisste – ist zu sagen, das sind Krawallmacher. Was immer das sein mag. Das wollte ich immer schon einmal wissen. Ich weiß, dass ich als Jugendlicher auch immer gerne so bezeichnet wurde. Ist es derjenige, der irgendwie rumschreit? Das ist doch nur eine Begründung, um draufschlagen zu können oder wofür ist sonst diese Bezeichnung da?

Bei den Aktionen in Moorborg und Fuhlsbüttel – das sind die beiden Situationen, die ich selber beurteilen kann – gab es keinen Stein, der geschmissen worden ist, noch nicht einmal einen Erdklumpen. Die Menschen sind vorgegangen, haben gesagt, wir wollen besetzen, gewaltfrei. Als Einziges bewaffnet mit einem Strohsack, damit die Schläge der Polizei nicht so weh tun.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Ist das nicht rechtswidrig?)

Um nichts anderes ging es dabei und damit müssen Sie sich auseinandersetzen und das sind nicht Krawallmacher.

(Beifall bei der LINKEN – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist Hausfriedensbruch!)

– Nein. Das ist eine andere Situation. Das sind keine Krawallmacher, sondern das sind Menschen, die etwas durchsetzen und dafür protestieren wollen.

(Glocke – Unruhe im Hause)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Hackbusch, darf ich Sie einmal unterbrechen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Meine Damen und Herren, es ist deutlich zu laut im Saal. Ich darf Sie bitten, die Nebengespräche entweder einzustellen oder draußen fortzuführen. Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Das Zweite, das mich an Ihrem Beitrag entsetzt hat, ist die Sequenz über die evangelische Kirche. Sie haben gesagt, Sie schämen sich für bestimmte Dinge, die gegenwärtig von der evangelischen Kirche ausgehen und haben Bezug auf eine bestimmte Aktion genommen, die die evangelische Kirche im Zusammenhang mit flucht.punkt macht zum Schutz von den Schwächsten, die sich in dieser Gesellschaft aufhalten, den Illegalen, denjenigen, die an sich kaum ein Recht in dieser Gesellschaft haben. Ich möchte die Arbeit der evangelischen Kirche und die Arbeit von flucht.punkt, die in dieser Stadt gemacht worden ist, besonders würdigen. Es geht um die Schwächsten, es geht um die Illegalen, es geht um diejenigen, die keine Rechte in dieser Gesellschaft haben. Das ist eine sehr vornehme Aufgabe der evangelischen Kirche, die ich ausdrücklich begrüßen möchte. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Warnholz.

Karl-Heinz Warnholz CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schneider, ich finde es ungeheuerlich, dass Sie von Dingen sprechen, von denen Sie keine Ahnung haben.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Ich will das auch begründen. Der Innensenator hat gesagt, dass es für Chaoten kein Pardon gibt. Das ist richtig und das ist auch gut so, denn wir als Regierung sind verantwortlich für Recht, Sicherheit und Ordnung.

(Ingo Egloff SPD: Merken Sie sich das, Frau Schneider!)

Darüber können Sie ruhig lachen, Herr Dr. Dressel, denn Sie sprechen mit zwei Zungen. Das weiß ich letztlich auch.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind einmal für das Camp, dann sind Sie nicht dafür und dann sind Sie wieder für das Camp. Wofür stehen Sie eigentlich?

(Michael Neumann SPD: Und Sie?)

Sie stehen für Unsicherheit und deswegen sind Sie abgelöst worden.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zu Frau Schneider. Frau Schneider, wir kennen ja Ihre Vita.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wahrscheinlich besser als ich!)

Wenn wir die lesen, dann kennen wir Ihre kommunistische Vergangenheit. Deswegen sprechen Sie auch von Gefangenen. Ich finde es ungeheuerlich, in diesem Parlament dem Innensenator zu unterstellen, er würde Gefangene machen oder Gefangene werden nicht gemacht. Das haben Sie mehr oder weniger deutlich gesagt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der LINKEN)

– Melden Sie sich gefälligst und halten Sie den Mund. Unterbrechen Sie mich nicht.

Ich kann Ihnen dazu nur Folgendes sagen: Ich vermisste bei Ihnen einmal ein Wort des Dankes an unsere Polizeikräfte, die hier Tag und Nacht ihren Dienst unter schweren Bedingungen leisten. Darüber verlieren Sie kein Wort. Sie sprechen immer nur von Ihren Chaoten. Ich finde das ungeheuerlich.

(Beifall bei der CDU – Dora Heyenn DIE LINKE: Vielleicht sollten Sie einmal die Jugendlichen loben, die sich so engagieren!)

Jetzt die Wahrheit zu Ihrer Pressekonferenz. Das ist noch schlimmer. Sie laden sich Journalisten ins Rathaus ein, zeigen einen Videofilm, der einseitig ist, den Sie nicht bereit sind, an die Staatsanwaltschaft herauszugeben und auch nicht den Journalisten geben wollen. Das ist doch gestellt. Worauf fallen Sie eigentlich herein. Das ist ungeheuerlich. Sie stellen bei mir als Vorsitzenden des Innenausschusses den Antrag, eine Sondersitzung zu machen. Ich kann doch nicht eine Sondersitzung machen, wenn es sich um ein schwebendes Verfahren handelt. Wo kommen wir da hin? Das ist eine Schande, was Sie sich hier geleistet haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist heute viel gesagt worden, aber ich kann Sie nur bitten, Frau Schneider, in Zukunft mit unserer Hamburger Polizei, die sich große Verdienste erworben hat, anders umzugehen. Wenn etwas nicht in Ordnung ist – das hat der Justizsenator deutlich gesagt –, dann werden wir im Einzelfall der Sache nachgehen. Aber Verallgemeinerung dürfen wir nicht hinnehmen. Wir stehen für die Sicherheit der Polizei und die Polizei steht für uns. Dafür sage ich Dankeschön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem es jetzt

(Dr. Martin Schäfer)

etwas durcheinander gegangen ist, versuche ich, die Dinge noch einmal klarzustellen,

(Frank Schira CDU: Ah!)

jedenfalls so, wie es sich für meine Partei darstellt.

Erstens: Camps wie dieses Klimacamp vereinbaren Tagungen oder was auch immer mit dem Ziel, politische Fragen zu bearbeiten und zu diskutieren und finden in dieser Stadt weiterhin jederzeit statt

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Haben Sie das auch schon dem Kollegen Dressel gesagt?)

und sie können unter dem Schutz dieser Stadt stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Aktionen, die aus solchen Treffen hervorgehen – Aktionen, Demonstrationen oder was auch immer, auch Aktionen, die anders sind als das, was man üblicherweise kennt –, stehen unter dem Schutz der Politik dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Steine werfen gehört nicht dazu.

(Beifall bei der SPD und bei Hanna Gienow CDU)

Steine werfen ist eine Straftat und insofern zu verfolgen.

Viertens: Wenn es einen solchen zeitlichen Zusammenhang zwischen diesem Klimacamp und einigen Steinewerfereien bis hin zu Anschlägen – und ich sage dieses Wort absichtlich, Herr Steffen – auf Privatwohnungen einzelner Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter im öffentlichen Dienst gibt – da gebe ich Ihnen wieder Recht –, dann kann es keinerlei Sippenhaft geben und es kann keinerlei Rückschluss gezogen werden auf die Teilnehmer und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Camps. Was ich aber unbedingt erwarte, ist eine Distanzierung der Menschen von diesen Anschlägen, die in diesem Camp sind. Das bedauere ich, dass es eine solche Distanzierung nicht gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere es umso mehr, dass genau dadurch, dass diese Distanzierung ausblieb, die Ziele dieses Camps konterkariert worden sind. Das war der inhaltliche Fehler, der dort geschehen ist. Dadurch wurden die Ziele des Camps desavuiert oder zumindest belastet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

An dieser Stelle möchte ich noch einmal zu diesem Camp Reader kommen, der schon vor Beginn des Camps vorlag und in dem leider einige Passagen standen, die so nicht hätten stehen bleiben dürfen.

Man darf am Anfang nicht sagen, wir geben den Mitarbeitern in den einzelnen Dienststellen Gesichter, und dann am Ende unter der Überschrift Adressen Namen nennen – zwei von diesen vier genannten Namen waren Opfer von solchen Anschlägen –, und dann sagen, das konnte man aber nicht ahnen, nur deswegen, weil die Namen zusammengeschrieben worden sind mit den Adressen der Dienststellen. Da fanden wir dann doch den Ansatz der Polizeiführung etwas dürftig zu sagen, wir bewachen jetzt besonders die Dienststellen. Das war unserer Meinung nach zu wenig. Da hätte man mehr an Schutz bieten müssen, Herr Steffen, und zwar wirklich mehr als das, was im Innenausschuss deutlich wurde und dort vonseiten des Staatsschutzes gesagt worden ist. Ich darf es Ihnen noch einmal vorlesen:

"Es sind eben bei den Objekten entsprechende Maßnahmen durchgeführt worden, das heißt beispielsweise für die Ausländerbehörde. Aber – wie schon gesagt – es sind nicht die Privatanschriften dieser Mitarbeiter des Amtes E hier aufgeführt worden, sodass zu dem Zeitpunkt keine Maßnahmen durchgeführt worden sind."

Es sind keine Maßnahmen durchgeführt worden zum Schutz der Privatwohnungen dieser vier Leute, die namentlich genannt worden sind. Das halten wir ebenfalls für ein Versäumnis.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Polizeieinsätzen. Die müssen aufgearbeitet werden von den Stellen, die dazu da sind

(Wilfried Buss SPD: Von Herrn Warnholz!)

und nicht von Herrn Warnholz. Herr Warnholz ist nicht die Stelle, die dafür zuständig ist. Selbstverständlich gilt auch hier: Straftat bleibt Straftat. Wenn es welche gegeben haben sollte, dann muss es entsprechende Konsequenzen haben. Aber bitte nach sauberer Klärung dessen, was tatsächlich gewesen ist.

(Beifall bei der SPD – Karl-Heinz Warnholz CDU: Sehr gut!)

Ich hoffe, dass ich insofern noch ein bisschen zur Klarheit beitragen konnte.

(Frank Schira CDU: Am besten zu Ihrer Fraktion!)

Nur eines muss ich am Schluss noch sagen. Es tut mir leid, auch wenn es vielleicht ein bisschen billig klingen mag, Frau Möller. Wo um Himmels Willen war vorhin Ihre Position?

(Beifall bei der SPD – Frank Schira CDU: Das war eine Rede an die SPD-Fraktion!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schäfer, ich sehe ein, dass das jetzt sein musste, weil meine Position immer noch die ist,

(*Michael Neumann SPD:* Von Kalli Warnholz!)

die ich in sechs Jahren als innenpolitische Sprecherin und davon auch sechs Jahre in der Opposition war, Polizeieinsätze in ihren einzelnen Aktionen sehr deutlich zu kritisieren, einzelne Vorfälle nachzuvollziehen. Genau das passiert hier und tatsächlich mit der Akribie, mit der Herr Schäfer gezeigt hat, dass die SPD anscheinend doch auch so kann. Das ist die dritte Variante, die kannte ich jetzt noch nicht. Die finde ich gut. Die war auch im Innenausschuss besser.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Ich habe mir das Protokoll auch noch einmal mitgenommen. Ich hätte diese Passage auch vorgelesen, die im Übrigen sehr deutlich macht, dass das, was der Justizsenator gesagt hat, nämlich dass das Konzept der Polizei sehr wohl die in der Broschüre aufgelisteten Orte, die aus Sicht des Flüchtlingsrats und anderer, die diese Broschüre erstellt haben, die Häuser sind, in denen die Maßnahmen gegen Flüchtlinge zu kritisieren sind. Ich versuche, das jetzt einmal flapsig zu sagen: All diese Gebäude waren im Konzept der Polizei enthalten. Tatsächlich aber nicht die Privatadressen der Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen,

(*Michael Neumann SPD:* Da werden zwei Anschläge verübt! Beim dritten kommt man nicht auf die Idee, das Konzept umzustellen?)

die in den Adressen genannt werden, Herr Neumann. Ja, dass Sie zu kurz kommen in dieser Debatte, das sehe ich auch, aber ich möchte es trotzdem zu Ende sagen.

(Beifall bei der GAL)

Das ist das, was der Innensenator ganz deutlich beantwortet hat. Die Privatadressen sind nicht genannt worden. Das Sicherheitskonzept hat sich auf die Einrichtungen beschränkt. Daran können Sie Ihre Kritik äußern und haben Sie auch deutlich geäußert und auf diese Art und Weise kann man sie auch ernst nehmen, aber nicht auf die Art und Weise, wie Sie jetzt wieder dazwischen reden.

(*Michael Neumann SPD:* Erklären Sie das doch mal! Geben Sie mal eine Antwort darauf!)

– Die Antwort haben schon alle gesagt und ich sage sie nicht zum dritten Mal.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Möller, darf ich Sie bitten, einen Moment innezuhalten. Herr Neumann, darf ich Sie bitten, Frau Möller zu Ende reden zu lassen.

(*Michael Neumann SPD:* Geben Sie mir Redezeit, dann kann ich das noch einmal erklären!)

Antje Möller (fortfahrend): Noch einmal zurück zu dem, wie wir mit dieser Situation umgehen und wie wir was aufarbeiten. Ich sage auch einmal etwas zur Kirche, weil alle etwas zur Kirche gesagt haben. Ich bin nach meiner Konfirmation aus der Kirche ausgetreten, nachdem mir klar geworden ist, dass die Vertreter der evangelischen Kirche Waffen segnen. Das fand ich in meinem jugendlichen Elan den entscheidenden Grund zu sagen, dass ich mit dieser Kirche nichts zu tun haben will.

Wir alle können individuell auf das reagieren, was die Kirche sagt, aber was ich weiterhin will, ist, dass die Kirche – genauso wie alle anderen in diesem Raum oder in dieser Stadt – öffentliche Kritik am Behördenhandeln los werden darf, genauso wie am Handeln von Industriebetrieben, von Vorsitzenden, von Aufsichtsräten und so weiter. Das ist unser aller Recht, Herr Voet van Vormizeele. Die Form ist entscheidend, aber das deutliche kritische Wort gegenüber Behördenhandeln ist genauso zulässig wie das deutliche kritische Wort gegenüber dem Handeln von Aufsichtsratsvorsitzenden und anderen, die wichtige Positionen haben.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich glaube, das ist das, was wir lernen müssen. Die Bandbreite der Rechte, die uns unsere Demokratie gibt, ist vielleicht strittig, aber sie ist wichtig, um solch eine Diskussion bestehen zu können wie wir sie hier haben. Wir werden Sie möglicherweise noch das eine oder andere Mal in dieser Koalition bestehen müssen, aber auch mit dieser Opposition. Deswegen mit der ganz großen Keule zu kommen und immer gleich zu sagen, wenn die nötige Distanz fehlt, dann ist das sofort auch das Mitmachen bei Straftaten, finde ich grenzwertig und das sollten wir hier nicht tun.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten und vierten Thema fortsetzen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung und berufe auf Antrag der Fraktion DIE LINKE den Ältestenrat ein.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)**Unterbrechung: 16:56 Uhr****Wiederbeginn: 17.03 Uhr**

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte wieder Ihre Plätze ein, wir führen die Sitzung fort.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf, Drucksache 19/886: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission

– Drs 19/886 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf dem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eins. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben.

Ich rufe die Punkte 31 und 33 bis 36 auf, die Drucksachen 19/939 sowie 19/907 bis 19/910. Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes, hier: Neugestaltung der Studienfinanzierung mit vier Berichten des Wissenschaftsausschusses zum Thema Studiengebühren. Zum Tagesordnungspunkt 31 liegen Ihnen mit den Drucksachen 19/1019 bis 19/1022 vier Anträge der Fraktion DIE LINKE vor.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/552:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes

hier: Neugestaltung der Studienfinanzierung (Senatsantrag)

– Drs 19/939 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Entkoppelung von Rückmeldung und Studiengebühren

– Drs 19/1019 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Uneingeschränkte Befreiung von den Gebühren für Eltern, chronisch kranke und behinderte Studierende

– Drs 19/1020 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Uneingeschränkte Befreiung von den Gebühren für Studierende, die in den Gremien der Hochschule mitwirken

– Drs 19/1021 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Koalitionsvertrag nachgelagert einhalten

– Drs 19/1022 –]

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/29:

Studiengebühren abschaffen (Antrag der SPD-Fraktion)

– Drs 19/907 –]

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/39:

Studiengebühren (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 19/908 –]

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/89:

Studiengebühren, Moratorium für Exmatrikulation wegen Nichtzahlung der Studiengebühren (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 19/909 –]

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 19/152:

Exmatrikulationen wegen Studiengebühren sofort stoppen! (Antrag der SPD-Fraktion)

– Drs 19/910 –]

Wer wünscht das Wort? Herr Beuß hat das Wort.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben heute eine Abstimmung über die Neugestaltung der Studienfinanzierung in Hamburg durchzuführen, die ein wirklicher Meilenstein an Abarbeitung in diesem Koalitionsvertrag ist.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Schon wieder Meilenstein!)

Das Ganze hat zügig funktioniert, weil die Behörde und die sie führende Senatorin das neue System der Studienfinanzierung schnell und sehr korrekt auf den Weg gebracht haben, sodass wir nach den parlamentarischen Beratungen in den Gremien heute dieses Gesetz verabschieden können.

Deutlich wird auch, dass Regierung und die sie tragenden Fraktionen absolut handlungsfähig sind.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Wolfgang Beuß)

Die neue Regelung, die wir verabschieden, kann zum Wintersemester 2008/2009 in Kraft treten und ich finde es sehr interessant und auch sehr bezeichnend, dass wir diese ganzen Dinge relativ geräuschlos und auch nicht von Studentendemonstrationen begleitet wie beim ersten Gesetz über die Bühne bekommen haben. Im Parlament wird auch deutlich, dass das Interesse an dieser Debatte so groß nicht sein kann im Gegensatz zur damaligen Einführung des ersten Gesetzes zur Einführung von Studiengebühren.

Mein Dank geht in dieser Beziehung an die Wissenschaftssenatorin Frau Gundelach und ihre Mitarbeiter, die in den vergangenen Wochen mit enormer Energie daran gearbeitet haben, dass wir heute dieses Gesetz verabschieden können.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die CDU hatte in der vergangenen Legislaturperiode die Studiengebühren eingeführt und wir hatten dafür gute Gründe.

Erstens: Die CDU ist der Meinung, dass Studiengebühren bei steigenden Studentenzahlen ein Baustein sind, um die Studienbedingungen an den Hochschulen zu verbessern. Nur so machen wir Hamburgs Hochschulen fit für die Zukunft.

Zweitens: Studierende profitieren in der Berufswelt von ihrer Ausbildung, ideell sowie materiell.

Drittens: Neben den Einnahmen aus den Studiengebühren für die Hochschulen haben wir aber auch den Etat der Wissenschaftsbehörde erhöht, und zwar in den vergangenen zwei Legislaturperioden von 2001 bis 2007 um insgesamt fast 145 Millionen Euro auf insgesamt 846,2 Millionen Euro. Es ist ein wirklich stattlicher Betrag, der den Hochschulen zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Allen Unkenrufen zum Trotz steht die CDU weiterhin dafür ein, dass unsere Hochschulen zukünftig finanziell gut ausgestattet werden, um Hamburg zu einer Wissensmetropole zu machen.

Heute lässt die schwarz-grüne Koalition also ein gewichtiges Dickschiff vom Stapel. Dieses neue Modell, das wir verabschieden, stellt eine Lösung dar, die uns alle zufrieden stimmen muss. Die Hamburger Hochschulen erhalten auch weiterhin die notwendige Finanzierung, um die Qualität in Lehre und Studium zu verbessern. Unsere Hochschulen brauchen dieses Geld. Durch das neue Modell werden die Gebühren erst nach dem Studium ab einem Jahreseinkommen von 30 000 Euro fällig. Zu zahlen sind dann 375 Euro pro Hochschulsesemester. Mein Fazit: Kein Student wird während des Studiums mit den Gebührenzahlungen belastet und es ist ein guter Kompromiss, den die Koalition in dieser Frage gefunden hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun noch ein paar Zahlen. Dieses Gesetz wurde in der Vergangenheit ein wenig von der Opposition heruntergeredet, indem gesagt worden ist, ihr nehmt längst nicht mehr das ein, was ihr euch ursprünglich vorgenommen hattet; das ist richtig. Diesen Kompromiss haben wir in den Verhandlungen ausgehandelt, aber die zu zahlenden Gebühren von 47 500 Studierenden in dieser Stadt ergeben nach unserem neuen Modell immerhin noch die stattliche Summe von 35,6 Millionen Euro und die sind bitter notwendig, um den Reformprozess an den Hochschulen weiter voranzutreiben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich bin dem Finanzsenator auch dankbar, dass er bei den Verhandlungen die Ausfallsumme, die durch die nachgelagerten Studiengebühren entsteht und voraussichtlich 2,5 Millionen Euro pro Jahr betragen wird, im Interesse des Wohls und der Sicherheit der Studenten in Kauf genommen hat. Insgesamt hätten die Einnahmen aus den Studiengebühren nach dem alten Modell 38,1 Millionen Euro gebracht. Die Differenz ist nicht schön, aber der Kompromiss ist in der Sache vernünftig und belastet die Studenten längst nicht so, wie das möglicherweise mit dem vergangenen Modell der Fall gewesen wäre. Die durchschnittliche Studienstudienlänge beträgt zehn Semester und das ergibt pro Student eine Summe in Höhe von 3750 Euro und die kann in Ratenzahlungen abgetragen werden. Ich denke, wer ein Mindesteinkommen von 30 000 Euro hat, dem tut es nicht so weh, dass er das nicht an den Staat zurückzahlen könnte.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun wird immer behauptet, bei der WK werde durch diese Reform ein neuer Schattenhaushalt eingerichtet. Ich sage dazu, die politische Entscheidung für nachgelagert erhobene Studiengebühren ist eine vernünftige Entscheidung gewesen. Das Volumen der gestundeten Gebühren wird bei rund 250 Millionen Euro liegen. Die Kosten dafür sind deshalb überschaubar und vor allen Dingen auch politisch so gewollt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Tilgungsplan ist aufgrund der Zahlungsverpflichtungen der Studierenden bereits vorhanden und gesetzlich abgesichert. Die zu erwartenden Ausfälle sind überschaubar. Die Rückzahlungen können nur dem vorherbestimmten Zweck zugeführt werden und nicht im allgemeinen Haushalt irgendwo untergebuddelt werden; das finde ich ganz wichtig und wesentlich.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis im Hinblick auf die sogenannte soziale Gerechtigkeit, die die Opposition so gern bemüht. Die berufstätigen Akademiker, die eine Hochschulausbildung beendet haben, profitieren alle finanziell und statusmäßig von der Ausbildung, die sie an einer Hamburger Hochschule erhalten haben. Es ist nach meiner

(Wolfgang Beuß)

Überzeugung deshalb nur gerecht, wenn sie sich auch an den Kosten dieser Ausbildung anteilig beteiligen,

(Beifall bei der CDU)

natürlich erst dann, wenn sie im Beruf eine bestimmte Einkommensgrenze erreicht haben. Wer hier von sozialer Ungerechtigkeit spricht, der möge mir doch bitte einmal erklären, warum ein angehender Tischlermeister bei seiner Fortbildung zum Meister und für die Meisterprüfung selbst in Hamburg knapp 10 000 Euro hinblättern muss. Wer nachschauen möchte, ob die Summe auch stimmt, kann das auf der Homepage der Hamburger Tischlerinnung tun. Ein berufstätiger Akademiker sollte – das muss einmal gesagt werden – deshalb auch an einem solchen Betrag, den er vom Staat erhält, ein wenig finanziell beteiligt werden.

Um es noch einmal den Damen und Herren von der SPD und den LINKEN klarzumachen: Nicht der Student im ersten Semester wird zur Kasse gebeten, sondern berufstätige, verdienende Akademiker, die dank ihres Studiums ein entsprechendes Einkommen erzielen und das ist nur fair und gerecht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ein letztes Wort zur Opposition. Dass Sie heute die zweite Lesung verweigern und uns das erst auf den letzten 20 Metern mitteilen, ist typisch für Ihr fantasieloses oppositionelles Gehabe.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Mit dieser Entscheidung, die zweite Lesung heute zu verweigern, entpuppen Sie sich wieder einmal mehr als diejenigen, die meilenweit davon entfernt sind, in dieser Stadt Verantwortung zu übernehmen. Wir schaffen es Gott sei Dank auch ohne Sie, ein ordentliches Gesetz auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Beuß, wir halten es nicht für ein ordentliches Gesetz, sondern für ein falsches Gesetz, das unsozial ist, und deswegen müssen Sie uns schon gestatten, dass wir das, was wir an parlamentarischen Möglichkeiten haben, auch ausnutzen; das werden wir heute tun.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Als die schwarz-grüne Koalition vor vier Monaten gegründet wurde, war von Aufbruch für die Stadt, von Modernisierung, von einer besonders dichten emotionalen Atmosphäre zwischen den Koalitionspartnern die Rede und natürlich von dem Signal, das von Hamburg auf andere Länder und auf den

Bund ausstrahlen könnte. Ein Signal in diesem Sinne sollte auch das erste große Gesetzesvorhaben des schwarz-grünen Senats sein, nämlich die Änderung der Studiengebühren, die von Ihnen, Herr Beuß, am gleichen Tag, als der Senat das beschlossen hat – dagegen ist auch nichts einzuwenden – bejubelt worden ist genau mit der Argumentation, die Sie eben gebracht haben. Deswegen wiederhole ich sie nicht noch einmal, aber ich sage Ihnen dazu Folgendes:

Wenn Sie das für alle Menschen, die von dieser Gesellschaft profitieren, umlegen wollten, dann müssten wir zusätzlich zum Steuersystem noch ein anderes System haben, das das an die Gesellschaft zurückgibt, was man erhalten hat. Das heißt doch umgekehrt: Wenn gut ausgebildete Akademiker, Hochschulabsolventen gut verdienen, dann ist es doch im Rahmen des Steuersystems, das wir haben, richtig, dass sie nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden und andere Menschen, die weniger verdienen, ebenfalls nach ihrer Leistungsfähigkeit. Das müssen wir in Deutschland beherzigen, danach müssen Leute besteuert werden, danach muss man das an die Gesellschaft zurückgeben, was man vorher zum Beispiel durch Bildung erhalten hat und nicht auf einem anderen Wege.

(Beifall bei der SPD)

Die GAL hat erklärt, die Hamburger Studierenden würden durch dieses Gesetz entlastet werden

(Jens Kerstan GAL: Sie werden auch entlastet!)

und es würde eine völlig neue Ausrichtung der Studienfinanzierung geschaffen werden. Was für ein Signal ist es wirklich? Ist es für Hamburg ein Aufbruch in eine moderne, in eine wissensbasierte Gesellschaft? Mitnichten, das ist es natürlich nicht, das haben auch die parlamentarischen Beratungen der letzten Monate gezeigt. Es ist ein unsoziales Gesetz, das die jungen Menschen vom Studieren in Hamburg eher abhalten könnte, denn Studiengebühren sind eine erhebliche finanzielle Belastung und haben eine abschreckende Wirkung auf einkommensschwache Gruppen. Dieses Gesetz erhöht nicht nur die sozialen Barrieren, was wir von Beginn an beklagt haben, sondern es verschärft noch einmal die Bedingungen für Studierende mit kleinen Kindern, mit Behinderungen oder mit chronischen Krankheiten, weil diese nicht wie vorher von den Gebühren gänzlich befreit werden und das ist zumindest eine unbillige Härte. Das Gesetz verschärft die Bedingungen für Tausende von Studierenden aus Ländern außerhalb der Europäischen Union, weil die Stundung ihrer Gebühren völlig in das Belieben der Hochschulen gestellt ist, die dafür keine Kompensation von der Wohnungsbaukreditanstalt erhalten.

Es waren keine hehren Ziele, die zu Veränderungen der Studiengebühren in Hamburg führten, son-

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

dern ganz banale, normale, taktische Abwägungen, wie uns Frau Senatorin Gundelach im Haushaltsausschuss berichtete. Das will ich gerne einmal zitieren:

"Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten hinsichtlich der Höhe der Studiengebühren und deren Absenken von 500 Euro auf 375 Euro, dies sei ein Kompromiss, der zwischen den Koalitionspartnern erzielt worden sei. Insoweit gebe es hierfür keine Rechengrößen, sondern es sei eine Kompromisslösung. Dem grünen Koalitionspartner seien 500 Euro zu viel gewesen und nach Verhandlungen seien sie auf den Betrag von 375 Euro gekommen. Es sei ein ganz einfaches, schlichtes Verfahren und übrigens nicht das erste Mal, auf diese Art und Weise zu solchen Beträgen zu kommen, wenn gemeinsam zwischen Koalitionspartnern etwas vereinbart werde."

So kann es in Koalitionen gehen. Es ist nämlich kein Aufbruch und keine völlige Wendung bei den Studiengebühren, sondern es ist ganz banal, nüchtern, ernüchternd, alltäglich und taktisch abwägend.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Richtig! – Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn [*DIE LINKE*])

Heute versucht die GAL, das neue Studiengebührenmodell als soziale Errungenschaft zu verkaufen. Das wird ihr nicht gelingen, wie sowohl die Reaktionen der Studierenden als auch des Deutschen Studentenwerks in den Anhörungen des Wissenschaftsausschusses gezeigt haben.

(Jörn Frommann *CDU*: Die Platte hatten Sie schon mal!)

Auch wenn der schwarz-grüne Senat nun meint, mit dem gefundenen Kompromiss die unterschiedlichen Positionen pro und contra Studiengebühren, die seit ihrer Einführung leidenschaftlich diskutiert werden, aufgelöst zu haben, kann ich nur sagen, dass dies ein Irrtum ist. Es ist gar nichts aufgelöst und vor allen Dingen sind sie kein Beitrag zur Chancengerechtigkeit in der Hochschulbildung. Die Studiengebühren sind nicht das richtige Signal für eine wissensbasierte Gesellschaft. Sie sind ungerecht, unsozial, teuer in der Verwaltung und führen zu einem exzeptionellen Schattenhaushalt, der die Stadt langfristig belastet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden politisch darauf hinwirken, dass es uns nach dieser Legislaturperiode gelingen wird, mit anderen veränderten politischen Mehrheiten die Studiengebühren wieder abzuschaffen. Aber das würde bedeuten, dass wir schon im Jahre 2012 144 Millionen Euro an Schulden bei der Wohnungsbaukreditanstalt abzutragen hätten, bevor wir überhaupt zu ei-

ner neuen Prioritätensetzung im Wissenschaftsetat kommen könnten.

(Wolfgang Beuß *CDU*: Sie kommen ja gar nicht an!)

Noch einmal vielen Dank an das Verhandlungsgeschick der Koalitionspartner für solch eine Lösung.

Wenn wir verantwortlich für Hamburg handeln wollen und wenn wir die Stadt zur Wissensmetropole machen wollen, dann müssen wir für Bildung dramatisch mehr tun und die Barrieren abbauen. Kluge Köpfe sind das wichtigste Kapital der Zukunft und da gibt es leider erschreckende Erkenntnisse über Deutschlands Bildung im europäischen Vergleich.

Im Jahre 2005 hatten 22 Prozent der Deutschen zwischen 24 und 25 Jahren einen Hochschulabschluss, die Hälfte der Quote Norwegens oder Irlands und weit hinter Spanien, Frankreich oder Finnland. Im gleichen Jahr hatten 26 Prozent der Deutschen zwischen 45 und 54 Jahren einen Hochschulabschluss. Wenn dies nicht nur eine Momentaufnahme war, sondern die Entwicklung so weiterginge, würde das bedeuten, dass die Hochschulabsolventenquote sinken würde und die jüngere Generation tendenziell nicht besser qualifiziert wäre als ihre Eltern. Eine solche Entwicklung darf mit Studiengebühren nicht befördert und auch nicht zugelassen werden.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn *DIE LINKE*)

Es gibt eine Befragung aus dem Jahr 2006 vom Hochschulinformationssystem, das ebenfalls eine alarmierende Entwicklung aufzeigt. Immer mehr Abiturienten, selbst die mit Spitzennoten, verzichten aus finanziellen Gründen auf ein Hochschulstudium. 81 Prozent der Einserabiturienten aus Akademikerfamilien nehmen demnach ein Studium auf, aber nur 68 Prozent der gleich leistungsstarken Gruppe aus Nichtakademikerfamilien.

Für Hamburg kann unsere Strategie nur sein, wir brauchen mehr Bildung in Schulen und Hochschulen, wir brauchen keine Barrieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der GAL, es gibt im Übrigen keine öffentliche Rückenbedeckung für die Studiengebühren in dieser Stadt. Sie gehören abgeschafft und dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel *GAL*:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, wenn Sie hier sagen, dass Sie alles ausnutzen, was parlamentarisch möglich ist, weil Ihnen das Gesetz nicht passt, dann ging das in dem Fall ein

(Dr. Eva Gümbel)

bisschen zu weit. Sie haben gestern zugestimmt und heute, nachdem die Sitzung schon begonnen hatte, haben Sie es passant mitgeteilt, dass Sie einer zweiten Lesung nicht zustimmen werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Jörn Frommann CDU: Scheinheilig!*)

Frau Stapelfeldt, ich finde das so unglaublich, das ist eine solche Trickserie – Herr Beuß hat schon gesagt, dass wir das selbstverständlich hinkommen –, was Sie da gemacht haben, geht zulasten der Studierenden und das wissen Sie. Da zeigt sich, dass Ihnen die Studenten egal sind und das finde ich ein starkes Stück.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Wolfgang Beuß CDU: Trickser!*)

Wir werden unsere Gesetzesnovellierung zur Studienfinanzierung beschließen,

(*Ingo Egloff SPD: Ihr ward ja immer ganz anständig!*)

wenn nicht heute, dann beim nächsten Mal. Das wird der erste messbare Erfolg unserer Beteiligung am schwarz-grünen Senat sein. Unsere Reform führt dazu, dass sich für über 50 000 Studierende in dieser Stadt die Lebenswirklichkeit zum Positiven wendet. Aus der studienbegleitenden Gebühr ist eine Alumni-Abgabe geworden. Die Studierenden zahlen erst, wenn sie zu der Gruppe von Erwerbstätigen gehören, die mehr als 30 000 Euro verdienen. Wir haben den dann fälligen Betrag reduziert und das ist ein erheblicher Unterschied.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber bis es zu diesem Beschluss kommt – den haben Sie jetzt tüchtig hinausgezögert, meine lieben Kollegen von der SPD –, gilt die alte Regelung, die Senator Dräger im Sommersemester 2007 eingeführt hat. Diese Regelung halten wir für falsch. Denn mit der studienbegleitenden Erhebung der Gebühr läuft man Gefahr, dass gerade all diejenigen von den Hochschulen ferngehalten werden, die wir dort ganz dringend brauchen, soziale Aufsteiger aus Haushalten, in denen es eben nicht normal ist, dass man ein Studium aufnimmt. Das zementiert gesellschaftliche Strukturen und schafft soziale Ungerechtigkeit. Und darum geht es im Kern. Es geht – und da haben Sie völlig recht, Frau Stapelfeldt – um die Frage von sozialer Gerechtigkeit und um die Frage von Chancengleichheit beim Erwerb von Bildung. Das fängt in der Schule an – wir haben darüber vorhin schon recht ausführlich debattiert –, deshalb haben wir die Hauptschulen gemeinsam abgeschafft. Und wir wollen, dass die Kinder gemeinsam länger in der Primarschule lernen. Aber wir wollen eben auch, dass an der Hochschule wieder die Chancengleichheit und der chancengleiche Zugang zu dieser Bildungsart hergestellt werden.

Aus finanziellen Gründen wird – und das ist eben unser großer Erfolg – sich in Hamburg niemand mehr gegen ein Studium entscheiden müssen. Das ist ein Erfolg und das wird ein gutes erstes Ergebnis von schwarz-grüner Regierungszusammenarbeit sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn aber – und jetzt kommen wir zum zweiten Punkt, den Sie, obwohl wir darüber im Wissenschaftsausschuss ausführlich gesprochen haben, offensichtlich nicht gewillt sind, zur Kenntnis zu nehmen – das Leben aus diesen Studierenden Alumni gemacht hat und diese ehemaligen Studenten mit ihrer erworbenen Hochschulbildung als Ärzte, Juristen, Ingenieure, Banker als Werbekaufleute arbeiten und gutes Geld verdienen, dann ist es eben auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, wenn sich die erfolgreichen Akademiker, all diejenigen, die nach ihrem Studium über 30 000 Euro verdienen – Sie wissen, die Einstiegsgehälter bei Ingenieuren nach dem Bachelor-Abschluss an der Technischen Universität Harburg betragen zwischen 40 000 und 50 000 Euro pro Jahr –, mit einem kleinen Teil an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligen. Das sind beim Bachelor für ein sechssemestriges Studium 2 250 Euro und bei einem Master mit 10 Semestern 3 750 Euro, also Summen, die für diejenigen, die sich erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt bewegen, bezahlbar sind. Für alle anderen Akademiker, bei denen das nicht so gut läuft und die mit ihrem Einkommen unter dieser Grenze von 30 000 Euro bleiben, bleibt das Studium weiterhin kostenfrei. Sie müssen ihrer Uni nichts zurückzahlen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hier trägt weiterhin die Solidargemeinschaft die Kosten, sodass auch die Hochschulen durch diese Reform nicht schlechter gestellt werden, sondern weiterhin mit einem festen Betrag rechnen können. Das zusätzliche Geld wird von den Hochschulen dazu verwendet, die Studienbedingungen vor allen Dingen in der Lehre zu verbessern.

Jetzt kommt ausgerechnet von der Opposition der Vorwurf: Ihre Reform ist aber teuer. Da antworten wir: Ja, das stimmt. Unsere Reform kostet Geld aber wir halten es eben auch für wesentlich in einer Frage, bei der es um die Austarierung von sozialer Gerechtigkeit in unserer Stadt geht, nicht am falschen Ende zu sparen. Bei der Studienfinanzierung geht die öffentliche Hand in die Vorleistung und dort, wo das Gut Bildung die Menschen zu erfolgreichen und einkommensstarken Mitgliedern werden lässt, holt sie sich einen kleinen Teil zurück. Das ist soziale Gerechtigkeit beim Zugang zur Hochschulbildung und das leistet die schwarz-grüne Reform der Studienfinanzierung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Studiengebühren sind unsozial und verschärfen die soziale Spaltung in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist das dritte Mal, dass wir in dieser Wahlperiode über Studiengebühren diskutieren.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Das ist aber das letzte Mal heute!)

Aber den Gesetzentwurf von CDU und GAL diskutieren wir heute zum ersten Mal. Von der CDU sind wir es gewohnt, dass sie stur durchzieht, was sie sich vorgenommen hat.

(*Wolfgang Beuß* CDU: Halten Sie sich einmal zurück!)

– Ich will es gerade belegen, vielleicht hören Sie einfach einmal zu.

In der Rede vom Überseeclub hat Ole von Beust 2002 bestimmte Dinge angekündigt, die in dieser Stadt vollständig umgesetzt worden sind. Einmal haben wir ganz viele PPP-Projekte und ein Schattenhaushalt hat sich aufgebaut. Die Ausgliederung von öffentlichen Ausgaben in eigenständige öffentliche Unternehmen ist immer weiter fortgeschritten und die demokratische Kontrolle durch die Bürgerschaft wird immer geringer. Wie die CDU Bürgerproteste sieht, hat sie heute wieder eindrucksvoll belegt und es ist auch legendär, wie die CDU mit Bürgerentscheiden umgeht. Die nachgelagerten Studiengebühren nach dem Vorbild von Australien waren auch eine Idee der CDU, die schon 2002 gefasst wurde. Mit der Koalition von Schwarz-Grün hatten wir die Erwartung, dass die Argumente Andersdenkender jetzt stärker in die Regierungsarbeit einbezogen und auch berücksichtigt werden.

(*Wolfgang Beuß* CDU: Sind sie doch!)

Transparenz und Bürgerrechte waren die Schlagworte der GAL und es herrschte eine Aufbruchstimmung, auf die heute schon mehrmals eingegangen wurde, als der Koalitionsvertrag beschlossen wurde. Die Frage ist: Was ist übrig geblieben? Die GAL hat noch zu Jahresbeginn Folgendes gesagt, das kann man auch im Internet nachlesen:

"Studiengebühren sind [erstens] der falsche Weg, [zweitens] unsozial, [drittens] ineffizient, [viertens] diskriminieren [sie und fünftens] führen [sie] zu unübersehbaren Schulden."

Originalton GAL vor dem Wahlkampf.

Heute sagt Frau Gümbel, mit den nachgelagerten Studiengebühren wende sich für die Studenten al-

les zum Positiven. Das kann verstehen, wer will. Ich kann diesen Gesinnungswandel nicht verstehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist zu befürchten, dass das Adenauer-Wort doch über den Grünen schwebt. Er hat nämlich gesagt:

"Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern."

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Am 1. Juli 2008 hatten wir im Wissenschaftsausschuss eine öffentliche Anhörung. Es waren circa 200 Personen anwesend und 300 haben sich zu Wort gemeldet und haben eine Stellungnahme zu Protokoll gegeben. Die große Mehrheit war gegen Studiengebühren. Die aufgeführten Argumente waren, dass die Notwendigkeit bestehe, die Hochschulen sozial und offen zu halten, es wurde auf die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaften hingewiesen, es wurde noch einmal deutlich gemacht, dass Bildung auch den Aspekt der Emanzipation beinhalten müsse, dass Bildung und Hochschulstudium etwas mit demokratischen Beteiligungsrechten zu tun habe und dass es selbstverständlich auch die volkswirtschaftlichen Erfordernisse und die historischen Erfahrungen und vor allen Dingen auch die internationalistischen Entwicklungsperspektiven betreffe.

Der Eindruck, der sich aufdrängte, war allerdings, dass diese Anhörung der Form halber passierte. Die Argumente wurden streckenweise gar nicht wahrgenommen und ein Nachdenken über eigene Positionen wurde überhaupt nicht ausgelöst,

(*Wolfgang Beuß* CDU: Wie können Sie so etwas sagen?)

obwohl die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Gümbel, Folgendes ausführte:

"Die öffentliche Anhörung [...] dient abschließlich der Meinungsbildung der Mitglieder des Ausschusses [...] Ziel der Anhörung ist es ..., Sachverstand zu sammeln und den Kenntnisstand der Beteiligten zu erhöhen."

Sie berief sich auf Paragraph 59, darin steht allerdings etwas anderes.

Eine Auswertung der öffentlichen Anhörung fand nicht statt. Die Studenten fühlen und fühlten sich völlig zu Recht vorgeführt. Der AstA hat formuliert, dass das Instrument der öffentlichen Anhörung mit dieser Vorstellung zu einer Farce wurde. Es wurden eben nicht die Aspekte rauf und runter diskutiert, Frau Gümbel, sondern es wurde gar nicht zugehört. Es wurde kein Bezug darauf genommen und es wurde überhaupt nicht diskutiert, was in stundenlangen Ausführungen dargelegt wurde. Auch nachgelagerte Studiengebühren bleiben Studiengebühren und sie sind nach wie vor der

(Dora Heyenn)

falsche Weg und sie sind nach wie vor unsozial, ineffizient, diskriminierend und führen zu unübersehbaren Schulden.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei dem vorgelegten Gesetzentwurf äußert sich das unter anderem dadurch, dass es kaum Möglichkeiten der Befreiung von der Zahlung gibt. Beim alten Modell war noch ein Drittel der Studierenden von der Zahlung der Studiengebühren befreit. Jetzt wird es nur noch ganz wenigen gewährt. Wir haben in Hamburg zum Beispiel ungefähr 9 000 Studierende – das sind ungefähr 13 Prozent –, die nicht aus EU-Staaten kommen. Diese werden nach der neuen Regelung von CDU und GAL nicht mehr befreit werden. Das hat wahrscheinlich etwas mit dem Zauberwort der Koalition zu tun, nämlich "kostenneutral". So, Frau Stapelfeldt, kann ich mir auch erklären, dass man die Ausnahmetatbestände und gleichzeitig auch die Studiengebühren von 500 auf 375 Euro herunterfährt. Das ist dann wahrscheinlich ein Nullsummenspiel. Das kommt auf das Gleiche hinaus.

Wir haben in der Zwischenzeit in der Presse Hurra-Meldungen gelesen, dass es in der Universität Hamburg ganz hohe Anmeldezahlen gebe. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass die Studiengebühren darauf keinen Einfluss hätten. Nicht berücksichtigt wurde zu dem Zeitpunkt allerdings, dass die ZVS, die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, nicht mehr intakt ist und nicht mehr arbeitet, sondern dass sich die Studenten selbst bewerben. Die Studierenden bewerben sich nicht an einer, sondern an mehreren Universitäten. Jetzt liegen andere Ergebnisse vor und insgesamt kann man feststellen, dass die Zahl der Abiturienten, die ein Studium anstreben, in Hamburg und in der Republik zurückgeht.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Ja!)

Eine bundesweite Befragung – Frau Stapelfeldt hat darauf hingewiesen – des Hochschulinformationssystems hat den Abschlussjahrgang 2006 von Abiturienten mit dem Notendurchschnitt von 1,0 bis 2,0 untersucht. Dabei ist herausgekommen, dass auch immer mehr Abiturienten mit Spitzennoten kein Studium mehr aufnehmen wollen. Dabei ist ganz wichtig, dass es deutliche Unterschiede nach der sozialen Herkunft auch in der Gruppe der Einsرابiturienten gibt. 81 Prozent derjenigen, die studieren wollen, kommen aus Akademikerhaushalten. Wichtig hierbei ist, dass das Studium bei jedem Zweiten dieser Studierenden auch von den Eltern finanziert wird. Nur 68 Prozent der Spitzenabiturienten aus Nichtakademikerhaushalten streben ein Studium an. Die meisten gaben an, dass sie für die Finanzierung des Studiums selbst verantwortlich seien und dass sie dafür jobben und Darlehen aufnehmen müssten. Weil sie eben aus anderen Verhältnissen kommen, leben sie auch noch häufiger bei ihren Eltern. Das heißt, sie sind

darauf angewiesen, wohnortnahe Hochschulen aufzusuchen, um studieren zu können, und sind dadurch eingeschränkt.

Insgesamt ist die Neigung, nach der Schule zu studieren, in Deutschland zurückgegangen. Im Jahre 2002 verneinten noch 27 Prozent der jungen Menschen mit Abitur, studieren zu wollen. 2006 waren es schon 32 Prozent, das ist eine signifikante Steigerung. Mehr als jeder Vierte führt dafür materielle Gründe an, zum Beispiel den unzureichenden Unterhalt oder Angst vor Studiengebühren und Verschuldung. Das bildungspolitische Ziel der Europäischen Union und der OECD ist, dass mehr junge Menschen an die Uni müssen. Wir haben im europäischen Vergleich und im OECD-Vergleich eine ganz geringe Studierendenquote. Wir haben auch eine zu geringe Abiturientenquote. Aus dem Grunde muss man einfach darauf hinweisen, dass ein sozialer Zusammenhang zwischen Studiengebühren und der Aufnahme eines Studiums besteht, und das darf nicht passieren.

Besonders dramatisch ist dabei, dass junge Frauen aus einkommensschwächeren Elternhäusern auf ein Studium verzichten. Dabei haben wir, was den Anteil der Frauen unter den Akademikern und auch in den Spitzenpositionen der Wirtschaft anbetrifft, national und international einiges aufzuholen. Es gilt empirisch eine sehr interessante Formel: 56 Prozent der Abiturientinnen nehmen ein Studium auf, 48 Prozent schließen es ab, 46 Prozent werden Diplomanden, 36 Prozent Doktoranden und 10 Prozent werden Professorin. Wir müssten eigentlich alles tun, damit alle jungen Frauen, die die Talente und Kompetenzen haben, auch ein Studium aufnehmen. Das hat auch soziale Gründe, warum sie es nicht tun.

(Beifall bei der LINKEN und bei Andrea Rugbarth SPD)

Die neuesten Berechnungen des Statistischen Bundesamts haben ausgewiesen, dass wir im Vergleich von 2003 zu 2007 17 Prozent mehr Absolventen mit Abitur und Fachhochschulreife haben. Aber im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Studienanfänger um 5 Prozent. In Hamburg sank in dem Jahr, nachdem die Studiengebühren eingeführt wurden, der Anteil um 4 Prozent, nur nicht an der Hochschule für bildende Künste, wo ein Boykott durchgeführt wurde. Da blieb der Anteil der Studienanfänger gleich. Auch das zeigt deutlich, welchen Zusammenhang es zwischen Studium und Studiengebühren gibt.

Das alles müsste verantwortungsbewusste und an Menschen interessierte Politiker und Politikerinnen doch zum Nachdenken veranlassen. Nur davon kann ich leider nicht viel sehen. Wie gesagt, von der CDU erwartet das kaum einer, aber von der GAL mit ihrem über Jahre gepflegten Anspruch auf Streikultur. Wir appellieren an die GAL, nicht nur die Studiengebühren in Hessen abzuschaffen,

(Dora Heyenn)

sondern auch in Hamburg. Sie haben dabei unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich habe darauf hingewiesen, dass wir hier im Plenum heute zum ersten Mal über diesen Gesetzentwurf diskutieren. Bisher haben wir das nur im Ausschuss getan. Für die letzten 20 Meter mit dem Antrag, die erste und zweite Lesung zu trennen, kann ich mich nur in aller Form entschuldigen. Ich weise aber darauf hin und mit aller Macht zurück: Das ist kein Trick. Denn sonst wäre es wohl nicht erlaubt. Wir machen von dem demokratischen Recht Gebrauch und ich finde, es zeugt auch von einem gewissen Respekt vor dem Parlament, wenn ein so weitreichendes Gesetz beraten wird, dass man sich zwischen der ersten und zweiten Lesung auch Zeit nimmt, noch einmal darüber nachzudenken. Deswegen erheben wir Widerspruch dagegen, dass die zweite Lesung heute gleich mit durchgeführt wird, und plädieren für eine Trennung. Ansonsten haben wir vier Anträge vorgelegt. In diesen vier Anträgen versuchen wir, die bittersten sozialen Härten, wenn dieses Gesetz denn doch angenommen werden sollte, noch abzumildern und bitten auch da um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senatorin Gundelach.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf hat ein in Deutschland bislang einmaliges System zur Erhebung nachgelagerter Studiengebühren zum Inhalt. Er ist ein aus unserer Sicht tragfähiger und auch beispielgebender Kompromiss zwischen den im Ausgang – und das geben wir zu – unterschiedlichen Vorstellungen der Koalitionspartner. Es war und ist das Anliegen der CDU, Studiengebühren zu erhalten, da sie den Hochschulen eine weitere und zuverlässige Einnahmemöglichkeit sichern, den Studenten den Wert ihres Studiums verdeutlichen und sie auch zu einem bewussteren Umgang mit dem Studienangebot veranlassen und – was genauso wichtig ist – den Hochschullehrern ihre Lehrverpflichtung verdeutlichen, denn die Studenten bezahlen künftig für eine Dienstleistung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist das Anliegen der GAL, dass während des Studiums keine zusätzlichen finanziellen Belastungen aufgebaut werden, die begabte junge Menschen aus finanziellen Gründen vom Studium abhalten beziehungsweise ihnen das Studium erschweren.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Senatorin. Ich bitte um mehr Ruhe im Plenarsaal. Diejenigen, die den Debatten nicht lauschen möchten, mögen bitte den Saal verlassen. – Frau Senatorin.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach (fortfahrend): – Danke.

Der Gesetzentwurf nimmt beide Argumentationsstränge auf, er sichert den Hochschulen die dringend benötigten Mittel zur Verbesserung der Situation der Lehre – und zwar geht es konkret um 38 Millionen Euro im Jahr – und er legt den Studierenden keine zusätzlichen finanziellen Belastungen auf, da die Gebühren erst nach dem Studium zu zahlen sind.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Nicht die finanzielle Situation im Studium ist ab diesem Wintersemester entscheidend, sondern der finanzielle Gewinn durch ein Studium und nach Beendigung des Studiums. Dem Gesetzentwurf wird oft der Vorwurf gemacht, es handele sich dabei um keine echte Nachlagerung, da der Student schon während des Studiums erklären müsse, ob er von seinem Stundungsrecht Gebrauch machen will. Ich frage Sie: Wie stellen Sie sich eine sogenannte echte Nachlagerung eigentlich vor? Soll die Hochschule in Zukunft etwa wie folgt vorgehen und diejenigen, die die Einrichtung dann verlassen, mit folgendem Tenor anschreiben? – Sehr geehrte Damen und Herren, es freut uns, dass Sie an einer Hamburger Hochschule studiert haben. Um Sie aber nicht mit allen Fakten zu konfrontieren und gegebenenfalls zu verunsichern, haben wir Ihnen nicht mitgeteilt, dass Ihr Studium bei uns gebührenpflichtig ist. Nun, da Sie uns verlassen haben, müssen wir Sie leider davon in Kenntnis setzen, dass für Ihr Studium inzwischen ein Stundungsbetrag in Höhe von 3 750 Euro aufgelaufen ist, den wir bitten, auf unser Konto einzuzahlen, sofern Sie ein Brutto-Einkommen von 30 000 Euro erzielt haben. Wenn Sie dieses Einkommen allerdings noch nicht erreicht haben, reichen Sie uns bitte in Zukunft Ihren Einkommensnachweis unaufgefordert jedes Jahr ein. Mit freundlichen Grüßen Ihre Hochschulleitung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie glauben doch nicht im Ernst, dass eine solche Vorgehensweise etwas mit einem vernunftgemäßen und damit rechtmäßigen Handeln zu tun hat.

(*Wolfgang Rose SPD:* Wer fordert das denn?)

Eine auf einer solchen Basis angestrebte Klage von Betroffenen würden wir bei jedem Gericht verlieren.

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

– Doch, das war die Forderung. Man solle die Studenten sozusagen im Vorfeld gar nicht allzu intensiv davon unterrichten. Nachgelagert hieße, man solle sozusagen an sie herantreten, wenn sie das Studium beendet hätten. Das exakt würde in einem solchen Fall dieses bedeuten.

(Wolfgang Rose SPD: Und wer fordert das?)

Denn auch nachgelagerte Studiengebühren haben ihren Entstehungsgrund im Studium und davon muss der Studierende rechtzeitig unterrichtet werden.

Noch ein weiterer Vorwurf wird dem Gesetzentwurf regelmäßig gemacht, nämlich dass er zu teuer sei. Sicher, ich gebe Ihnen zu: Er ist nicht billig. Aber es ist gut ausgegebenes Geld, denn es trägt dazu bei, den schon geschilderten Zielsetzungen Rechnung zu tragen und – und das ist für mich das Wichtigste – jungen Menschen zu einer qualifizierten Ausbildung zu verhelfen.

Noch einen Vorwurf höre ich ständig. Studiengebühren seien eine unzumutbare Belastung und schreckten junge Menschen vom Studium ab. Auch das stimmt nicht. Erstens haben wir in Hamburg so viele Studenten wie schon lange nicht mehr. Zweitens wurde mir bei meinem Gespräch mit dem Studierendenwerk ausdrücklich bescheinigt, dass das Thema Studiengebühren bei ihren Beratungsgesprächen so gut wie keine Rolle spiele, und drittens – ich betone es nochmals – müssen in Hamburg ab diesem Wintersemester während des Studiums keine Zahlungen mehr geleistet werden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf die konkrete Belastungshöhe zu sprechen kommen. Es handelt sich in der Regel um einen Betrag zwischen 2 250 Euro für ein Bachelor-Studium und 3 750 Euro für einen Master-Abschluss, der erst ab einem Brutto-Einkommen von 30 000 Euro zurückgezahlt werden muss. Dieser Betrag ist so gering, dass er mit Sicherheit heute keinen jungen Menschen davon abhält, ein Studium aufzunehmen,

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

und zwar ein Studium, das ihm – ich glaube, man kann das gar nicht oft genug sagen – in der Regel einen deutlich besser dotierten Arbeitsplatz garantiert und ihn auch weitaus weniger als alle anderen der Gefährdung aussetzt, später arbeitslos zu werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich glaube, das sehen auch die Studenten so. Denn der massenhafte Protest, den Sie so lautstark angekündigt haben, ist ausgeblieben und so fanden sich zum Beispiel bei der abschließenden Bera-

tung im Haushaltsausschuss nur noch ein paar Versprengte ein. Auch die Zahl der in der Behörde eingegangenen Briefe hielt sich sehr in Grenzen und der Aufruf eines Kommilitonen, doch auch im kommenden Semester massenhaft zum Studiengebührenboykott aufzurufen, wurde von anwesenden Studenten mit den Worten konterkariert: "Wir haben keine Zeit, wir müssen studieren." Auch heute scheint mir, wenn ich so in die Ränge blicke, die Resonanz – bei den Studenten zumindest – nicht so hoch zu sein, dass sie hier massenhaft aufgetaucht sind. Infolgedessen ist daraus zu schließen, dass die Studenten mit dieser Regelung sehr wohl leben können.

(Beifall bei der CDU und bei Andreas Wal-dowsky GAL)

Danken möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch meinen Mitarbeitern, die den Gesetzentwurf in der gebotenen Eile zuverlässig und sorgfältig erarbeitet haben. Und danken möchte ich den Koalitionsfraktionen, die aus der Anhörung eine für mich sehr wertvolle Anregung aufgenommen haben und durch einen Änderungsantrag sichergestellt haben, dass diejenigen Studierenden, die sich in Zukunft in der Hochschulpolitik und in Hochschulgremien engagieren wollen, einen um zwei Semester verlängerten Stundungsanspruch haben. Fazit: Wer qualitativ gute Hochschulen mit besserer Betreuung der Studierenden will, den bitte ich um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich gemeldet, um noch einmal ein paar kritische Anmerkungen zu dem finanziellen Konstrukt zu machen, das uns der Senat vorgelegt hat. Aber nach dem Verlauf der Debatte möchte ich doch zwei Vorbemerkungen machen.

Das eine ist die Frage des parlamentarischen Verfahrens. Da, finde ich, ist es ziemlich unfreundlich, dass man uns oppositionelles Gehabe vorwirft, nachdem wir auf Bitte und Vorschlag Ihrer Senatorin noch vor der Sommerpause gesagt haben: Ja, wir stellen sicher, dass der neue Gesetzentwurf zum Wintersemester dieses Jahres in Kraft treten kann. Dazu hat gehört, dass ich zum Beispiel die Protokolle aus dem Wissenschaftsausschuss erst am Tag der Beratung unseres Haushaltsausschusses lesen konnte. Wir haben als Opposition also sichergestellt, dass dieses Verfahren so ablaufen kann. Frau Senatorin, wir danken Ihnen dafür, dass Sie uns ermöglicht haben, uns daran zu beteiligen. Sie haben sich nur bei Ihren Koalitionsfraktionen bedankt, dass dort so schnell gearbeitet

(Dr. Peter Tschentscher)

wurde. Ich will das einfach noch einmal sagen, weil ich glaube, dass das ein Ablenkungsmanöver ist,

(Wolfgang Beuß CDU: Gottchen, Gottchen!)

dass Sie an dieser Stelle das oppositionelle Gehabe auf einmal in den Vordergrund stellen. Wir geben Ihnen mit der zweiten Lesung einfach die Gelegenheit, noch einmal ein, zwei Nächte darüber zu schlafen und noch einmal nachzudenken, liebe GAL-Fraktion, ob das alles richtig gelaufen ist.

(Wolfgang Beuß CDU: Richtig pädagogisch! Der große Pädagoge!)

Da komme ich zu meiner zweiten Bemerkung, liebe GAL. Frau Gümbel, Sie wissen, dass ich Ihnen so gut wie nie widerspreche – und wenn, dann nur höchst ungern. Aber bei dem Thema Studiengebühren sind Sie völlig aus der Spur gekommen. Ich muss Ihnen sagen: Wenn Sie uns vorrechnen, dass das für die Studierenden jetzt alles in Ordnung sei und dass sie nur nachträglich bezahlen müssten, bin ich noch froh, dass Sie nicht auf die Idee gekommen sind zu sagen, man müsste einmal die Kosten jedes Studiums ermitteln und dann diejenigen, die den Abschluss gemacht haben, anteilig auch für die Kosten Ihres Studiums aufkommen lassen.

(Wolfgang Beuß CDU: Dann hätten Sie richtig bezahlen müssen!)

Dann wäre nämlich ein Medizinstudium fünfmal teurer als manch ein anderes Studium. Und diejenigen, die das dann angehen, müssen sich auf ziemliche Darlehenssummen gefasst machen. Das ist alles ein bisschen abstrus.

Es geht auch nicht um die Frage, wie Studiengebühren auf die Studierenden wirken. Natürlich ist es so, dass 500 Euro bar auf den Tisch härter sind als 375 Euro als Darlehen später bezahlt. Das ist aber gar nicht das Thema. Wir reden von sozialer Ausgrenzung. Und das ist keine politische Ansichtssache, sondern das ist etwas, was das Deutsche Studentenwerk ganz sorgfältig untersucht hat. Die Ergebnisse sind Ihnen im Wissenschaftsausschuss dargelegt worden. Da geht es nicht um politische Ansichten. Es ist eine Tatsache, dass bei der Nichtaufnahme eines Studiums die finanziellen Gründe, insbesondere Studiengebühren, bei denjenigen an erster Stelle stehen, die ein Studium aufnehmen wollen oder nicht aufnehmen wollen.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Vor allem Studienberechtigte aus einkommensschwachen Herkunftsgruppen lassen sich dadurch abschrecken,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

dass sie sich mit der Inanspruchnahme von BAföG und eben auch durch Studiengebühren für ihre Zukunft verschulden. Das ist der Punkt, über den wir reden.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Diese jungen Menschen werden auch nicht in gebührenfreie Bundesländer abwandern – auch das ist Ihnen berichtet worden –, weil sie eben vor dem Hintergrund ihrer finanziell mangelnden Ausstattung wesentlich stärker in ihrer überregionalen Mobilität eingeschränkt sind als Kinder aus einkommensstarken Familien in Blankenese.

(Wolfgang Beuß CDU: Sozialneiddebatte!)

Das ist doch der Punkt, der die soziale Ausgrenzung ausmacht.

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

– Sie müssen jetzt nicht protestieren, liebe CDU-Fraktion. Sie haben das Thema zur Debatte angemeldet.

Herr Beuß hat ganz stolz verkündet, dass das ein super Ding sei, was wir beschlossen haben. Liebe GAL-Fraktion, das müsste Ihnen zu denken geben. Herr Beuß hat gesagt, es gab gute Gründe, weswegen die CDU die Studiengebühren eingeführt hat. Richtig, sie gehören nämlich zu einer ganzen Reihe von finanziellen Bildungshürden, die Sie von der Vorschule bis in die Universität aufgebaut haben,

(Wolfgang Beuß CDU: Der Wahlkampf ist vorbei!)

– Ja, ich sage es dennoch.

um die in Deutschland seit dem Kaiserreich bestehende soziale Selektion im Bildungswesen wieder zu verschärfen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Das entspricht einer neoliberalen Denkart, die alle ...

(Zurufe der CDU: Oh, oh!)

– Ja, ich sage das jetzt einmal, weil das dazugehört und weil mich Studierende gebeten haben, das einfach einmal in dieser Allgemeinheit zu sagen.

Es entspricht einer neoliberalen Denkart, alle Bereiche unseres Lebens von der Gesundheit bis zur Bildung zu ökonomisieren, damit auch in diesen Bereichen geringere finanzielle Kraft als fehlende Chancengleichheit wirkt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Situation triumphiert die CDU, weil es ihr gelungen ist, gegen ein klares Wählervotum, gegen eine breite Mehrheit in Hamburg und gegen ei-

(Dr. Peter Tschentscher)

ne Mehrheit im Parlament die Abschaffung der Studiengebühren mit Hilfe der GAL zu verhindern. Den sozialen Ausgrenzungseffekt haben Sie noch verbreitern können, indem Sie Ausnahmen für Studierende mit Kindern, Behinderungen und chronischen Erkrankungen abschaffen werden. Das ist das Ergebnis im Sinne der CDU und deswegen triumphieren Sie heute und feiern diesen Gesetzentwurf als einen Erfolg, obwohl – und jetzt komme ich zu meinem Punkt – die finanzielle Konstruktion abenteuerlich ist.

Herr Freytag ist nicht da, der hat einen schweren Tag. Er hat um 14 Uhr eine anstrengende Pressekonferenz gehabt. Aber neben dem bildungspolitischen Elend ist diese abenteuerliche finanzielle Konstruktion, die sich unser historisches Bündnis ausgedacht hat, wirklich ein Ding.

(Beifall bei der SPD)

Die Hochschulen bekommen sofort 38 Millionen Euro, aber irgendwie soll aktuell keiner dafür zahlen. Die Studierenden nicht, die sollen später zahlen. Der Finanzsenator aber auch nicht und der ist mindestens ebenso klamm wie die Studierenden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist die Situation. Das ist ein wirklich kreatives Modell. Die Hochschulen bekommen ab sofort jedes Jahr 38 Millionen Euro und keiner zahlt. Wie kann das angehen? Die Antwort lautet: Nicht nur die Studierenden zahlen später, auch dem Steuerzahler wird später die Quittung präsentiert.

In der Drucksache, über die wir heute sprechen – man muss es noch einmal nachlesen – heißt es:

"Im eingeschwungenen Zustand"

Wer das noch nicht gehört hat, das ist ein Zustand im Jahre des Herrn 2023. In diesem Zustand, in dem sich Herr Freytag wahrscheinlich schon aus dem Senat herausgeschwungen hat und Schwarz-Grün – so Gott will – gar nicht mehr existiert, in diesem sogenannten eingeschwungenen Zustand fallen für den Steuerzahler jährlich 24 Millionen Euro an.

(Wolfgang Beuß CDU: Das habe ich doch schon gesagt!)

– Ja, das haben Sie gesagt, aber Sie haben nicht gesagt, wofür 24 Millionen Euro anfallen, Herr Beuß. 24 Millionen Euro fallen nicht an für Studium und Lehre, sondern für Zins- und Bearbeitungskosten der Wohnungsbaukreditanstalt, für Kosten der Verwaltung und Nachverfolgung der Gebührenforderungen, Kosten für nicht betreibbare Forderungen, Verwaltungskosten der Hochschulen und der Wohnungsbaukreditanstalt. 24 Millionen Euro nicht für Studium und Lehre, sondern für Bürokratie, Zinsen und schwarz-grünen Murks. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

38 Millionen Euro kostet die Abschaffung der Studiengebühren. Dafür haben Sie uns im Wahlkampf massiv kritisiert. 24 Millionen Euro kostet das Modell, das Sie geschaffen haben, um die Studiengebühren beizubehalten. Der Unterschied besteht in 14 Millionen Euro und für 14 Millionen Euro, liebe GAL-Fraktion, setzen Sie die soziale Spaltung von der Vorschule über die Schule in die Hochschulen fort.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Wolfgang Beuß CDU: Oh, ne!)

Das kreative Modell, Herr Beuß, das Sie mit Schwarz-Grün gefunden haben, bedeutet, dass über 200 Millionen Euro neue Schulden gemacht werden, zwar nicht im offiziellen Haushalt – das wäre dem Senat nun doch unangenehm,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

nachdem Herr von Beust und Herr Freytag in allen Sommerinterviews gesagt haben, keine neuen Schulden –, aber eben doch 200 Millionen Euro neue Schulden in einem Schattenhaushalt eines öffentlichen Unternehmens der Wohnungsbaukreditanstalt, für die Hamburg die Zinsen zahlt. Am Anfang zahlt keiner und am Ende wird doppelt gezahlt. Das ist die Formel eines schwarz-grünen Bündnisses, das faule Kompromisse zulasten der Studierenden und der Steuerzahler macht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass die Studiengebühren oder das neue Modell zum jetzt beginnenden Wintersemester eingeführt werden, Herr Tschentscher, liegt nicht an der SPD, sondern in erster Linie daran, dass der Senat zügig gearbeitet hat, dass diese Koalition professionell gearbeitet hat und dass sie im Sinne der Studierenden in dieser Stadt gearbeitet hat. Das sollte man hier nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Uwe Grund SPD: Das sind die größten Finanztricks bisher vom Senat!)

Studiengebühren werden deutlich gesenkt – Sie, Herr Tschentscher, sind der einzige Redner der Opposition, der das heute immerhin erkannt und eingeräumt hat – und sie werden zukünftig erst deutlich später, nämlich wenn sich das Studium finanziell bezahlt macht, beglichen. Mögliche Hürden, ein Studium aufzunehmen, werden abgebaut. Damit werden wesentliche Kritikpunkte am bisherigen Modell berücksichtigt. Hiervon profitieren die meisten Studenten und dies zeigen auch viele positive Rückmeldungen, die wir erhalten. Nur die Kollegen von der SPD wollen nicht erkennen, dass

(Thilo Kleibauer)

der neue Senat damit auch ein Stück weit in die Richtung der Position geht, die Sie seit langem vertreten. Das verstehe ich nicht. Von Ihnen kommen die gleichen Worthülsen wie vor zwei Jahren. Die haben sie überhaupt nicht an das neue Modell angepasst. Sie üben Kritik um der Kritik Willen. Sie setzen auf Schwarzmalerei, Sie setzen auf kurzfristige Stimmungsmache, aber nicht auf konstruktive Lösungen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburgs Hochschulen haben in den letzten beiden Semestern erstmals durch Studiengebühren rund 38 Millionen Euro – die Zahl ist schon genannt worden – zusätzlich eingenommen. Dies erhöht deutlich den Handlungsspielraum der Universitäten und, was uns und der GAL ganz wichtig ist, diese 38 Millionen Euro werden auch zukünftig nahtlos zur Verfügung stehen.

Mit diesen Einnahmen werden die Studiengebühren konkret verbessert. Die Qualität des Studiums in Hamburg wird gesteigert durch viele einzelne Maßnahmen. Sie beurteilen das sehr abstrakt, sehr pauschal und sagen, das sei alles unsozial. Aber demnach wäre es unsozial, jetzt Lehraufträge zu vergeben, Tutorien einzuführen, die Bibliotheksöffnungszeiten zu verlängern, die Ausstattung von Laboren und Bibliotheken jetzt zu verbessern, um damit die Studienbedingungen zu verbessern. Dieses vergessen Sie total.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Eva GümbeL GAL)

Da muss man nur ein Weilchen zurückschauen, wie die soziale Komponente aussah, als die SPD in diesem Haus Wissenschaftspolitik verantwortet hat. Da haben Sie die Mittel gekürzt,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Ja!)

da haben Sie die Studienbedingungen verschlechtert. Das hat dazu geführt, dass das Studium in Hamburg nicht attraktiv wurde und vor allen Dingen, dass es länger wurde. Und wo ist die soziale Komponente, wenn sie sehr lange Studienzeiten haben?

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir setzen darauf, die Qualität und die Attraktivität des Studiums in Hamburg weiter zu steigern. Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass es uns dabei ganz wichtig ist, dass die Studenten in der Mittelverwendung vor Ort an den Hochschulen in angemessener Form beteiligt werden. Hierauf werden wir auch weiter sehr sorgfältig achten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das Modell der nachgelagerten Bezahlung ist schon genannt worden, dass Hamburg die Kosten der Stundung übernimmt und dadurch gewährleistet wird, dass die Hochschulen sofort Mittel ha-

ben, die Studenten aber erst zum Berufseinstieg zur Kasse gebeten werden.

Herr Tschentscher, Sie sagen, dadurch werden zukünftige Haushalte belastet. Ich bin Ihnen dankbar für diese Argumentation, denn mit diesem Vorwurf übernehmen Sie und die Vorgänger von der SPD die politische Verantwortung für Zins- und Pensionsbelastungen in Milliardenhöhe, die wir heute haben, denn die sind zuzeiten von SPD-Bürgermeistern, von SPD-Finanzsenatoren angehäuft worden.

(Dr. Peter Tschentscher SPD: Im Wesentlichen nicht!)

Dann sage ich: Wir übernehmen die politische Haftung für das, was wir heute machen mit allen Chancen und Risiken, aber dann laufen Sie nicht vor der Haftung dessen weg, was Sie in den vergangenen Jahren gemacht haben.

(Beifall bei der CDU – Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Das ist ja so etwas von super peinlich! Super peinlich!)

Im Übrigen ist das Volumen – die Zahlen haben Sie auch genannt, Herr Tschentscher – sehr viel überschaubarer als das, was Sie gemacht haben, zumal man auch sagen muss, gleichzeitig schaffen wir es dadurch, die Situation an den Hochschulen zu verbessern. Den 215 Millionen Euro stehen im Übrigen auch Forderungen an die Studenten gegenüber. Es sind Verbindlichkeiten, die aber auch in Teilen durch Forderungen gedeckt sind.

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen, weil Sie immer von Skandal und Schattenhaushalt sprechen. Die Wohnungsbaukreditanstalt gibt es seit über 40 Jahren. Wie in anderen Bundesländern als Förderbank im staatlichen Auftrag, auch schon zu Zeiten einer SPD-Regierung und einer SPD-Alleinregierung.

Die Wohnungsbaukreditanstalt veröffentlicht jedes Jahr einen umfangreichen Geschäftsbericht. Damit ist sie als eigenständiges Unternehmen manchmal sogar etwas schneller als das, was wir von der Finanzbehörde bekommen. Der Geschäftsbericht für das Jahr 2007 liegt schon seit Monaten vor, sehr detailliert, über 100 Seiten. Jetzt davon zu sprechen, dass wir hier irgendetwas verschleiern – die Zahlen sind transparent, sehr detailliert und die haben Sie dann auch laufend –, ist ein Stück weit lächerlich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Lassen Sie mich noch auf zwei Kritikpunkte eingehen, die Sie zum eigentlichen Gesetz genannt haben. Zum einen zum Thema Befreiung. Frau Stapelfeldt hat ausgeführt, dass sich hier die Bedingungen verschärfen. Das Gegenteil ist ein Stück weit der Fall. Es entschärfen sich die Bedingungen für alle.

(Thilo Kleibauer)

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Das stimmt ja nicht!)

Wenn niemand während des Studiums Gebühren zahlen muss, dann bedarf es auch keiner Grundlage, jemanden zu befreien, zumal es in Teilbereichen noch Befreiungsmöglichkeiten gibt, was die längere Studiendauer betrifft für Studierende mit Kindern oder für Studierende mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen.

Zum Thema ausländische Studenten. Hier gibt es die Möglichkeit der Gebührenstundung durch die Hochschulen in eigener Flexibilität. Das ist auch etwas, was wir grundsätzlich wollen, nämlich die Flexibilität der Hochschulen stärken. Ich glaube, dass Hamburg ein weltoffener Hochschulstandort bleibt. Ich habe auch den Eindruck, dass die Hochschulen ein großes Interesse daran haben, den Austausch mit internationalen Studenten fortzusetzen. Ich möchte auch auf das eingehen, was Herr Beuß schon am Anfang gesagt hat. Ich gehöre auch zu denjenigen, die sich vor zweieinhalb Jahren im Wissenschaftsausschuss mit dem Thema Studiengebühren beschäftigt haben, damals begleitet von sehr lebhaften, sehr emotionalen Protesten, Diskussionen, von Veranstaltungen mit sehr, sehr vielen Teilnehmern. Dagegen fanden die Beratungen, die wir in zwei Fachausschüssen mit mehreren Sitzungen hatten, dieses Mal sehr viel sachlicher und in einer sehr viel ruhigeren Atmosphäre statt. Auch das spricht für mich dafür, dass die Koalitionspartner hier einen sehr guten Kompromiss gefunden haben. Wir schaffen Verbesserungen für die Studierenden, wir schaffen Finanzierungssicherheit für die Hochschulen und wir haben ein neues Modell entwickelt, das sachgerecht und sozial ausgewogen ist und dieses Gesetz werden wir auch verabschieden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In einem Punkt sind wir uns einig: Die Universitäten brauchen mehr Mittel. Wir sind uns wahrscheinlich auch in dem nachfolgenden Satz noch einig, dass insgesamt in dieser Gesellschaft mehr Ressourcen in den Bildungsbereich kommen müssen. Das ist völlig unstrittig. Aber – und deswegen haben wir überhaupt diese Auseinandersetzung – Ihr Vorschlag, das jetzt über Studiengebühren oder an anderer Stelle Gebühren zu machen, ist nach unserer festen Überzeugung kein taugliches Mittel für das 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir müssen für diese Bereiche andere Formen der Finanzierung finden. Sie selber sehen, dass im Bereich Kita, im Bereich der Vorschule, im Bereich der Schule und eben auch im Bereich der Hochschulen andere Formen gefunden werden müssen, wie wir diese wichtigen Entwicklungssektoren unserer Gesellschaft vernünftig ausstatten können. Das ist der Punkt, um den es geht. Wir folgen Ihnen nicht darin, dass wir mit den Studiengebühren ein gutes Mittel hätten, um mehr Ressourcen für die Universitäten zu erlangen. Das heißt, die Hartnäckigkeit der Auseinandersetzung hat den Hintergrund, dass wir gesellschaftsweit in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung sind, nicht nur in Hamburg. Die Frage ist, ob dieses Modell, das Sie jetzt entwickelt haben, wirklich tragfähig auch für andere Bundesländer ist. Für uns kommt klar heraus, dass wir generell gegen diese Methodik sind, die Universitäten mit Studiengebühren auszustatten. Wir werden uns in allen Bundesländern dafür einsetzen, dass diese Studiengebühren abgeschafft werden. Das ist der Punkt der Auseinandersetzung.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Gümbel, dazu könnten Sie gerne einmal Stellung nehmen. Warum machen Sie so etwas in Hessen und warum machen Sie die völlig andere Politik in Hamburg? Das möchten wir gerne einmal erläutert haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist doch nicht transparent, was Sie machen.

Herrn Beuß will ich gerne zugestehen, auch wenn es jetzt ein bisschen utopisch klingt, dass wir selbstverständlich auch dafür sind, dass bei der Meisterausbildung Gebührenfreiheit vorherrscht. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Beuß CDU: Finanzieren, finanzieren!)

– Ja, jetzt kommen wir auf den Punkt. Da haben wir in den nächsten Monaten noch einiges vor, wie wir das finanzieren.

Frau Stapelfeldt hat es gesagt. Wir sind dafür, dass dieser Bildungsbereich ausgebaut wird. Wir wollen dafür andere Finanzierungsmittel haben, nicht über Gebührenstrukturen, die bringen überhaupt nichts.

(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Zweitens möchte ich Herrn Tschentscher noch unterstützen, denn das, was jetzt vorgelegt wurde, ist rein finanziell völlig absurd. Unsere Argumente müssen Sie nicht teilen, aber die müssen Sie sich wenigstens noch einmal anhören. Das heißt, Sie machen ein Modell 37 Millionen Euro, 36 Millionen Euro, 38 Millionen Euro für die Universitäten – wir werden sehen, was im Endeffekt rüberkommt –

(Dr. Joachim Bischoff)

und sagen – Herr Beuß, das ist der entscheidende Punkt –, da gehen wir locker Verpflichtungen von über 200 Millionen Euro ein. Das heißt, wenn dieses Gesetz – wovon ich ausgehe –, dieses Monstrum 2012 abgeschafft wird, weil die Mehrheiten anders sind,

(Karen Koop CDU: Aber bestimmt nicht mit Ihnen!)

dann muss damit die politische Entscheidung verknüpft werden, auch die aufgelaufenen Schulden abzutragen. Das ist gar keine Frage. Das heißt, wenn Sie das noch einmal durchrechnen, um 38 Millionen oder 36 Millionen Euro auszugeben, nehmen Sie Verpflichtungen gegenüber den Kapitalmärkten von 23 oder 24 Millionen Euro in Kauf. Solch eine Rechnung ist, ehrlich gesagt, für einen hanseatischen Kaufmann eine Katastrophe.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht fangen wir mit dem an, Herr Bischoff, weil das immer wieder kommt. Die Mehrheit, die es angeblich in diesem Haus für eine bestimmte Maßnahme X oder Y gibt. Dann sagen Sie immer, warum wir Grüne denn kein Bündnis mit den LINKEN und der SPD machen? Da muss ich ganz ehrlich sagen, dass ich mir diesen Vorwurf persönlich nicht machen lasse, weil ich nach der Wahl – dafür habe ich auch Ärger in meiner Partei bekommen – einmal gesagt habe, wenn die SPD darüber reden will, dann sollten wir einmal über solch ein Bündnis reden und die SPD, außer Herrn Böwer, ich glaube, das war der Einzige, wollte darüber nicht reden.

(Wolfgang Beuß CDU: Typisch!)

Sie wollen mit denen keine Regierung eingehen. In Hessen ist Ihre Partei gerade an der Zerreißprobe, ob Sie das Risiko eingehen wollen, sich von ihnen tolerieren zu lassen. Weil Sie das nicht wollen, gibt es in diesem Haus keine Mehrheit für einen handlungsfähigen Senat, der ein Ersuchen der Bürgerschaft, Studiengebühren abzuschaffen, umsetzen könnte. Deshalb agieren wir Grüne in diesem Haus anders als in Hessen, weil der Wähler anders entschieden hat als es mir und wahrscheinlich auch der CDU oder der SPD recht war. Aber darüber können wir schlecht streiten, das ist nun einmal so. Darum würde ich Sie bitten, lassen Sie doch diesen albernsten Vorwurf. In den ersten Wochen zum Vorführen, als der Senat noch nicht gebildet war, konnte man das machen, aber langsam sollten Sie wirklich einmal eine neue Platte auflegen. Die wird wirklich langweilig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Im Kern geht es heute darum, dass wir verabschieden, dass ab Beginn dieses Semesters Studierende – und Studierende heißt, Leute, die sich im Studium befinden – weniger zahlen müssen und finanziell nicht mehr belastet werden. Da muss ich wirklich sagen, ich verstehe es nicht und finde es fahrlässig, dass Sie so tun, als ob das überhaupt nichts wäre, als ob sich gar nichts ändern würde. Ich frage Sie einmal ganz ehrlich: Wissen Sie nicht, was es für eine alleinerziehende Mutter an der Universität in den letzten Semestern bedeutet hat, pro Semester 500 Euro aufzubringen? Wissen Sie nicht, was es für einen Studenten bedeutet, der, um sein Studium zu finanzieren, nebenbei arbeitet, 500 Euro aufbringen zu müssen? Fragen Sie einmal diese Leute, ob sich nunmehr gar nichts ändert. So etwas zu behaupten, das kann nur jemand, der von der sozialen Situation der Studenten an den Universitäten überhaupt keine Ahnung hat.

(Hans-Detlef Roock CDU: So ist es!)

Das im Namen der sozialen Gerechtigkeit zu tun, ist traurig. Das ist eine fahrlässige Argumentation.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Sie sind nur jenseits der gesetzlichen Realität!)

Man kann natürlich grundsätzlich über Studiengebühren streiten, ob die sinnvoll sind oder nicht. DIE LINKE ist da ganz konsequent, das finde ich in Ordnung. Wir Grünen sehen das ähnlich, aber es gibt keine Mehrheit, um sie in diesem Hause abzuschaffen. Also muss man das tun, was man tun kann und wir sorgen dafür, dass Studenten während des Studiums nicht mehr belastet werden und dass die Studenten, die nach dem Studium keinen Job finden oder Frauen, die dann Mutter werden, heiraten oder nicht mehr berufstätig sind, nach dem Studium keine Gebühren zahlen müssen. Aber das ignorieren Sie. Sie tun so, als gebe es das gar nicht und doch sind das Tausende von Menschen, denen wir die Gebühren ein für allemal erlassen. Das sollten Sie einmal zugestehen.

(Beifall bei Dr. Eva Gümbel und Michael Gwosdz, beide GAL)

Das wäre ehrlich, aber die Größe haben Sie nicht und das tut mir für Sie wirklich leid.

Kommen wir zum nächsten Punkt. Herr Tschentscher, wenn ein paar Wissenschaftspolitiker über die finanziellen Auswirkungen reden und das ein bisschen schräg wird, finde ich das in Ordnung. Aber wenn ein haushaltspolitischer Sprecher sagt, wir wollen die Studiengebühren abschaffen und das kostet pro Jahr 38 Millionen Euro und jetzt findet, dass wir nur einen Teil der Gebühren abschaffen und das die Stadt 14 Millionen Euro kostet und Sie sagen, die 14 Millionen Euro müssten ja finanziert werden und das sei ja furchtbar.

(Jens Kerstan)

(Ingo Egloff SPD: Das haben wir doch gar nicht gesagt!)

Es tut mir leid, das ist nun eine Rechnung, da muss man schon Sozialdemokrat sein, um sie zu verstehen, warum 14 Millionen Euro weniger sind als 38 Millionen Euro.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Da haben Sie völlig recht, Herr Kerstan! Sie haben das nämlich nicht verstanden!)

Ich möchte noch einmal zu Ihrem letzten Argument kommen. Sie sagen, wir vergrößern die soziale Spaltung in dieser Stadt, weil Menschen, die ein Einkommen von 30 000 Euro im Jahr haben, einen Betrag zwischen 2000 bis 3000 Euro bezahlen müssen. Da möchte ich Sie fragen, ob Sie dieses Argument ernst meinen oder verstehen, was Sie da sagen. Wissen Sie eigentlich, wie viele Zehntausend Menschen in dieser Stadt in ihrem ganzen Leben ein Einkommen von 30 000 Euro nicht erreichen werden, die teilweise ein oder zwei Jobs haben und immer noch nicht auf 30 000 Euro kommen. Die müssen keine Gebühren zahlen. Aber Sie sagen, die soziale Spaltung in der Stadt steigt, weil es Menschen gibt, die beim Durchschnittseinkommen oder darüber liegen, wie beispielsweise gut verdienende Banker, PR-Agentur-Agenten, Facharbeiter und andere. Ich muss sagen, Sie wissen überhaupt nicht, wie die soziale Situation in dieser Stadt ist, denn sonst würden Sie ein solches Argument gar nicht bringen können.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Ach nein, Herr Kerstan!)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es nicht das Maximale, das wir aus grüner Sicht hier beschließen. Wir sind immer noch der Meinung, dass Studiengebühren grundsätzlich abgeschafft werden sollen, aber wenn man Studiengebühren erhebt, gibt es keine sozialere Variante als die, die wir hier gefunden haben. Sie wird ab sofort, ab Oktober die Situation der Studierenden in dieser Stadt spürbar verbessern.

Jetzt kommen wir noch einmal zu den parlamentarischen Rechten. Ich war nun auch sechs Jahre lang in der Opposition und wir haben sehr oft die zweite Lesung verweigert. Das ist völlig normal, das dürfen Sie auch gerne jederzeit tun. Nur wir haben es vorher auch immer gesagt.

(Wolfgang Beuß CDU: Trickser, Trickser!)

Dann gibt es nämlich auch die Möglichkeit für die Regierungsmehrheit, wenn es eng ist, dann in einer Doppelsitzung am Anfang die Tagesordnung zu ändern und dann das, was Sie uns eben sogar explizit gesagt haben, schlafen Sie doch einmal eine Nacht darüber, das dann auch zu tun und dann die zweite Abstimmung auf den nächsten Tag zu legen. Das haben Sie nicht getan, weil Sie es um

mehrere Wochen verschieben wollen. Das macht doch wirklich nur Sinn, wenn Sie verhindern wollen, dass diese Regelung zu Anfang des nächsten Semesters in Kraft tritt und das bedeutet in letzter Konsequenz, dass Sie wollen, dass die Studenten im nächsten Semester immer noch 500 Euro pro Semester zahlen und das mit der Argumentation, wir wollen Studiengebühren abschaffen. Das ist an Absurdität wirklich nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kühn.

Philipp-Sebastian Kühn SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte um dieses Gesetz verläuft etwas diffus.

(Frank Schira CDU: Damit meinen Sie aber nicht Frau Stapelfeldt!)

Ich möchte mich trotzdem bemühen, durch meinen Beitrag die Dinge verständlich darzustellen und vor allem noch einmal klarzumachen, worum es der Opposition in diesem Hause geht.

Eines will ich gleich am Anfang sagen: Das, was Sie mit Ihren Beiträgen versucht haben – das will ich einmal in Richtung der Koalition sagen –, ist, ein vollkommen diffuses und verwirrendes Bild über dieses Gesetz zu skizzieren. Insofern, glaube ich, ist es sehr notwendig, dazu noch ein paar Anmerkungen zu machen.

(Wolfgang Ploog CDU: Das ist ganz einfach zu verstehen!)

Herr Kerstan, ich möchte mich aber zu Beginn an Sie wenden, weil Sie das Problem parlamentarischer Gepflogenheiten angesprochen haben. Nun bin ich ein relativ neuer Abgeordneter. Ich möchte Ihnen aber gerne aus der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses berichten. Da wollten wir nämlich – das habe ich persönlich beantragt – eine Selbstbefassung zum Thema Universitätsumzug, ein Thema, das Ihre Senatorin angestoßen hat und die Stadt über Wochen beschäftigt, und Sie verweigern diese Selbstbefassung

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, ganz genau!)

mit dem Argument, es gebe nichts, worüber man diskutieren könnte. Wenn Sie dem zuständigen Ausschuss in einer solchen Situation verweigern, ein politisches Statement abzugeben, dann sollten Sie sich jetzt, was die Verfahrensfragen dieser heutigen Sitzung angeht, bitte nicht äußern.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Der zweite Punkt ist doch, dass dieses Gesetz natürlich noch rechtzeitig in Kraft treten wird,

(Philipp-Sebastian Kühn)

(*Frank Schira CDU*: Was ist denn das für ein konfuser Beitrag? – *Wolfgang Beuß CDU*: Kommen Sie mal zum Thema!)

weil Sie genau wissen, dass sie in diesem September – nicht in der morgigen Sitzung, sondern in der darauf folgenden Sitzung – sehr wohl noch die Möglichkeit haben werden, mit Ihrer Mehrheit das Gesetz zu beschließen, sodass es auch rechtzeitig in Kraft tritt. Es ist also mitnichten das Ansinnen der sozialdemokratischen Fraktion und der Fraktion der LINKEN, dieses Gesetz insofern zu verhindern, als dass es nicht rechtzeitig in Kraft treten könnte, sondern wir wollen diese Argumente noch einmal vortragen. Wir haben – das mag vielleicht von einer Demokratie zu viel verlangt sein – aber doch die berechtigte Hoffnung, dass einige unserer Argumente vielleicht doch noch einmal Eingang in Ihre Köpfe und Herzen finden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Aber nun noch einmal zu einzelnen Debatten. Herr Kerstan, Sie haben eben die Frage aufgeworfen, gerade auch in Richtung von Herrn Tschentscher, was mit diesen 14 Millionen Euro zu finanzieren ist. Es ist doch die Frage, wofür oder womit finanziere ich etwas. Nehme ich 21 Millionen Euro in die Hand, um auf der anderen Seite 37 oder 38 Millionen Euro zu erzielen, oder nehme ich gleich eine Summe X in die Hand und gebe es direkt in den Bereich, den ich politisch fördern will. Um diese Frage geht es und da hat Herr Tschentscher als Finanzexperte doch vollkommen richtig argumentiert. Da kann ich nur sagen, dann kennen Sie das heute zu verabschiedende Gesetz schlecht, wenn Sie diesen Umstand nicht begreifen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn man sich die Debatte und vor allem auch die Positionen anschaut, die die Grünen in anderen Bundesländern und auf Bundesebene einnehmen, dann überrascht es mich, Frau Dr. Gümbel, dass Sie davon sprechen, dass dieses Gesetz der erste spürbare Erfolg dieser Koalition ist.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Ja, so ist es!)

Das ist schon ein starkes Stück, vor allem, wenn man sich einmal überlegt, was Sie im Wahlkampf völlig zu Recht gesagt haben. Ich war gestern in Berlin auf einer Wissenschaftstagung der SPD-Sprecher zu diesem Thema.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

– Ja, es macht durchaus Sinn, einmal durch die Republik zu reisen und sich mit Kollegen auszutauschen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Lachen bei der CDU)

Das scheint bei Ihnen viel zu kurz zu kommen. Wie Ihre Kollegen in den anderen Bundesländern Ihr

Gesetz beurteilen, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, aber das können Sie sich sicherlich denken.

Aber jetzt noch zu ein paar Punkten, die mir heute in der Debatte aufgefallen sind, die ich sehr bedenklich und vor allem bedenkenswert finde. Zum einen ist es der doch ziemlich billige Versuch, hier Auszubildende und andere Gruppen und Studierende gegeneinander auszuspielen. Das geht so ein bisschen nach der Nummer – Herr Beuß, Sie haben es einmal im Wahlkampf gesagt –, es kann doch nicht sein, dass die Krankenschwester das Studium des Arztsohnes

(*Wolfgang Beuß CDU*: Ne, ne, das habe ich nicht gesagt!)

– na ja, so in dem Sinne – finanzieren. Oder auch, wie Sie es hier indirekt versuchen, dass die Studierenden mit Abitur und Studium natürlich wesentlich mehr Geld kosten als andere Bevölkerungsgruppen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das stimmt!)

– Ja, die zahlen aber auch mehr Steuern. Ein Grundprinzip des Sozialstaates ist die Steuerprogression, die Sie hier infrage stellen. Worum geht es im Kern bei dieser Debatte? Im Kern geht es darum, dass, wenn man sich einmal die globalen Vorbilder – auch das soll man ja mal tun – Ihres Gesetzentwurfes vornimmt, nämlich Neuseeland und Australien, dann stellt man fest, dass dort mittlerweile die unterschiedlichen Studiengänge unterschiedlich viel Gebühren kosten.

(*Egbert von Frankenberg CDU*: Sie kommen ja viel herum!)

Jurastudenten und BWLer müssen richtig tief in die Tasche greifen und Exoten wie ich, die Geisteswissenschaften studiert haben,

(Zurufe von der CDU: He, he!)

bekommen ihr Studium zu einem relativ günstigen Tarif. Darum scheint es Ihnen wahrscheinlich im Kern zu gehen, denn jetzt möchte ich mich meinem Hauptkritikpunkt zuwenden

(Zurufe von der CDU: Ah, ah!)

– ja, hören Sie mal gut zu –, nämlich der Frage Nachgelagertheit. Ist dies wirklich ein Gesetz, bei dem es Ihnen wirklich darum ging, soziale Härten herauszunehmen und eine echte Nachgelagertheit durchzuführen? Da möchte ich nur an die öffentliche Anhörung des Wissenschaftsausschusses erinnern, wo alle Fachleute, die in irgendeiner Form aus dem studentischen, hochschulpolitischen oder studentenwerkspolitischen Rahmen kamen, gegen dieses Gesetz gesprochen haben. Es hat zum Beispiel kein Vertreter des Studentenwerkes dieses Gesetz gelobt.

(Philipp-Sebastian Kühn)

(Frank Schira CDU: Ja, was glauben Sie denn?)

Im Gegenteil. Der Vertreter des Studentenwerkes hat gesagt, dass es dem Anspruch der Sozialverträglichkeit nicht entspricht. Wie kommt der nun zu dieser Einschätzung?

(Wolfgang Beuß CDU: Das waren doch Ihre Leute!)

Ich glaube, dass es Ihnen im Kern überhaupt nicht – nun hören Sie doch bitte einmal zu –

(Barbara Ahrons CDU: Das fällt schwer!)

um Nachgelagertheit geht. Warum? Zum einen muss der Student oder die Studentin zu jedem Semester die Stundung der Gebühren neu beantragen. Warum muss das so sein? Da hat die Senatorin gesagt, wie stellen Sie sich das denn vor? Dann schreibt die Universität irgendwann einen Brief und teilt den Studenten mit, Sie haben leider diverse Kosten erzeugt und jetzt seien Sie doch bitte so gut und zahlen Sie sie zurück. Das ist doch Unsinn, Frau Senatorin.

Natürlich können Sie bei einem nachgelagerten Gesetz jedem Studenten zu Beginn seines Studiums sagen, ein Bachelorstudiengang kostet nach soundsovielen Semestern soviel, ein Masterstudiengang soviel und dieses Geld wird mit Abschluss eines Studiums fällig. Das könnten Sie auch bei einem echten nachgelagerten System machen; darum geht es Ihnen aber gar nicht.

Und warum haben Sie sich dieses Konstrukt einfach lassen, weil es nämlich sehr beeindruckende Zahlen gibt. Das wissen Sie auch, Herr Beuß, weil es bei der öffentlichen Anhörung auch gesagt wurde. Es ist nämlich der Umstand, dass die deutschen Studierenden ein hohes Hemmnis haben, was Kredite und Zinsfinanzierung ihres Studiums anbelangt. Bis zum heutigen Tag haben gerade einmal 6 Prozent aller Studierenden in Deutschland überhaupt von Stundungs- oder Kreditmodellen Gebrauch gemacht. Und warum wollen Sie, dass jeder Student das in jedem Semester neu beantragen muss, weil Sie nämlich darauf spekulieren, dass der Großteil der Studierenden Angst vor zusätzlichen Kosten nach dem Studium hat und seine Gebühren semesterbegleitend bezahlen wird. Genau darum geht es Ihnen mit dem Gesetz. Deshalb haben Sie sich auch dagegen entschieden, eine generelle Stundung zu etablieren. Ansonsten macht dieses System nämlich keinen Sinn, es sei denn, folgende zwei Punkte werden irgendwann in näherer Zukunft in Kraft treten: Zum einen, dass zukünftig die unterschiedlichen Abschlüsse unterschiedlich teuer bezahlt werden müssen und zum anderen, dass Sie die Gebühren kräftig erhöhen. Ansonsten macht das Missverhältnis aus 37 Millionen Euro Einnahmen und 21 Millionen Euro, die ich investieren muss, um diese Einnahmen zu erzielen, überhaupt keinen Sinn

und führen das Gesetz ad absurdum. Ich hoffe, ich konnte noch einmal darstellen, dass es sich bei diesem Gesetz um kein echtes nachgelagertes Studiengebührengesetz handelt, sondern Sie in Wahrheit alles beim Alten belassen wollen.

Was die Reduzierung angeht, Herr Kerstan, so lassen Sie sich diese nun wirklich sehr deutlich von den chronisch Kranken, von den Studierenden mit Kindern bezahlen, die ohnehin nach ihrem Studium mit höheren finanziellen Belastungen leben müssen, schon während ihres Studiums, aber auch danach. Auch dort geht es Ihnen überhaupt nicht darum, soziale Härten abzufedern, sondern Sie behandeln diese Leute genauso wie den alleinstehenden Studenten oder Arbeitnehmer, der 30 000 oder 35 000 Euro bezahlt. Das zeigt eben auch, dass es Ihnen um Sozialverträglichkeit bei diesem Gesetz nicht ging.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Versprechen und Ihre Ankündigung, ein Gesetz vorzulegen, das sozialverträgliche Studiengebühren verspricht, haben Sie nicht eingehalten. Das überrascht auch nicht, weil es für mich als Sozialdemokraten keine Form sozialverträglicher Bildungsgebühren geben kann.

(Olaf Ohlsen CDU: Mach Schluss, Junge!)

Vor diesem Hintergrund haben sich die SPD und der Parteivorstand am 1. September entschieden, auch zukünftig für ein gebührenfreies Erststudium zu stehen.

Deshalb will ich vor allem in Richtung der studentischen Öffentlichkeit eines ganz klar an diesem Pult sagen. Sobald in dieser Stadt Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder an einer Regierung beteiligt sind oder den Senat mit Mehrheit stellen, spätestens dann – das wird allerspätestens in vier Jahren sein – werden in dieser Stadt die Studiengebühren abgeschafft, weil sie unsozial sind, weil sie soziale Härten bedeuten und weil sie für uns Sozialdemokraten kein gangbarer Weg sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Langhein.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte einiges zum Beitrag von Frau Heyenn richtigstellen. Frau Heyenn, Sie haben vorhin behauptet, wir hätten die öffentliche Anhörung im Wissenschaftsausschuss überhaupt nicht wahrgenommen oder nur pro forma durchgeführt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja!)

(Dr. A. W. Heinrich Langhein)

Das ist einfach die Unwahrheit. Wir haben nach der öffentlichen Anhörung im Wissenschaftsausschuss natürlich für diejenigen Studierenden, die sich in Gremien engagieren, die Regelstudiendauer verlängert.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, das stimmt!)

– Sie bestätigen, dass das so gewesen ist.

Wir haben uns natürlich sehr genau angehört, was dort passiert ist. Insofern bitte ich darum, bei der Wahrheit zu bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Gwosdz GAL)

Zum zweiten möchte ich einen weiteren Beitrag aus der öffentlichen Anhörung zitieren. Vizepräsident Fischer hat sich ganz klar für Studiengebühren ausgesprochen, ich zitiere:

"Sie sind für uns unverzichtbar als Bestandteil des Haushaltes. Sie haben uns die Chance gegeben, aus einer sehr misslichen finanziellen Ausstattung der Universität im Bereich von Studium und Lehre uns langsam am eigenen Schopf aus diesem Morast herauszuziehen."

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Morast!)

Genau darum geht es. Ich habe von der Opposition überhaupt nicht gehört, wie sie das Notwendige finanzieren will.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Wie kommt der Morast zustande?)

Wir benötigen Haushaltsmittel, um die Universität in den Stand zu versetzen, dass Forschung und Bildung stattfinden kann.

(Beifall bei der CDU, bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Wir wollen insgesamt keine Steuererhöhungen für genau diesen Punkt machen. Herr Bischoff, Sie haben ja eingesehen, dass Mittel vorhanden sein müssen beziehungsweise Mittel kreiert werden müssen, um das Studiumfeld zu verbessern. Aber Sie haben nicht die zweite Wahrheit gesagt, dass dafür auch die Steuern entsprechend erhöht werden müssten.

Wir wollen einen anderen Weg gehen, nämlich den Weg der nachgelagerten Studiengebühren, die einen gewissen Sinn haben. Wir müssen nämlich ein Klima schaffen, dass sich die Studierenden unmittelbar für Bildung und Forschung einsetzen. Dies muss sich nach dem Studium in einem finanziellen Beitrag an die Universität dann auch zeigen. Wir müssen insbesondere die Wirtschaft davon überzeugen, in alle Bereiche der Universität, auch in die Geisteswissenschaften, zu investieren, denn die Geisteswissenschaften sind unmittelbar mit den Naturwissenschaften verknüpft.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das ist ja eine tolle Begründung!)

Mathematik und Grundzüge der Logik sind eine originäre Geisteswissenschaft, die für die Naturwissenschaften und die angewandten Geisteswissenschaften, wie zum Beispiel die Rechtswissenschaft, die Soziologie, die Volkswirtschaftslehre, nicht hinweggedacht werden kann.

Ich möchte bei diesem Beispiel bleiben. Wir haben in der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität selbst ein Beispiel dafür, das man besichtigen kann. Wenn Sie in die Bibliothek der rechtswissenschaftlichen Fakultät gehen, finden Sie ein Schild, auf dem die Rechtsanwaltskanzleien aufgeführt sind, die Buchspenden gemacht haben. Das ist ganz wichtig, um überhaupt Bildung und Forschung durchführen zu können. Wir müssen dafür sorgen, dass sich das erweitert auf die Geisteswissenschaften, die auch ein wichtiger Beitrag für die Naturwissenschaften sind.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Und woher wissen Sie, dass das nicht passiert, Herr Langhein?)

Den großen Unternehmen, die aus den Fachbereichen der Naturwissenschaften ihren Nachwuchs bekommen, muss deutlich werden, dass es sich lohnt, nicht nur in naturwissenschaftliche Projekte, sondern auch in die Geisteswissenschaften zu investieren. Nicht zuletzt sollen die Studierenden durch die Studiengebühren dazu angehalten werden, bei der Verwendung der Gelder mitzuwirken. Hier gilt es, ein fachübergreifendes Verständnis bei den Studierenden zu wecken, um den generellen Wert aller Fächer in den Naturwissenschaften und den Geisteswissenschaften zu stärken.

Wir wollen mit den Studiengebühren insgesamt ein Klima pro Bildung schaffen. Wir wollen ein Bildungsbewusstsein schaffen, das den Wert aller akademischen Fächer stärkt. Wir wollen der Selbstverantwortung aller Bürger für eine gute Bildung und einen steten Fortschritt in der gesamten Wissenschaft zum Durchbruch verhelfen. Deswegen bitte ich Sie und fordere Sie auf, sich für dieses Gesetz einzusetzen, um Bildung und Forschung eine neue Perspektive zu geben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Langhein, Sie gehen hier mit sehr schweren Wörtern um wie Wahrheit.

(Frank Schira CDU: Na und?)

Das Wort haben Sie dreimal in Ihrem kurzen Auftritt benutzt.

(Dora Heyenn)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass eine Anhörung stattgefunden hat, die stundenlang gedauert hat. Die überwiegende Anzahl war gegen Studiengebühren; genau 33 Personen haben ihre Meinung zu Protokoll gegeben. Sie zitieren eine Meinung, die Ihre Meinung unterstützt. Wir von der LINKEN und der SPD haben in der Ausschusssitzung, die nach der Anhörung war, in der die Auswertung der Anhörung auf der Tagesordnung stand, mehrfach nachgefragt, wie denn GAL und CDU mit den Argumenten von Studentenwerk, von Studierenden, von Fachschaftsräten, dass Studiengebühren unsozial seien, umgehen würden. Darauf haben Sie überhaupt nicht geantwortet. Der Eindruck der Studenten war – das kann ich sehr gut nachvollziehen –, dass diese Anhörung wirklich nur pro forma durchgeführt und auf die Argumente überhaupt nicht eingegangen wurde.

(Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Wir begrüßen es natürlich, dass die GAL sich in einem harten innerkoalitionären Kampf durchgesetzt hat und zwei Semester Gebührenfreiheit für Studenten, die sich in den Gremien engagieren, erreicht hat. Dieser Antrag lag vor, das ist schon richtig, aber eine Auswertung war das nicht. Ich bleibe nach wie vor dabei, dass diese Anhörung von den meisten in der CDU und der GAL nicht ernst genommen worden ist und das ist schade.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr und wir kommen zur Abstimmung, zunächst zu den vier Anträgen der Fraktion DIE LINKE.

Wer den Antrag aus der Drucksache 19/1019 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer dem Antrag aus der Drucksache 19/1020 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer den Antrag aus der Drucksache 19/1021 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer dem Antrag aus der Drucksache 19/1022 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/939. Die SPD-Fraktion hat hierzu gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt. Frau Thomas und Herr Hak-

verdi werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen.

Wenn Sie der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen und das neunte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes aus Drucksache 19/552 mit der vom Ausschuss empfohlenen Änderung beschließen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie es ablehnen wollen, mit Nein und wenn Sie sich enthalten wollen mit Enthaltung.

Dann darf ich Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Dazu wäre es ganz hilfreich, wenn man den Schriftführer hören könnte und derjenige, der aufgerufen worden ist, sich auch äußern kann. Vielleicht kann das technisch sichergestellt werden.

(Namentliche Abstimmung)¹

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Gibt es ein Mitglied der Bürgerschaft, das nicht aufgerufen worden ist? – Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet.

Meine Damen und Herren! Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

Unterbrechung: 18.50 Uhr

Wiederbeginn: 18.55 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bei der Abstimmung über das neunte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes aus Drucksache 19/552 mit der vom Haushaltsausschuss empfohlenen Änderung gab es 66 Ja-Stimmen, 50 Nein-Stimmen, keine Enthaltung. Damit ist dieses Gesetz in erster Lesung beschlossen worden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist der Fall. Dann wird die zweite Lesung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Nun kommen wir zum Bericht des Wissenschaftsausschusses aus Drucksache 19/907. Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich

¹Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei (s. Seite 488 bis 489)

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Bericht des Wissenschaftsausschusses aus der Drucksache 19/908. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Weiter zum Bericht des Wissenschaftsausschusses aus Drucksache 19/909. Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Schließlich zum Bericht des Wissenschaftsausschusses aus Drucksache 19/910. Wer sich der Ausschussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit angenommen worden.

Nun sind wir Ihnen noch ein Abstimmungsergebnis schuldig. Bei der Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission sind insgesamt 104 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren 0 Stimmzettel ungültig, also 104 Stimmzettel gültig. Frau Ksenija Bekeris erhielt 97 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen. Damit ist Frau Bekeris gewählt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zu Punkt 6 der heutigen Tagesordnung, der Großen Anfrage der SPD-Fraktion: Raumbedarf für die Primarschule.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Raumbedarf für die Primarschule
– Drs 19/448 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/989 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Einführung der Primarschule und Stadtteilschule
– Drs 19/989 –]**

Wer wünscht das Wort? Herr Rabe, bitte.

Ties Rabe SPD:* Es sind nicht mehr so viele Zuschauer da und wir haben mehr als fünf Minuten Zeit. Möglicherweise gelingt es auch, zu dem Thema noch etwas mehr als schroffe Auseinandersetzungen zu schaffen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Vielleicht gelingt es auch einmal, das eine oder andere Argument zu finden.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schulpolitik, das hatten wir besprochen,

braucht den Dialog der Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ich will ausdrücklich einräumen, dass die Schulsenatorin diesen Dialog begonnen hat. Das begrüßen wir und stellen fest, dass es zumindest unter den engagierten Bürgerinnen und Bürgern in der Bildungsszene eine gewisse Gespanntheit und Interessiertheit gibt, wie es weitergehen soll. Das ist ein richtiger Schritt und das freut uns; Sie reden ausdauernd mit vielen Menschen.

Ich sage aber auch offen, was uns nicht freut. Sie reden eher mit einigen Menschen, denn es ist schon verwunderlich, dass Sie das Parlament und auch den Schulausschuss bisher mit der Diskussion über das neue Schulsystem nicht befasst haben. Ich erinnere mich gut an mehrere Gespräche mit Mitgliedern der anderen Parteien in diesem Haus, die mir dann immer sagten, ich organisiere mir das Schreiben über den Schulleiter, ich habe einen Elternrat und so weiter. Wir Parlamentarier wüssten bis heute nichts über diese Reform, wenn wir uns nicht über Freunde und Bekannte ständig die vielen Briefe, Ankündigungen, Protokolle und Mitteilungen der Schulbehörde hinten herum besorgen würden. Das ist, gelinde gesagt, unwürdig und ich wünsche mir auch als schulpolitischer Sprecher ausdrücklich einen anderen Stil, wenn es um diese Reform geht.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus
DIE LINKE)

Gespräche sind gut und, ich glaube, das ist ein erster Anfang, dass die Obleute der anderen Parteien zugestimmt haben, dass wir uns jetzt erstmals im Schulausschuss damit befassen dürfen. Das ist ein erster Schritt, ich wünsche mir weitere, dann kann das klappen.

Reden ist also ein Anfang. Politik braucht aber dauerhaft Dialogbereitschaft und das Engagement der Menschen. Ob das gelingt, ist nicht nur davon abhängig, ob man miteinander redet, sondern auch, ob man mit den Gesprächspartner ehrlich umgeht. Zu diesem ehrlichen Umgang gehört selbstverständlich, die Chancen zu erläutern und Begeisterung zu wecken. Aber zu diesem ehrlichen Umgang gehört auch, dass man am Anfang einer Reform zumindest in Umrissen sagt, welche Chancen, aber auch welche Risiken damit verbunden sind.

Zu den Chancen wird viel gesagt. Wir reden ständig über Chancengleichheit, über soziale Gerechtigkeit, aber zu den Risiken wird gar nichts gesagt. Wenn wir uns als Opposition darum bemühen danach zu fragen, dann habe ich auf mittlerweile sieben Anfragen immer folgende Antwort bekommen: Die Planungen der zuständigen Behörde sind noch nicht abgeschlossen. Na klar. Planungen sind nie abgeschlossen. Diese Standardantwort taugt für jede Ausrede.

(Ties Rabe)

Aber nun bekommen wir hintenherum mit, was da in der Schulbehörde alles läuft, was die da planen, worüber die schwitzen, worüber sie sich streiten. Man muss ganz ehrlich sagen, ein bisschen mehr als diesen Satz kann man der Öffentlichkeit durchaus einmal mitteilen, wenn es um das Thema Primarschule geht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sagen wir: Schenken Sie der Öffentlichkeit reinen Wein ein.

(Beifall bei der SPD)

Ich will wenige Punkte erläutern. Wenn es darum geht, dieses Schulsystem zu verändern – ich schicke vorweg, dass wir die Richtung nicht gut finden, aber wenn es darum geht, diese Richtung zu begleiten, dann möchte ich zumindest darum bitten, in dem Zusammenhang ein paar kritische Fragen vorweg zu beantworten –, dann ist es nicht nur eine Frage von Gebäuden und von Umbau, sondern es ist auch eine Frage, was in diesen neuen Schulen passiert? Wie sollen Schülerinnen und Schüler dort unterrichtet werden? Ich habe das vorhin schon in meiner kurzen Antwort in der aktuellen Stunde gesagt. Mit einer großen Euphorie ist uns im Schulausschuss vor kurzer Zeit erläutert worden, wie man die Risikoschüler an Haupt- und Realschulen fördern möchte. Wir haben alle gejubelt und gesagt, gut so, richtige Richtung, Finger hoch, wir machen mit. Hinterher stellt sich dann heraus: Von wegen pädagogische Konzepte, von wegen alle lernen gemeinsam, von wegen neuer Unterricht. Das alles ist verschoben worden zu einer Art Notlösung, Hauptsache alle Schüler sitzen im selben Raum, der Rest findet sich. Wenn man diese Erfahrung hinter sich hat, dann darf man durchaus einmal fragen, welche Ideen es in diesem zukünftigen Schulsystem gibt, die aktuellen Probleme, insbesondere, was Risikoschüler angeht, zu lösen.

Eine zweite Frage will ich ergänzen. Was wird an den zukünftigen Gesamtschulen und Gymnasien geschehen, wenn dort ein Drittel – vielleicht noch mehr – Schüler weniger sind und diese Schulen sich ganz anders ausrichten müssen. Deshalb ist die Forderung ganz klar: Wir wissen, dass es am Anfang nicht darum gehen kann, bis ins Letzte Lehrpläne und Ideen zu präsentieren, aber zumindest ein ungefähres Konzept, was außer einem großen Umbau und Schüler-Hin- und Herverschiebungen an diesen Schulen passieren soll. Da sollten Sie einmal etwas vorlegen. Daher unser Antrag, dass wir und auch die Öffentlichkeit Klarheit brauchen.

Im nächsten Punkt braucht die Öffentlichkeit auch ein bisschen mehr Klarheit. Was kostet dieser Spaß eigentlich und vor allem, wer bezahlt ihn? Aus den Hinweisen der Enquete-Kommission wissen wir, dass zwei Drittel der Grundschulen in

Wahrheit den Platz für die Primarschule zurzeit nicht bieten. Natürlich haben wir dazu eine Anfrage gestellt. Die Antwort können Sie sich denken: Die Planungen der zuständigen Behörde sind noch nicht abgeschlossen. Dabei war die Frage super einfach. Die lautete schlicht: An welchen Grundschulen ist es möglich, die Primarschule ohne neue Umbauten unterzubringen? In Bergedorf habe ich eine Liste gemacht, habe die Schulleiter angerufen und die Antworten waren sehr klar. Aber die Schulbehörde sagt uns: Die Planungen seien nicht abgeschlossen, man wisse das nicht. Natürlich weiß man das ganz genau. Natürlich gibt es sogar schon Baukostenzahlen darüber. Aber das wird der Öffentlichkeit nach wie vor verheimlicht und das mit gutem Grund, denn dieser Aspekt der Schulreform kostet sehr viel Geld, ist in Wahrheit sinnlose Bauerei, ein sinnloses Fördervorhaben für das örtliche Handwerk, das mit Bildung in diesem Fall nichts zu tun hat. Da darf man, finde ich, schon etwas mehr von der Schulbehörde erwarten als den Standardsatz: Wir wissen es nicht. Deshalb sollten Sie klar sagen, was solche Aspekte zumindest ungefähr kosten und wie das technisch gehen soll.

Ich will noch einen weiteren Punkt ansprechen, wenn es um die Frage geht, wo eigentlich das Geld herkommt. Da gibt es im Moment die tollsten Ideen, wie das technisch funktionieren soll, aber die letzte Idee, die wir da gehört haben, finde ich, ist wirklich das Letzte. Das funktioniert dann so: SAGA und GWG sollen den Umbau der zukünftigen Schulen organisieren und finanzieren. Motto: Der Senat spielt und baut teuer um, rechnet das Ganze schön und bittet dann andere zur Kasse. Ich sage ganz ehrlich, es freut uns zwar, dass gerade CDU und GAL den von uns Sozialdemokraten aufgebauten Wohnungsunternehmen so viel vertrauen – jahrelang haben Sie nämlich gerade diese Unternehmen schlechtgeredet und bekämpft und nun sollen sie für Sie die Kastanien aus dem Feuer holen –, doch wenn die Mieter von SAGA- und GWG-Wohnungen allein die Zeche für eine Schulreform zahlen müssen, wäre das wirklich der Gipfel der Ungerechtigkeit. Eine Schulreform betrifft Kinder in der Elbchaussee genauso wie in der Eckernförder Straße in Altona-Nord und deswegen muss sie von allen bezahlt werden. Wir sagen deshalb: Sorgen Sie für eine redliche Finanzierung und kasieren Sie für Ihre Experimente nicht bei denen ab, die sowieso wenig haben.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Punkt. Wie wird dieser Veränderungsprozess organisiert? Ich finde, die Schulbehörde und insbesondere die Schulsenatorin ist ein Schritt in die richtige Richtung gegangen. Ich stehe auch nicht hintan, das zu sagen. Allerdings darf man auch an dieser Stelle kurz klarmachen, dass ursprünglich im Koalitionsvertrag etwas ganz anderes versprochen war. Da heißt es nämlich noch,

(Ties Rabe)

man wolle die Vertreter der Schulen verbindlich beteiligen. Aufgabe sei die Erstellung eines regionalen Schulentwicklungsplans. Auf meine Kleine Anfrage liest sich das nun mittlerweile doch ein bisschen anders. Es ist mehr so eine Art wolkige Ideenbörse, deren Ergebnis möglicherweise, aber möglicherweise auch nicht von der Schulbehörde berücksichtigt wird. Wir sagen deshalb, auch wenn die Betroffenen offiziell keine verbindlichen Beschlüsse mehr fällen dürfen, hat die Schulbehörde die Pflicht, die Vorschläge und Ideen ernst zu nehmen und mit ihnen konstruktiv und klug umzugehen. Diese Schulentwicklungskonferenzen, in die viele Menschen Hoffnungen setzen, dürfen keine Alibiveranstaltungen werden. Gleichzeitig sollten Sie bei der Vorbereitung dieser Schulentwicklungskonferenzen zwei Geburtsfehler korrigieren.

Erstens: Kreiselternrat und Kreisschülerrat sind nicht nur im Schulgesetz mit besonderer Bedeutung ausgestattete Gremien. Diese Gremien haben auch – anders als alle anderen Vertreter in der Schulentwicklungskonferenz – eine regional übergeordnete Sicht auf die Dinge. Da sitzen sonst nur Vertreter der Schulen, die für ihre Schulen kämpfen. Wer diesen Mechanismus der Schulen kennt, der weiß, dass da jeder erst einmal eisenhart darum kämpft, in seiner Schule möglichst viele Schüler zu haben. Kreiseltern- und Kreisschülerrat haben hier eine andere Sicht. Deshalb sagen wir, dass wir diese Sicht brauchen. Sie sollten das dringend nachkorrigieren und diese Konferenzen auch für Vertreter dieser beiden Gremien öffnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Beteiligt werden müssen aus unserer Sicht auch die Bezirksversammlungen. Ich bin immer ein bisschen verblüfft, gerade auch vorhin von Jens Kerstan zu hören, wie man mit dem Wort Bezirksverwaltung, Bezirksversammlung – nach dem Motto, fängt beides mit "Bezirksver" an, das ist irgendwie dasselbe – die Verwaltung und das Parlament so lustig durcheinander wirft. Bei aller Liebe – und da muss man ehrlich sagen, die GAL hat immer für Demokratie vor Ort gekämpft –, es ist nicht dasselbe, wenn ich das kurz sagen darf, ob jemand aus der Bezirksverwaltung, aus dem Bezirksamt kommt oder ob er ein Parlamentarier ist. Die einen bekommen nämlich nachher die Dresche bei den Wahlen und die anderen nicht. Deswegen ist es allein schon ein Grund, die Bezirksversammlungen zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade dass die GAL da so hartleibig ist, verstehe ich ehrlich gesagt nicht. Sie haben gesagt, diese Gremien werden zu groß. Bei aller Liebe, ich habe das in Bergedorf durchgerechnet, 128 sind es vermutlich. Ob da jetzt noch von jeder Fraktion einer dazu kommt, macht plus vier oder nicht. Soll das angeblich die Arbeitsfähigkeit beschädigen? Das ist eine wirklich alberne Diskussion. Die GAL hat

sich immer für mehr Kompetenzen in den Bezirksversammlungen und für mehr Demokratie vor Ort eingesetzt. Ich will zumindest dazu raten, erwecken Sie nicht den Eindruck, dass diese ganzen Versprechungen nur galten, solange Ihnen die Demokraten nicht in die Quere gekommen sind.

Ein letzter Punkt, der auch dafür spricht, den Bezirk wirklich zu beteiligen. Es ist eine unselige und zum Glück fast ausgerottete Vorstellung, Schule ginge nur Schüler, Lehrer und Eltern etwas an. Schulen entwickeln sich in Wahrheit immer mehr zu Zentren für Bildung, für Kultur, für Freizeit, zu Zentren des Lebens im Stadtteil. Dass wir hier darüber reden, zeigt noch einmal, dass Schule nicht nur eine eingemauerte Burg für wenige Menschen ist, nämlich die Lehrer, Eltern und Schüler, sondern dass Schule und Bildung alle etwas angeht. Diese Verzahnung von Schule mit Stadtteil ist ein großes und lohnendes Projekt, das von vielen Schulen energisch und erfolgreich vorangetrieben wird. Unsere Forderung deshalb: Machen Sie diese guten Ansätze nicht zunichte, sondern fördern Sie dieses Zusammenwachsen. Auch das spricht dafür, Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksversammlung an diesen Gesprächen zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme damit zum Schluss. Ich will klarmachen, dass die SPD einen anderen, aus unserer Sicht einen einfacheren und vor allem einen effektiveren Weg gewählt hätte, wenn es darum geht, das Hamburger Schulsystem umzubauen. Aber jetzt geht es auch darum zu gucken – und auch da ist Opposition soweit konstruktiv –, dass diese Schulreform keine schlimmen Fehler macht und dass es darum geht, dass die Eltern und Kinder bei diesen ganzen Veränderungen, bei Ringtausch, bei Wanderungen, bei Container aufstellen im Schulhof und so weiter nicht unter die Räder kommen. Wir sind bereit dazu, an der Stelle zu sagen, welche Fehler es gibt. Wir fordern die Schulbehörde deshalb auf: Legen Sie Ihre bislang geheim diskutierten Fakten zur Primarschulreform auf den Tisch der Öffentlichkeit, aber auch einmal auf den Tisch im Parlament. Führen Sie Schulen zusammen, legen Sie pädagogische Konzepte wenigstens in Umrissen vor, sorgen Sie für eine redliche Finanzierung und vor allem: Nehmen Sie die Schulentwicklungskonferenzen ernst, auch wenn Sie ihnen die juristische Bedeutung genommen haben, so bleibt trotzdem die moralische Pflicht, diese ersten Ideen, die sich dort anbahnen, entsprechend behutsam und konstruktiv zu bewegen. Am besten erreichen Sie das alles, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Lemke.

Dittmar Lemke CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben bereits in der aktuellen Stunde ausführlich über die Vorzüge der Primarschule gesprochen. Das wiederholen wir jetzt nicht. Hier geht es jetzt um die Große Anfrage der SPD-Fraktion und dem Antrag zu der Drucksache. Da muss ich sagen, Herr Rabe, bin ich schon sehr überrascht, weil das, was Sie eben beantragt haben, in Teilen etwas anderes ist als das, was Sie schriftlich beantragt haben. Ich frage mich, ob das jetzt eine Abänderung Ihres ursprünglichen Antrags sein soll, denn Sie haben gemäß Ihrem Antrag ausdrücklich beantragt, dass der Senat zur Sitzung des Schulausschusses über das pädagogische Konzept der Primarschule berichten möge. Dann soll über die Investitionskosten berichtet werden. Sie haben aber eben von ungefähren Kosten, vom ungefähren Konzept und von anbahnenden Ideen gesprochen. Was meinen Sie mit Ihrem Antrag nun?

(Michael Neumann SPD: Was meinen Sie mit Ihrem Debattenbeitrag? War ein super Einstieg!)

Sollen sich anbahnende Ideen dargestellt werden? Das verstehe ich nicht.

Ich werde mich jetzt einmal auf Ihren Antrag beziehen, so wie Sie ihn schriftlich eingereicht haben.

Der Antrag verfügt über sechs Punkte und ich werde Ihnen genau sechs Gründe für die Ablehnung des Antrags nennen.

Erstens: Durch die regionalen Schulentwicklungskonferenzen sollen Empfehlungen für die örtliche Schulstruktur entwickelt werden. Erst dann können doch Aussagen getroffen werden, wie der Raumbedarf ist und wie dieser befriedigt werden kann. Zuvor kann auch keine Aussage über Baulichkeiten, über Investitionen gegeben werden, da noch nicht feststeht, welche Schule zukünftig was macht. Wir stehen doch mitten in einem aktiven Entwicklungsprozess und der ist noch sehr am Anfang. Hier will die SPD schon das Ergebnis wissen, bevor diese Konferenzen überhaupt mit ihrer Arbeit begonnen haben. Ich finde das interessant. Vielleicht war das bei der SPD immer so, dass das Ergebnis schon vor der Untersuchung und Planung feststand.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle ein Wort zu dem Inhalt Ihrer Großen Anfrage. Ich denke, man muss sich doch vorher überlegen, wenn man umfangreiche Fragen stellt und die Behörde mit Fragen überschüttet, was man damit erreichen will, außer einer Menge Arbeit für die Behördenmitarbeiter.

(Ingo Egloff SPD: Das ist ein parlamentarisches Recht, Herr Kollege!)

– Ja, aber ich wollte schon lange einmal wissen, wie viele Differenzierungsräume die Schule im An-

na-Susanna-Stieg hat. Es sind übrigens vier. Die Schule Wildschwanbrook hat nur einen.

(Ties Rabe SPD: Klar, dass Sie sich ungern mit Fakten auseinandersetzen!)

Ihre Anfrage ist reine Datenklauberei, die hinsichtlich der Raumsituation keinerlei Aussagekraft im Rahmen der Planungen hat. Das ist doch das Problem dieser Großen Anfrage.

(Michael Neumann SPD: Sie meinen die Antwort des Senats!)

Aber ich gebe Ihnen ein Beispiel, warum wir mit den Fragen dort nichts anfangen können.

(Karin Timmermann SPD: Wieso denn? – Michael Neumann SPD: Wieso müssen Sie die denn beantworten?)

Ich gehe gelegentlich mit meinem Sohn auf einen Kinderspielplatz am Isebekkanal. Von diesem Kinderspielplatz sehe ich in 100 Meter Entfernung die Schule in der Bismarckstraße, die heißt, glaube ich, Schule an der Isebek. 50 Meter entfernt sehe ich das Gymnasium Kaifu. Diese beiden Schulen liegen also ungefähr 100 Meter auseinander. Es ist doch vollkommen klar, dass hier vielleicht ein gegenseitiger Austausch von Räumlichkeiten möglich ist. Ganz bestimmt gibt es solch eine Möglichkeit für Schüler in der fünften und sechsten Klasse. Aber das können doch nur die regionalen Schulkonferenzen feststellen, in welcher Form dort zusammengearbeitet werden soll. Ich will damit nur sagen, dass der Erkenntniswert Ihrer Großen Anfrage gleich null ist.

(Ingo Egloff SPD: Sie können sich das ja von Herrn Rabe mal erklären lassen!)

Zweitens: Das pädagogische Konzept der Primarschule wird zurzeit in der Behörde erarbeitet. Aufgrund des gemeinsamen Lernens ist Unterricht in der bisherigen Form nur bedingt zielführend. Es müssen also neue Instrumente geschaffen werden. Ich glaube, da sind wir uns einige. Die Behörde wird uns ihre Ergebnisse vorlegen, wenn diese erarbeitet sind. Sie wird diese Ergebnisse sicherlich nicht geheim halten.

Drittens: Im Antrag heißt es:

"Die Schulsenatorin verschweigt in einem Schulbrief die Möglichkeit der Langform [...] und die CDU-Fraktion weist die Senatorin öffentlich zurecht."

Was sollen wir mit einer solchen Aussage in Ihrem Antrag anfangen?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Vielleicht mal ernst nehmen!)

Genauso gut könnten Sie über das Wetter über der Hamburger Straße lamentieren. Das ist doch in keiner Weise zielführend zu unserem Thema, das wir hier diskutieren.

(Dittmar Lemke)

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Das ist klar, dass Sie das stört, Herr Lemke!)

Viertens: Der Kreiselternrat wirkt nach dem Schulgesetz an der Schulplanung mit. Richtig. So wird es auch geschehen. Die Behörde wird sich ganz bestimmt nach Recht und Gesetz verhalten. In den Schulentwicklungskonferenzen nehmen aber Elternvertreter der betroffenen Schulen teil. Die Elternschaft hat deshalb Mitwirkungsmöglichkeiten und sie wird diese auch aktiv wahrnehmen. Ich sehe das überhaupt nicht, dass hier die Elternschaft in irgendeiner Weise ausgeschlossen wird. Im Gegenteil, es ist vorgesehen, auf diese Kompetenz zurückzugreifen.

Fünftens: Die Belange der Stadtteile werden sehr wohl in den Konferenzen berücksichtigt. Vertreter der Bezirksämter nehmen an den Konferenzen teil. Dass die Bezirksversammlungen Parlamente sind, ist mir neu, das habe ich heute zum ersten Mal gehört.

Sechstens: Nach Ihrem Antrag soll der Senat in der nächsten Sitzung des Schulausschusses über Fragen betreffend die Primarschule berichten. Hier ist es so, dass bereits zugesagt worden ist, dass in der Sitzung im September Fragen beantwortet werden. Für die Sitzung des Schulausschusses im Oktober ist eine ausführliche Selbstbefassung vorgesehen. Dieses wurde von den Fraktionen einvernehmlich festgelegt.

(Ties Rabe SPD: Dann können Sie ja zustimmen!)

Dann frage ich mich, was wollen Sie mit Ihrem Antrag eigentlich noch? – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Einerseits danke an Herrn Rabe, dass der Beitrag etwas zur Versachlichung und weniger zur Verbreitung von Hektik und Unruhe beigetragen hat. Zum anderen hat Herr Lemke sehr viele Punkte gesagt, die genau darlegen, warum wir diesen Zusatzantrag ablehnen werden.

Wie Herr Lemke schon gesagt hat, ergibt die Anfrage nach dem gesamten Raumbestand und Raumbedarf interessante Daten und Zahlen. Die Schlussfolgerung aus der Anfrage, die sie danach gezogen haben, haben Sie in der Anfrage selbst schon formuliert, nämlich zu sagen, die bestehenden Grundschulen bieten für die Primarschulen mit Sicherheit nicht genug Platz. Dann brauchen Sie eigentlich auch die Anfrage nicht mehr, wenn Sie die Antwort schon wissen oder sie selbst geben. Sie haben die Zahlen natürlich so gelesen, dass

sie Ihre Vermutung bestätigt haben. Nur eines haben Sie dabei vergessen, wie viel Platz an welchem Standort wir für Primarschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien künftig benötigen. Das können wir heute noch nicht wissen, denn das ist gerade die Aufgabe der regionalen Schulentwicklungskonferenzen, die Standortfrage zu klären.

(Wilfried Buss SPD: Sie müssen auch die Bedingungen dafür kennen!)

Wenn wir die regionalen Schulentwicklungskonferenzen und ihre Aufgabe ernst nehmen wollen, so wie Sie an uns gerade appelliert haben, dann können wir auch nicht die Ergebnisse der regionalen Schulentwicklungskonferenzen vorwegnehmen, denn das wäre kein ernst nehmen der Aufgabe dieser Konferenzen.

(Ties Rabe SPD: Fakten mögen die nicht!)

Natürlich werden die Vertreter der regionalen Schulentwicklungskonferenzen die entsprechenden Zahlen, Daten und Materialien von der Behörde bekommen, die sie brauchen, um diese Entscheidungen zu treffen. Es ist klar, dass sie nicht aus dem Nichts heraus arbeiten werden. Das zur Anfrage, das meiste hat Herr Lemke schon gesagt.

Wichtig ist mir – und das scheint wohl der Fall zu sein, wie Herr Rabe gerade gesagt hat –, dass die regionalen Schulentwicklungskonferenzen erst einmal in Ruhe arbeiten können und uns dann im Mai die Ergebnisse präsentieren, wir uns diese dann ansehen werden und nicht Hektik und Unruhe verbreitet wird. Das bringt jetzt wenig.

Auch Ihr Zusatzantrag läuft in die Leere. Ihre Kritik an der Zusammensetzung der regionalen Schulentwicklungskonferenzen und am Prozess verwundert mich schon. Sie haben noch im vergangenen Dezember mit der Drucksache 18/7565 den Senat aufgefordert – ich zitiere –:

"Die Schulaufsicht und die Schulentwicklungsplanung zu regionalisieren"

Das ist nun geschehen. Sie haben gefordert – Zitat –:

"... unverzüglich den Zeitplan für die regionale Schulentwicklungsplanung vorzulegen mit der Darstellung, wer wann beteiligt wird"

Sie haben gefordert – Zitat –:

"... die für die regionale Schulentwicklungsplanung notwendigen Planungsgrundlagen offenzulegen"

Das wird in den regionalen Schulentwicklungskonferenzen geschehen.

(Wilfried Buss SPD: Das ist nicht geschehen! Das ist ja der Punkt! – Ties Rabe SPD: Das ist nicht geschehen!)

(Michael Gwosdz)

Und Sie haben gefordert, die regionalen Konferenzen – Zitat –:

"... unverzüglich [...] einzuberufen."

Auch das ist unverzüglich geschehen. Das heißt, wir folgen nur Planungen und Vorschlägen, die Sie in der letzten Legislaturperiode selbst gefordert haben. Sie hatten damals verlangt, die regionale Schulentwicklungsplanung durch Eltern, Schüler, Schulleitungen, Lehrerkollegien, die Schulaufsicht und die bezirklichen Kompetenzen vor Ort gestalten zu lassen. Genau das geschieht in einem Verfahren, das alle Schulen vor Ort beteiligt mit allen betroffenen Akteuren. Es findet keine Schulentwicklungsplanung in den Mauern der Bildungsbehörde statt.

Über die regionalen Schulentwicklungskonferenzen werden genau die Akteure mit einbezogen, die sonst nicht beteiligt werden. Statt sich darüber zu freuen, beklagen Sie nun, dass nicht auch noch die Akteure, die ohnehin noch auf anderen Wegen beteiligt sind, nicht auch noch in den Schulentwicklungskonferenzen sitzen. Beteiligung ist gut, aber doch nicht doppelt und dreifach.

(Gerhard Lein SPD: Wieso doppelt? Wieso dreifach?)

Hier nun zu beantragen, was auf die Tagesordnung des nächsten Schulausschusses kommen soll, ist mir unverständlich. Herr Lemke hat noch einmal nachgetragen, dass wir uns noch vor der Sommerpause einvernehmlich im Schulausschuss darauf geeinigt hatten – in Anwesenheit von Frau Senatorin Goetsch –, uns aufgrund des Vorschlags der SPD-Vertreter mit der Grundschule Buddestraße zu befassen. Da haben die Senatorin und der Senat vorgeschlagen, diese Selbstbefassung über die Grundschule Buddestraße auszudehnen auf eine komplette Selbstbefassung zum Thema regionale Schulentwicklungskonferenzen. Wir waren alle dafür. Wir haben dann in unsere Terminkalender geguckt. Frau Senatorin hat mitgeteilt, dass sie am 11. September bei der nächsten Sitzung nicht in Hamburg sein wird. Wir waren alle damit einverstanden, dass wir deswegen dieses Thema erst bei der nächsten Sitzung im Oktober auf die Tagesordnung nehmen. Das ist im Protokoll so festgehalten. Das wissen Sie auch. Wir haben nun aber auf dringlichen Wunsch vereinbart, dass wir diese Selbstbefassung auf den 11. September vorziehen – dann nicht in Anwesenheit der Senatorin – und uns dort mit dem Zustandekommen der Schulregionen und der Organisation und Durchführung der regionalen Schulentwicklungskonferenzen befassen.

Mit allen weiteren Aspekten, wie dem Raumbedarf, werden wir uns selbstverständlich auch befassen, aber erst dann, wenn es dafür eine Diskussionsgrundlage gibt, wie die Standortempfehlungen der Regionalkonferenzen. Insofern lehnen wir den An-

trag ab und freuen uns auf die vereinbarte Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lemke und Herr Gwosdz haben schon im Einzelnen darauf hingewiesen, dass sich Ihr Antrag auflöst, weil die Punkte erfüllt sind. Ich will noch ein paar Dinge verstärken und ergänzen. Es ist so, dass wir in diesem Monat den Planungsprozess starten, der dann über die verschiedenen Stationen zum Sommer 2010 zur Einführung der Primarschule führt, natürlich in der Kombination mit entsprechend anderer Unterrichtsqualität und deshalb auch begleitend das Landesinstitut, begleitend natürlich die Entwicklung der Bildungspläne und all die Arbeiten, die selbstverständlich in der Behörde parallel gemacht werden, damit wir Sie im parlamentarischen Verfahren dazu beteiligen können.

Was ich nicht verstehe, Herr Rabe, ist, dass Sie schon ein Ergebnis im Vorwege haben wollen. Wenn man plant und eine breite Beteiligung initiiert, dann wäre das eine Alibisituation, wenn wir als Behörde das Ergebnis schon vorgeben. Sie haben immer wieder Pappkameraden aufgebaut, auch bei der SAGA-GWG, und dann gleich wieder umgetreten, weil Sie Dinge erfunden haben, die nirgendwo in irgendeiner Form stehen.

Schauen Sie sich das einmal an. Die regionalen Schulentwicklungskonferenzen sind der erste Schritt, übrigens auch laut Empfehlung der Enquete-Kommission, parteiübergreifend empfohlen. Am 22. September geht es los. Innerhalb weniger Tage werden dann in allen 22 Schulregionen Auftaktkonferenzen stattfinden und damit ist die regionale Schulaufsicht – zweite Empfehlung der Enquete-Kommission – auch schon umgesetzt mit diesem Start. Damit die Beteiligten auch entsprechend arbeiten können, brauchen sie eine Vielzahl von Informationen. Die Beteiligten, die legitimierten gewählten Vertreter – Eltern, Schüler, Lehrer, Schulleitungen –, werden selbstverständlich alle Rahmendaten bekommen. Sie werden aus der Behörde das an Datenmaterial bekommen, Herr Rabe, das es bisher in dieser breiten Form noch nie geben hat, was notwendig ist, um planen zu können, nämlich die Eckwerte für Primar- und Stadtteilschule. Das ist natürlich Voraussetzung. Das wird am 22. September den Beteiligten der Schulentwicklungskonferenzen natürlich in die Hand gegeben. Sie werden das Kartenmaterial der Schulstandorte bekommen. Sie bekommen umfangreiche Daten zu den bestehenden Schulen, Raumkapazitäten, Zahlen der Schülerströme. Das ist alles

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

notwendige Basis und Zahlenmaterial, um arbeiten zu können, also das, was Sie fordern.

(Wilfried Buss SPD: Genau das fordern wir!)

– Das wird doch passieren. Insofern ist ihre Argumentation doch Schnee von gestern. Dass das aufbereitet und vorbereitet werden muss, ist doch selbstverständlich. Da sieht man doch, wie ernst dieser Beteiligungsprozess ist.

Die Ist-Zustands-Daten der Schulgebäude, die zur Verfügung stehen, sind sehr umfangreich, aber das ist die Grundlage. Dann gehen die Konferenzen an die Arbeit. Ob dann die Planungsdaten – das ist ja das spannende – mit den tatsächlichen Raumkapazitäten übereinstimmen, da bin ich selbst gespannt, weil wir alle wissen, dass die alten Musterraumdaten längst überholt sind oder wie auch immer die Räume genutzt werden, das ist sehr unterschiedlich. Insofern bekommen Sie eine vernünftige Datenbasis, um entsprechend arbeiten zu können und zum Beispiel auch die Fachraumproblematik zu diskutieren.

All das bedeutet viel Arbeit der regionalen Schulkonferenz, aber es ist die große Chance, Herr Rabe, mitzugestalten und dafür braucht es den Sachverstand der regionalen Gegebenheiten und das wird dann entsprechend in mehreren Monaten erarbeitet.

Es ist nichts geheim. Ich war bis zur Sommerpause bestimmt schon auf 20 Veranstaltungen. Wenn irgendetwas geheim wäre, würde ich mich gar nicht allem entsprechend stellen und Rede und Antwort stehen. Es wird mit Informationsbriefen weitergehen. In einem, Herr Rabe, haben Sie recht. Dass der Schulausschuss die Briefe nicht bekommen hat, ist tatsächlich ein Versäumnis. Da muss man tatsächlich Exekutive und Legislative kommunikationstechnisch besser zusammenbringen. Sie sind jetzt in dem Verteiler, zumindest habe ich veranlasst, dass das passiert.

Dann habe ich mit den Kreiselternräten längst getagt. Ich werde nochmals Abendveranstaltungen mit den Elternräten der jeweiligen Schulformen machen. Wir haben diverse Gespräche mit der Lehrer- und Elternkammer gemacht, auch mit der Schülerkammer. Vor allen Dingen ist es da interessant, dass deren Vertreter auch noch einmal für die Planungskonferenzen in Zusammenarbeit mit der BSB eine Schulung bekommen. Es gibt ein Schulungsangebot für die Eltern im Landesinstitut. Sie werden selbstverständlich weiter unterrichtet. So ernst nehmen wir das mit Transparenz und Beteiligung und so kann es dann auch zu einem konstruktiven Planungsprozess kommen, um diese Ziele zu erfüllen.

Ich denke, wir stellen an diesem Punkt die gesamte Philosophie der Schulplanung vom Kopf auf die Füße und werden hiermit ein Novum beginnen, das die Beteiligung organisiert, die Sie brauchen.

Herr Rabe, wenn Sie sagen, die Schule lebt natürlich von anderen Einrichtungen des Stadtteils und hat nicht mehr nur die wilhelminischen Mauern um sich herum, dann haben Sie vollkommen recht. Deshalb sind die Sozialraummanager der Bezirke mit beteiligt. Die Bezirksversammlungen werden selbstverständlich in der zweiten Phase mit beteiligt, wie sich das gehört, ordentliches Verfahren. Es geht alles in den Prozess und die Kitas sind ebenfalls dabei. Was wollen Sie mehr? – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Es mag sein, dass es nur gefühlt ist, aber es ist eine ziemlich hohe Geräuschkulisse im Hintergrund und ich darf Sie bitten, wichtige sonstige Gespräche nach draußen zu verlagern, damit wir auch im Präsidium den Rednerinnen und Rednern folgen können. Ich danke für Ihr Verständnis.

Das Wort bekommt Frau Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen angesichts der vorgerückten Stunde. Ich finde es bedauerlich, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen wollen, denn dies betrifft auch die Kinder aus CDU-nahen Haushalten und nicht nur unsere Kinder.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Entschuldigen Sie bitte, Frau Rugbarth. Meine Damen und Herren! Das war eine ernst gemeinte Bemerkung von mir.

Frau Rugbarth, bitte.

Andrea Rugbarth (fortfahrend): – Danke, Herr Präsident.

Wir wollen mit unserem Antrag eines erreichen und das haben wir doch alle gemeinsam, dass die Grundlage jeglicher Entscheidung eine fachlich und sachlich fundierte ist und allen Kindern zugute kommt.

Insofern ist es mir wichtig, über die raummäßige Organisation hinaus Fragen an die Senatorin zu stellen, insbesondere zum pädagogischen Konzept des Ganzen. Um es Ihnen einmal zu verdeutlichen: Wir haben in Hamburg Schulen, die hervorragend bereits ein längeres gemeinsames Lernen praktizieren, die Heinrich-Hertz-Schule in Winterhude, die Albert-Schweitzer-Schule in Klein Borstel oder auch die Max-Brauer-Schule in Altona – Frau Senatorin, Sie kennen sie bestens. Diese Schulen arbeiten bereits nach dem Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens. Diese Kollegen vor Ort haben unter einem sehr großen persönlichen Kraft- und Zeitaufwand pädagogische Konzepte einge-

(Andrea Rugbarth)

führt. Möchten Sie, dass dieses jetzt so verallgemeinert wird? Ich möchte genau wissen, welche Zeitkontingente Sie zum Beispiel im Lehrerarbeitszeitmodell für diese Weiterbildung vorsehen. Das Zeitkontingent bedeutet auch Geld, Frau Senatorin, und über solche Sachen möchte ich im Vorfeld einmal informiert werden, damit man vielleicht gemeinsam konstruktiv darüber nachdenken kann.

Insofern ich bin sehr traurig, dass wir zu wenige Informationen erhalten. Was Sie genannt haben – Eckwerte, Kartenmaterial –, bezieht sich nur auf Räume, aber es geht ja um wesentlich mehr als nur um Räume.

(Beifall bei der SPD)

Wieso man auf den regional vorhandenen Sachverstand verzichten will, leuchtet mir nicht so richtig ein. Denken Sie doch einmal darüber nach, die Kreiselternräte einzubeziehen; hier ist Sachverstand vorhanden. Diese haben den Überblick über alle Schulen jenseits von partikular vordergründigen schulischen Einzelinteressen. Man sollte nicht unterschätzen, was da an Potenzial hilfreich für diese Reform sein kann.

Unser Antrag beinhaltet keine rein aus der Opposition heraus politisch motivierten, piksenden Forderungen; das sind Mindestvoraussetzungen für eine Reform. Die hieraus resultierenden Informationen machen es uns einfacher, das Ganze zu begleiten, also unterstützen Sie es bitte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Freistedt, bitte.

Marino Freistedt CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz auf meine Vorrednerin eingehen. Ich halte es für wichtig, dass in dem vorgelegten Konzept auch die Frage sehr deutlich wird, wie wir mit den Betroffenen umgehen. Wir wollen ein transparentes System und das bedeutet im Endeffekt, mit den Schulen, mit den Betroffenen anzufangen. Eltern und Schulleitungen werden gehört und wir wollen zunächst nicht zu den Mittelinstanzen kommen. Die haben natürlich das Recht, uns beziehungsweise den Kommissionen, den verschiedenen regionalen Schulentwicklungsgremien und Ihnen als Abgeordnete ihre Meinung schriftlich mitzuteilen. Erst wenn diese Gremien tagen und ihre Richtungen mit vorgeben, ist es sicherlich an der Zeit nachzufragen, wie es überregional aussieht. Ich sehe da überhaupt keinen Widerspruch und möchte wirklich darum bitten, nicht einen künstlichen Streit zu schaffen, als wollte diese Regierung nicht mit gewählten Elternräten zusammenarbeiten. Ganz im Gegenteil, uns liegt das Interesse der einzelnen Schulen sehr am Herzen

(Wilfried Buss SPD: Das haben Sie jetzt erst neu gelernt!)

und Frau Senatorin hat eben auch darauf hingewiesen, wie wir das machen.

Eine zweite Sache darf ich hier ganz kurz erwähnen. Natürlich gehen wir vom Ist-Zustand aus. Der ist wichtig und Sie haben danach gefragt. Aber es gibt schon einen anderen Blickwinkel unserer Koalition als den, der von den LINKEN und jetzt auch von der SPD hier vorgetragen wurde. Wir sagen nicht, als erstes muss der Staat vorgeben und entscheiden, sondern wir wollen von unten herauf, von den Schulen, von den Eltern hören, welche Möglichkeiten es gibt und wie wir diese Möglichkeiten in pädagogische Konzepte umwandeln können und nicht umgekehrt, dass der Staat vorgibt, diese und jene Räume sind da und ihr, liebe Eltern, habt euch darauf einzustimmen. Das ist eben der Unterschied, wir fangen von unten an und nicht von oben, das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es ist dann – ich finde es richtig, dass wir das eben auch in einer sehr sachlichen Weise gemacht haben – natürlich auch eine pädagogische Frage. Da sehen wir sicherlich in den Schulen Bedarf und es haben in den letzten drei, vier Monaten durchaus nicht nur strittige Diskussionen in den einzelnen Schulformen stattgefunden, um sich auf den Weg des längeren gemeinsamen Lernens, der Einführung der Primarschule, zu begeben, sondern es hat viele Gespräche, viele Diskussionen gegeben und sie haben schon pädagogische Initiativen ausgelöst.

Wenn wir all dieses jetzt sehen, dann ist das, was Sie als Bedenken vortragen und möglicherweise auch müssen, bei Weitem nicht so bedeutsam wie das, was wir gemeinsam seit der Enquete-Kommission beschlossen haben, dass wir nämlich diese Schulen gemeinsam und in Ruhe voranbringen. Wir haben acht Monate Zeit und dann werden wir Politiker, werden die einzelnen Gremien die Ergebnisse erhalten. Die Behörden und Bezirke werden diese Ergebnisse diskutieren und damit können wir zufrieden sein.

Meine Damen und Herren! Wir haben Vertrauen in das Vorgehen dieses Senats und werden deshalb Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht. Dann komme ich zur Abstimmung.

Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/989 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 19/448, besprochen worden ist.

Ich rufe dann den Punkt 52 der Tagesordnung auf, Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: Ankopplung des Blindengeldes an die Rentenentwicklung – daher Änderung des § 2 Absatz 1 des Hamburgischen Blindengeldgesetzes.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:
Ankopplung des Blindengeldes an die Rentenentwicklung – daher Änderung des § 2 Absatz 1 HmbBlinGG
– Drs 19/930 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Herr von Frankenberg, bitte.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag wollen wir rückwirkend zum 1. Juli in Hamburg das Blindengeld erhöhen. Wir wollen es an die allgemeine Entwicklung der Renten in Deutschland anpassen. Das ist eine Steigerung um 1,1 Prozent. Das Blindengeld als solches ist ein einkommens- und vermögensunabhängiger Nachteilsausgleich für Blinde und schwer sehbehinderte Menschen, das aus Landesmitteln bestritten wird. Die Gesamtausgaben in Hamburg betragen etwa 13,5 Millionen Euro. Darüber hinaus gibt es auch noch Ansprüche auf ergänzende Blindenhilfe.

Vom Umfang her betrifft das zurzeit knapp 3000 Menschen. Die Zahl ist insgesamt in den letzten Jahren leicht abnehmend und die Erhöhung als solches hat den Sinn und Zweck, die Geldentwertung aufzufangen. Sie soll sie ausgleichen und das wollen wir nicht nur in diesem Jahr einmalig machen, sondern in Zukunft jährlich jeweils zum 1. Juli an die aktuelle Rentenentwicklung anpassen. Ich denke, dass das eine gute Lösung ist, die den Menschen auch hilft.

Das Überweisungsbegehren der SPD hingegen werden wir ablehnen, weil wir die Erhöhung als solches nicht unnötig verzögern wollen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Grund.

Uwe Grund SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die eben vorgestellte Dynamisierung des Blindengeldes bedeutet, dass das Blindengeld in diesem Jahr ab 1. Juli um 5 Euro steigt; das ist eine gute Nachricht. Es ist wenig, aber es ist eine gute Nachricht. Schön ist, dass die CDU dazuge-

lernt hat, denn vor wenigen Jahren wurde die Dynamisierung des Blindengeldes abgelehnt. Noch viel schlimmer ist, dass das Blindengeld in Hamburg dramatisch gekürzt wurde, nämlich um fast ein Viertel im Jahre 2004.

(*Frank Schira* CDU: Raten Sie mal, warum!)

Dieses Ergebnis hat dazu geführt, dass ganz viele blinde Menschen in große Schwierigkeiten gekommen sind, weil sie die Benachteiligungen, die durch ihre Behinderung entsteht, in irgendeiner Form ausgleichen müssen. Das hat vor allem mit dem Thema Lesen, mit dem Thema Verkehr, mit dem Thema Unterstützung im Zusammenhang mit den Lebensumständen eines blinden Menschen zu tun.

Diese Kürzung ist von uns damals heftig kritisiert worden und inzwischen ist der Wert des Blindengeldes von damals noch 448 Euro natürlich weiter durch die Inflationsrate entwertet worden. Die Anpassung an die Rentenerhöhung wird das mildern, aber wir alle wissen, wie das mit den Rentenerhöhungen aussieht; von Ausgleich der Inflationsrate kann in diesem Jahr keine Rede sein.

Ich will das ein bisschen dramatisieren, um Ihnen deutlich zu machen, was es bedeutet. Wenn wir in gleichem Umfang in Fünf-Euro-Schritten das Blindengeld anheben, dann müssen wir das 26 Jahre lang tun, um wieder da anzukommen, wo wir 2004 einmal waren. Das macht deutlich, dass das eine gute Tat ist, aber die üble Tat viel schlimmer war und die Menschen darunter heute noch leiden.

(Beifall bei *Gerhard Lein* SPD)

4,5 Millionen Euro sind pro Jahr eingespart worden. Das heißt, in knapp fünf Jahren sind zulasten der blinden Menschen in Hamburg, verantwortet durch den CDU-geführten Senat, über 20 Millionen Euro eingespart worden; das darf man nicht vergessen. Ansonsten werden wir Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Blinde Menschen haben aufgrund ihrer Beeinträchtigung erhebliche Mehrbedarfe als wir Sehenden. Wenn ich irgendwo einmal ganz schnell hin möchte, dann kann ich aufs Fahrrad springen oder habe die Option, das Auto zu nutzen. Ein blinder Mensch hat diese Möglichkeit nicht, er muss sich fahren lassen, er ist darauf angewiesen, dass ihn jemand fährt oder dass er ein Taxi nimmt oder man ihm den unbekannten, noch nicht gelernten Weg zeigt.

Das alles gibt es nicht zum Nulltarif. Um diese Nachteile und die Folgekosten der Erblindung auszugleichen für die Bedarfe an Hilfsmitteln wie zum

(Martina Gregersen)

Beispiel Putzhilfe, Schreib- und Lesehilfen oder besondere Computer gibt es das Blindengeld.

Das Blindengeld ist 2005 gekürzt worden und wir fanden es nicht fair, das gebe ich zu. Wir hatten andere Vorschläge gemacht, die nicht angenommen wurden, aber wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen dafür eingesetzt, dass wenigstens die Dynamisierung wieder eingeführt wird. Wenn ich jetzt einmal gucke, wie wenig Blindengeld in einigen anderen Bundesländern gezahlt wird oder wie stark die Kürzungen dort sind – Herr Grund, ich gucke einmal in die SPD-regierten Länder Brandenburg, Bremen, Sachsen-Anhalt –, so zahlen die alle weniger oder es wurde unter der SPD-Regierung erheblich gekürzt.

Laut Aussagen – ich bin froh, dass die Zahl der Betroffenen erheblich gesunken ist – des Hamburger Blindenverbandes bezogen 2007 rund 2990 Menschen in Hamburg Blindengeld. Für diese knapp 3000 Menschen freut es mich sehr, dass wir uns als GAL bei den Koalitionsverhandlungen durchsetzen konnten und nun die Ankopplung des Blindengeldes an die Rentenentwicklung wieder rückgängig machen können. Viele andere Länder haben diese Dynamisierung und auch die Ankopplung an die Rentenentwicklung bereits gestrichen, auch in Bundesländern, in denen die SPD regiert.

Wenn wir also heute diesen Antrag beschließen, dann erhalten die blinden Menschen in Hamburg rückwirkend eine Blindengelderhöhung, denn die Rente ist schon zum 1. Juli um 1,1 Prozent gestiegen. Herr Grund hat es eben richtig gesagt, es sind nur 5 Prozent

(Uwe Grund SPD: 5 Euro!)

– es sind nur 5 Euro, richtig –, aber es ist ein Signal. Es ist erstens das Signal, dass es im Sozialbereich nicht immer nur bergab geht, und es ist das Signal, dass es jährlich steigen kann und es ist auch ein Signal, das vielen blinden Menschen Hoffnungen gibt

(Christiane Schneider DIE LINKE: Auf was denn?)

und die sich wirklich darüber gefreut haben, dass man sie nicht vergessen hat.

Wenn wir ehrlich sind, geben wir das Geld für blinde Menschen nicht nur in diesem Bereich aus. Die Stadtgestaltung wird sich auch verändern. Jeder Umbau, den wir im öffentlichen Nahverkehr vornehmen, muss barrierefrei erfolgen. Wenn wir Shared Spaces bauen, dann bauen wir auch Blindenleitsysteme ein. Wir werden die Betreuung für behinderte Kinder und Jugendliche verbessern, wir wollen also nicht nur eine Gruppe von Behinderten immens bevorteilen, wir wollen ihnen ein Zeichen geben und etwas Gutes tun, aber auch die anderen Menschen mit Benachteiligungen nicht vergessen.

Wenn wir jetzt für die Wiedereinführung der Dynamisierung stimmen, dann ist das ein tolles Signal. Ich würde mich freuen, wenn Sie zustimmen würden und wir gemeinsam beschließen könnten das zu machen, was andere Bundesländer bereits aufgegeben haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die damalige CDU-Regierung in Hamburg hat das Blindengeld für Erwachsene von 585 Euro auf 448 Euro gesenkt. SPD und GAL waren damals entschieden dagegen und die ehemalige sozialpolitische Sprecherin der GAL, Martina Gregersen, die gerade gesprochen hat, äußerte damals, das Vorgehen des Senats sei nicht notwendig und unverantwortlich. Das hört sich dann heute ein bisschen anders an mit dem Begriff: Ein tolles Signal,

(Martina Gregersen GAL: Das ist es auch!)

dass das Blindengeld jährlich steigen könnte. Und bei könnte muss man aufhören, denn wenn die Renten nicht entsprechend steigen, dann wird auch das Blindengeld nicht steigen und es wird keinesfalls, wie gewünscht, an die Kostensteigerung angepasst sein.

Jetzt soll also das erheblich herabgesetzte Blindengeld jährlich zum 1. Juli an die Rentensteigerung angepasst werden. Das waren in diesem Jahr sage und schreibe nicht 5 Prozent – das haben wir schon geklärt –, sondern 1,1 Prozent, also 5 Euro. Dann gibt es Vergleiche mit dem Arbeitslosengeld II, das ähnlich sinnvoll – in Anführungszeichen – angepasst wird. Die Geldentwertung kann damit nicht ausgeglichen werden.

Dieser Antrag hebt zwar das Einfrieren des Blindengeldes auf, schreibt aber die als nicht notwendig und unverantwortlich bezeichnete Kürzung fort. Ich sage ganz entschieden: Das ist die Sozialpolitik der neuen Grünen in Hamburg. Gestern standen im Sozial- und Gleichstellungsausschuss die Anträge von SPD und LINKE für ein Sozialticket und die Anhebung der Regelsätze für Sozialhilfeempfänger auf der Tagesordnung. Diese Anträge wurden von der schwarz-grünen Mehrheit niedergestimmt wie auch der in der vorangegangenen Sitzung von uns geforderte Armuts- und Reichtumsbericht. Grün blinken und schwarz fahren ist der sozialpolitische Leitsatz der neuen Linken.

(Jens Kerstan GAL: Das Sozialticket ist gerade im Haushaltsausschuss dran!)

Die LINKE wird sich unter Einbeziehung der Betroffenen und der Verbände für eine tatsächliche Erhöhung des Blindengeldes einsetzen. Von Mo-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

gelpackungen à la Schwarz-Grün haben wir schon genug. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/930 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte dem gemeinsamen Antrag von GAL- und CDU-Fraktion folgen und das darin aufgeführte Vierte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Blindengeldgesetzes beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen. Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen dann zu Punkt 49 der Tagesordnung, Antrag der CDU-Fraktion: Implementierung einer abgestimmten Landes- und Regionalplanung für die Metropolregion Hamburg durch Schaffung einer Gemeinsamen Planungskonferenz der Metropolregion Hamburg.

[Antrag der Fraktion der CDU: Implementierung einer abgestimmten Landes- und Regionalplanung für die Metropolregion Hamburg durch Schaffung einer Gemeinsamen Planungskonferenz der Metropolregion Hamburg

– Drs 19/927 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass einvernehmlich auf eine Debatte verzichtet werden soll.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/927 federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 19/927 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen?

gen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen worden.

Dann kommen wir zu Punkt 9 der Tagesordnung, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Medizinische Versorgung Obdachloser.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Medizinische Versorgung Obdachloser – Drs 19/601 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Frau Bekeris.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wer den Präsidentschaftswahlkampf in den USA verfolgt, dem dürfte nicht entgangen sein, für welches Wahlversprechen die demokratischen Rednerinnen und Redner den meisten Applaus ernten, es ist das Versprechen einer Krankenversicherung für alle. Wofür Barack Obama in den USA noch wirbt, wurde bei uns durch die SPD-Ministerin Ulla Schmidt bereits durchgesetzt. Das Ziel, dass jede Bürgerin und jeder Bürger im Krankheitsfall abgesichert ist, konnte im Rahmen der Bundesgesundheitsreform durch das GKV-Wirtschaftlichkeitsstärkungsgesetz weitgehend umgesetzt werden. Erreicht wurde dies durch eine umfassende Versicherungspflicht.

Theoretisch muss also niemand ohne medizinische Versorgung sein. Nun ist es auch unsere Aufgabe als Landesparlament, die praktische Umsetzung der Gesetzgebung zu begleiten und hier muss ein besonderes Augenmerk auf die Schwächsten der Gesellschaft gelegt werden.

Wir alle wissen, dass Wohnungslosigkeit sowohl körperlich als auch psychisch ein deutlich erhöhtes Krankheitsrisiko darstellt. Dazu kommt, dass Krankheit für Obdachlose aufgrund ihrer Lebenssituation sehr schnell sehr gefährlich werden kann. Trotzdem hören wir immer wieder von Fällen, in denen Obdachlose keine medizinische Versorgung erhalten, denn Obdachlose haben Probleme, ihren Rechtsanspruch auf eine Krankenversicherung durchzusetzen.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Dafür gibt es verschiedene Gründe wie zum Beispiel fehlende Möglichkeiten, versicherungsrelevante Unterlagen aufzubewahren, psychische Beeinträchtigung oder auch Schamgefühle. Trotz dieser Probleme muss in einer reichen Stadt wie Hamburg nach einer Möglichkeit gesucht werden, eine medizinische Versorgung für alle sicherzustellen.

(Ksenija Bekeris)

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Das ist die Meinung meiner Fraktion, aber leider nicht die des Senats. Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage meiner Fraktion könnte man so zusammenfassen: Zwar gibt es Personen, die medizinisch nicht versorgt werden, darüber haben wir aber keine Zahlen. Die Zahlen aber, die wir haben, zeigen keinerlei Probleme auf, also besteht kein Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren! Wer die Augen vor der Realität verschließt, der sieht auch keine Probleme.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Schätzungen aus der Szene gehen davon aus, dass etwa 20 Prozent der Obdachlosen keine Krankenversicherung haben. Die kalte Jahreszeit steht bevor und jetzt ist noch Zeit, um in der medizinischen Versorgung Fortschritte zu erreichen. Deshalb beschäftigen wir uns hier und heute mit diesem Thema und deshalb möchte ich die Bürgerschaft eindringlich darum bitten, die Anfrage an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu überweisen.

Wir haben zwei Möglichkeiten, die medizinische Versorgung obdachloser Menschen zu verbessern. Zum einen können wir die bürokratischen Hürden so gering wie möglich halten, zum anderen können wir uns Gedanken machen, wie eine medizinische Erstversorgung aussehen muss, die auch tatsächlich bei den Obdachlosen ankommt und in der Lage ist, eine Brücke ins Regelsystem zu schlagen. Beide Möglichkeiten zieht der Senat nicht in Betracht.

Ein Beispiel für eine unnötige bürokratische Hürde für Obdachlose ist die Praxisgebühr und die Zuzahlung zu Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln. Die gesetzlichen Krankenkassen haben die Möglichkeit, ihren Versicherten eine Befreiungsbescheinigung gegen Vorauszahlung der maximalen Zuzahlung auszustellen. Obdachlose können diese Möglichkeit ebenfalls nutzen, wenn der Träger der Sozialhilfe die Zuzahlung der Höchstbeträge im Darlehen übernimmt. Die Rückzahlung erfolgt in Teilbeträgen über eine Einbehaltung der Hilfe zum Lebensunterhalt. Eine finanzielle Mehrbelastung hat der Sozialträger also nicht und trotzdem wird von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

(Uwe Grund SPD: Ganz schlecht!)

Gerade einmal drei Fälle kennt der Senat, in denen ein solches Darlehen im ambulanten Bereich gewährt wurde. Die Begründung dafür ist, die Zuzahlung müsse bereits angefallen sein, bevor ein Darlehen gewährt werden könne. Meine Damen und Herren, ist das Ihr Ernst? Wie soll eine Zuzahlung getätigt werden, wenn keinerlei Rücklagen

vorhanden sind? Die gesetzliche Möglichkeit eines Darlehens wird durch Ihre juristische Interpretation der Gesetzeslage konterkariert.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Lassen Sie uns dieses im Ausschuss diskutieren, denn hier muss eine Lösung im Sinne der Betroffenen gefunden werden. Grundsätzlich muss zudem überlegt werden, wie die medizinische Versorgung für Obdachlose verbessert und finanziell gestärkt werden kann. Ein positives Beispiel ist das Land Nordrhein-Westfalen. Hier haben sich Gesundheitsministerium, Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung und die kommunalen Spitzenverbände auf ein gemeinsames Finanzierungskonzept verständigt, um die medizinische Erstversorgung wohnungsloser Menschen zu verbessern. Es ist zu prüfen, ob ein ähnliches Modell auch in Hamburg durchsetzbar und umsetzbar wäre. Mein Kollege Uwe Grund hat dieses Modell bereits Ende letzten Jahres angesprochen. Nun liegt die erste Auswertung vor, also eine gute Gelegenheit für den Ausschuss, sich damit zu befassen.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute den 3. September. Lassen Sie uns noch vor dem Winter einen Schritt hin zu einer besseren medizinischen Versorgung für Obdachlose machen. Stimmen Sie für eine Überweisung der Anfrage an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat die Abgeordnete Fischer.

Lydia Fischer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war eine sehr engagierte Rede, das zeugt von Engagement und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Nur die Sichtweite und die Sichtweise ist natürlich in den einzelnen Fraktionen unterschiedlich. Ich werde jetzt einmal über unsere Sichtweise und Einstellung zu dieser Thematik sprechen.

Wir haben hier schon viel diskutiert und unsere Erfahrung zeigt, dass Obdachlosigkeit ein ernstzunehmendes Problem ist. Aber wir haben ein hervorragendes Fachstellenkonzept entwickelt und dadurch in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit sehr verringert. Das ist ein großer Erfolg und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU)

Und dieses Konzept, das jetzt greift, wird von vielen Fachleuten auch sehr gelobt und der Erfolg ist eingetreten. Ich muss sagen: Das freut uns und das ist gut so.

(Lydia Fischer)

Die medizinische Versorgung, die Sie ansprechen, ist natürlich auch ein Teilbereich, mit dem wir uns befassen und beschäftigen. Auch hier, meinen wir, greift ein Hilfesystem. Vielleicht kann in dem einen oder anderen Fall noch etwas verbessert werden, davon gehen wir auch aus. Aber im Großen und Ganzen sagen wir: Hier greift etwas, denn die Obdachlosen haben Zugang zu den Krankenkassen. Jeder Obdachlose kann einen Antrag stellen und kann wieder in seine Krankenkasse aufgenommen werden.

(Uwe Grund SPD: Das wissen wir schon!)

– Das wissen wir und das ist auch gut so.

Für die 10 Euro, die gezahlt werden müssen, sind Ulla Schmidt und eventuell auch Olaf Scholz zuständig, denn die haben grundsätzlich nicht vorgesehen, Obdachlose davon zu befreien. Da müssen Sie sich schon an Ihre SPD-Vertreter wenden.

(Uwe Grund SPD: Das ist ja Quatsch!)

Sie sprechen einige Details an, und zwar stellen Sie darauf ab, Praxisgebühren durch vorausgezahlte Darlehen zu ersetzen. Sie wissen, dass der Bundesgesetzgeber bei der Praxisgebühr keine Ausnahme für Obdachlose vorgesehen hat. Allerdings bestätigt die Ärztekammer Hamburg, dass in derartigen Fällen eine Vielzahl niedergelassener Ärzte auf die Praxisgebühr verzichtet und die Behandlung gleichwohl abgerechnet werden kann. Ein Bedarf an Darlehensgewährung, der wiederum aus bundesgesetzlichen Gründen im Voraus nicht möglich ist, dürfte daher nicht bestehen. Soweit dieses gesetzlich zulässig ist, macht der Senat von Darlehensmöglichkeiten im Interesse der Betroffenen Gebrauch. Dieses gilt für die Zuzahlung bei stationärer Versorgung und bei hohem Bedarf chronisch Kranker am Jahresbeginn. Die Durchführung, für die im Übrigen das Bezirksamt Mitte zuständig ist, ist nicht zu beanstanden.

Sie sorgen sich weiter, dass Obdachlose diese 10 Euro bezahlen müssen. Das haben wir eben besprochen. In diesem Punkt müssen Sie initiativ werden, nicht wir. Tun Sie es, Sie hätten es schon lange machen können, damit sich eine Verbesserung einstellen kann. Sie gehen auch davon aus, dass praktisch die Kostenübernahme durch Darlehen verbessert wird. Auch da, das haben wir schon gesagt, haben wir eine andere Sichtweise. Wir denken auch bis auf Ausnahmen, dass unsere Obdachlosen gut versorgt sind und gut ins Regelsystem eingeführt werden können. Wir sind auch gerne bereit, noch einmal mit Ihnen über die problematischen Fälle, die es in Hamburg gibt, zu sprechen oder Initiativen vorzubereiten.

(Dirk Kienscherf SPD: Wo denn?)

Diese Anfrage lehnen wir aber erst einmal ab.
– Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Der Senat schließt seine Antwort auf die Große Anfrage mit dem Satz:

"Die Optimierung der medizinischen Versorgung Obdachloser ist darüber hinaus ein permanenter [Optimierungs-]Prozess."

Dieser Satz klingt wie ein Mantra. Je öfter ich ihn vor mir hersage, desto mehr möchte ich ihn glauben. Da ich zu den Menschen gehöre, die nur das glauben, was sie auch sehen, schmecken, riechen und fühlen können, beziehungsweise an das, was ihnen glaubwürdig, stichhaltig und nachweisbar dargelegt wurde, bleiben Zweifel und die sind nicht gering.

(Uwe Grund SPD: Das ist ja ein erschreckendes Weltbild!)

Da ich Sie gerne in die Lage versetzen möchte, meinen Unglauben nachzuvollziehen, bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit. Das Einzige, das dem Senat nämlich zu einer spezifischen Gruppe – zu obdachlosen Frauen – einfällt, obwohl in der Großen Anfrage mehrfach gezielt nach ihnen gefragt wurde, ist der Tagestreff Kemenate. Interessiert sich der Senat nicht für obdachlose Frauen? Dieser Eindruck entsteht. Frauen sind für den Senat nur ein Randphänomen des Randphänomens Obdachlosigkeit – gepaart mit einer Menge Unwissen. Mich würde es mehr als nervös machen, wenn ich über diese Gruppe Menschen so wenig wüsste wie der Senat. Ich finde es verantwortungslos, dass Sie sich nicht detailliert mit der Situation wohnungsloser Frauen beschäftigt haben. Sie schreiben selbst, dass Ihnen Daten für eine qualifizierte Schätzung nicht vorliegen, nach denen Sie die Anzahl obdachloser Frauen und auch Männer bestimmen beziehungsweise feststellen könnten, wie viele von ihnen keine Krankenversicherung haben.

Dann hören Sie sich jetzt einige Zahlen und Fakten an, die ich in nur wenigen Tagen zusammengetragen habe. Tatsächlich gibt es in Hamburg nur Kemenate, wo sich ausschließlich wohnungslose Frauen anonym aufhalten können und niedrigschwellige Angebote erhalten. Das bedeutet im Zweifel weite Wege, zu weite Wege, um sich Hilfe zu holen. Also ist selbst das niedrigschwellige Angebot von Kemenate für viele obdachlose Frauen zu hoch schwellig, um es zu erreichen. Aber Schwarz-Grün hatte nichts Besseres zu tun, als unser Sozialticket abzulehnen, das es immerhin leichter möglich gemacht hätte, in die Charlottenstraße zu Kemenate zu fahren.

Wie viele wohnungslose Frauen gibt es in Hamburg? Niemand weiß es. Eine Behördenhebung aus dem Jahr 2002 ging von rund 280 Frauen aus. Das ist ein zu alter Wert, um ihn zu nutzen. Er dürf-

(Kersten Artus)

te auch vor sechs Jahren schon weit unter der Realität gelegen haben. Vier Sozialpädagoginnen in Teilzeit betreuen bei Kernenate täglich zwischen 30 und 40 Frauen. Jeden Tag kommen neue dazu. Jährlich kommt es zu 6 000 Einzelkontakten.

Was sind das für Frauen? Die überwiegende Anzahl der Frauen ist als Teenager in die Wohnungslosigkeit geraten. Die schulische und berufliche Qualifikation ist in der Regel gering. Obdachlose Frauen fallen weniger auf, denn sie legen in der Regel sehr viel Wert auf ein gepflegtes Erscheinen. Die meisten obdachlosen Frauen sind ledig und zwei Drittel haben Kinder, die teilweise bei anderen Menschen leben. Bei Frauen ist die verdeckte Wohnungslosigkeit ein großes Problem. Viele wohnen ohne mietrechtliche Absicherung bei Bekannten, was häufig mit sexuellen Gegenleistungen verbunden ist. Was obdachlose Männer von Frauen unterscheidet, sind vor allem die Gewalterfahrung und die sexuelle Ausbeutung.

Kommen wir zu der Frage der medizinischen Versorgung. Bis zu 80 Prozent aller Obdachlosen gelten als psychisch krank, Suchtkrankheiten eingeschlossen. Das Problem ist nur zum Teil die Krankenversicherung. Sich um Zuzahlungen für Medikamente, eine Brille oder neue Zähne zu kümmern, bedeutet für Obdachlose, zudem für psychisch Kranke – vier von fünf sind es –, eine Hürde, die sie nur selten überwinden. Das, was in der Großen Anfrage als medizinisches Angebot dargestellt wird, reicht allenfalls als erste Hilfe für obdachlose Menschen aus. Es fehlt insbesondere die Darstellung, wie die medizinische Versorgung auf alleinstehende Frauen mit Kindern ausgerichtet ist. Lassen Sie mich raten: Gar nicht? Stattdessen aber hat Schwarz-Grün derzeit nichts Besseres zu tun, als zum Beispiel den Träger Subway, der durch seine pragmatische und an den Bedürfnissen seiner Klientinnen und Klienten ausgerichteten Arbeitsweise bereits etlichen Frauen und Männern, die auch Mütter und Väter sind, das Leben gerettet hat, in die Pleite zu treiben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Hamburger Regierung hat es seit Jahren versäumt, sich das Datenmaterial zu verschaffen, um das zu gewährleisten, was das wohlklingende Mantra – Die Optimierung der medizinischen Versorgung Obdachloser ist darüber hinaus ein permanenter Optimierungsprozess – vermuten lässt. Ich appelliere daher inständig an die Bürgerschaft, diese Große Anfrage an den Sozialausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen haben schon unterschiedlich aber ausführlich dargestellt, welche formalen und praktischen Probleme sich für wohnungslose Menschen bei der medizinischen Versorgung und im Alltag auftun. Mir stellen sich auch einige Fragen und ich frage Sie daher: Mal ganz ehrlich, sind wohnungslose Menschen wartezimmerauglich? Ich möchte nicht für alle Wohnungslosen sprechen, aber fragen wir Patienten oder fragen wir vielleicht auch die Ärzte: Wie finden Sie es eigentlich, wenn jemand mit ganz vielen Tüten, vielleicht auch einem nicht wunderbaren Geruch neben Ihnen sitzt und vielleicht auch noch alkoholisiert ist? Also stellen wir uns wirklich die Frage: Möchten wir, dass Menschen im Regelsystem ankommen, obwohl sie dort vielleicht gar nicht richtig gewollt sind? Ja, wir möchten es und wir müssen Bedingungen schaffen, dass sie dort gewollt sind. Das ist unsere Aufgabe.

Ich stelle Ihnen die zweite Frage. Wie kann eigentlich jemand, der bei Wind und Wetter draußen auf der Straße lebt, sorgsam seine Quittungen für die Praxisgebühr drei Monate aufbewahren? Diese Frage stellt sich mir wirklich und eine weitere Frage, die sich daran anschließt ist: Und wenn er jetzt eine Befreiung möchte, wie kann er über ein Jahr lang, wenn er die zwei Prozent überschreitet, alle Quittungen aufheben und irgendwann detailliert an seine Kasse schicken? Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass das nicht machbar ist. Ist Ihnen eigentlich auch klar, dass wohnungslose Menschen vielleicht gar nicht zum Arzt gehen, wenn sie 10 Euro Praxisgebühr und dann auch noch ihren medizinischen Anteil bezahlen müssen, dass das eine solche Hürde ist, dass es sie vielleicht oder bestimmt davon abhält, zum Arzt zu gehen? Die AOK Niedersachsen verzichtet zum Beispiel auf die 10 Euro Praxisgebühr für wohnungslose Menschen. Ich hatte schon einmal Gespräche mit der AOK in Hamburg. Die war nicht bereit dazu und sagte sogar, es wäre illegal, wenn man darüber nachdenke, das zu verändern. – Schade.

Vierte Frage: Ist Ihnen auch bekannt, dass bei wohnungslosen Menschen, die in ein Krankenhaus eingeliefert werden, weil sie schwerste Verletzungen haben – innerlich und vielleicht nicht auf den ersten Blick zu sehen – der Rettungsdienst völlig entsetzt ist, dass sie nach zehn Minuten wieder irgendwo auf der Straße zu finden sind, weil man sie gar nicht behandelt hat? Das ist ein Problem. Eigentlich ist jeder Bürger in Hamburg und in Deutschland krankenversichert. Die Bedingungen sind nur so, dass sie mitwirken müssen. Genau da haben wir das Problem. Sie müssen mitwirken und das schaffen nicht alle Wohnungslosen. Sie haben Angst vor Ämtern, sie haben Angst vor Bürokratie oder – das ist auch interessant – es gibt sie gar nicht. Ich habe es gar nicht geglaubt, aber es gibt

(Martina Gregersen)

wirklich viele Menschen in Hamburg, die gar keine Ausweispapiere haben. Das fiel mir bei der Frage auf, ob man als Obdachloser eigentlich wählt und an der Wahl teilnimmt. Die Antwort: Ich habe gar keine Papiere, ich existiere eigentlich gar nicht. Also auch hier fehlt die Krankenversorgung.

Von daher brauchen wir sehr viele niedrigschwellige Angebote, um Wohnungslose zu erreichen. Es gibt viele Einrichtungen für Wohnungslose und es wurde hierbei schon vieles verbessert. Sehr loben möchte ich Diakonie und Caritas und auch die mobilen Dienste von Zahnmobil oder der medizinisch aufsuchender Arbeit. Ganz neu haben wir jetzt in Hamburg die psychisch aufsuchende Arbeit. Hier können Menschen, die psychisch krank sind, auf der Straße Hilfe bekommen. Sie müssen dabei keine Formalien oder Bürokratie erledigen. Und sie müssen nicht überlegen, ob sie in einer Praxis willkommen sind oder ob sie überhaupt einen Termin beim Psychiater bekommen. Dieses müssen wir ausbauen und hier müssen wir weiter ansetzen.

All das ist bei uns angekommen. Uns wurde eben vorgeworfen, wir hätten überhaupt keine Ahnung und wüssten gar nicht, worüber wir reden. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der LINKEN und auch von der SPD, die Problemlage für wohnungslose Menschen ist uns wirklich bekannt und wissen Sie was? Wir sind dabei, es zu verändern. Das können Sie mir glauben. Ich versichere Ihnen, dass uns diese Probleme bekannt sind und wir daran arbeiten werden. Das möchte ich und das möchte unsere Fraktion. Daran werden wir arbeiten.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Wie denn?)

Frau Bekeris, einmal ganz ehrlich, glauben Sie denn, dass, wenn wir das an den Sozialausschuss überweisen – wie Sie es fordern –, man im Winter bessere Verhältnisse hätte? Dadurch wird es auch nicht besser. Lassen Sie uns unseren Job machen. Wir setzen uns hin und wir versuchen, die Situation für die Menschen in dieser Stadt zu verbessern. Da haben Sie mein Wort, dass wir dabei sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Obdachlosigkeit ist eine der schwierigsten Lebenslagen, die wir uns vorstellen können. Sie ist Ausdruck vielfältiger Lebensprobleme und sie ist nicht selten die Ursache solcher Probleme, aber sie ist auch nicht selten Folge solcher Probleme. Einen Aspekt des Themas Obdachlosigkeit haben Sie mit der Großen Anfrage zur medizinischen Versorgung angesprochen. Deshalb will ich mich an dieser Stelle

auch auf das medizinische Thema beschränken. Ich will aber auch gleich noch einmal sagen: Die Antworten sind nur so gut wie die Fragen.

(Beifall bei Martina Gregersen GAL)

Deswegen finde ich es nicht in Ordnung, wenn uns etwas vorgehalten wird, was wir nicht aufgeschrieben haben, wonach aber auch niemand gefragt hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Zunächst einmal ist unser Hauptziel – und das sollte es, glaube ich, auch sozialpolitisch sein –, die Integration in das Regelsystem zu erreichen. Das heißt, eine Sozialpolitik, die für alle Betroffenen separate Systeme aufbaut, integriert diese Menschen nicht. Deswegen ist, glaube ich, das Gebot der Stunde die Integration der Obdachlosen in die Mitte unserer Gesellschaft zu stellen. Das bedeutet für die Sozialpolitik auch die Integration von Menschen, die obdachlos sind, in unser in Hamburg wirklich hervorragend ausgebautes gesundheitliches Regelsystem.

Dieses Hauptziel ist dadurch ein ganzes Stück besser geworden – das haben Sie zu Recht angesprochen –, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind, dass Obdachlose eben auch den Anspruch auf die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung haben. Wenn sie Hartz IV- oder Grundsicherungsempfänger sind, ist das heute zu realisieren. Wir haben in der Anfrage auch sehr detailliert dargelegt, wie wir versuchen, diesen Anspruch zusammen mit der ARGE, der team.arbeit Hamburg und den Sozialämtern auch wirklich umzusetzen, bis hin zu der Frage, wie man dann eine Versicherungskarte an Mann oder Frau bringt. Ich glaube, dort ist eine Menge passiert und es ist mittlerweile eine Menge von Personen auch tatsächlich krankenversichert.

Auch dazu noch ein Wort: Jemand, der hier gar keine Papiere hat und auf der Straße aufgefunden wird, hat einen Anspruch auf gesundheitliche Versorgung und auf eine Finanzierung durch den Sozialhilfeträger. Es gibt nicht die Situation, dass die Leute wie in Amerika sagen, sie könnten nicht zahlen, also würden sie auch gar nicht erst behandelt. Das gibt es in Hamburg nicht und das muss man hier auch einmal sagen.

Wir wissen aber auch, dass dieser Rechtsanspruch auf die Versorgung und auf die Mitgliedschaft nur so viel wert ist, wie Obdachlose auch in der Lage sind, diesen geltend zu machen. Auch hierzu möchte ich Ihnen sagen, dass wir als Sozialbehörde in Zusammenarbeit mit dem Job-Center in der Kaiser-Wilhelm-Straße eine Telefonnummer, eine zentrale Beratungsnummer, eingerichtet haben, wo Ärzte anrufen können, wenn sie in ihrer Praxis Menschen haben, bei denen der Versicherungsstatus unklar ist. Das heißt, auch hier leisten wir eine Hilfe und Unterstützung für die Ärzte sel-

(Senator Dietrich Wersich)

ber, zu klären, wie der Versicherungsstatus obdachloser Menschen ist.

Das zweite Handlungsfeld ist aber ganz klar. Wir bekommen nicht alle ins Regelsystem und vor allem nicht sofort. Deshalb haben wir niedrigschwellige Hilfen zur Überwindung dieser Lebenssituation angeboten. Diese sind in der Großen Anfrage ebenfalls sehr detailliert dargestellt. Ich will sie jetzt nicht noch einmal verlesen, da Sie sie alle selber lesen können. Aber, Frau Artus, die Bemerkung sei mir gestattet: Mit Ihrer harschen Kritik üben Sie auch Kritik an den Menschen, die sich in diesen Projekten für die Obdachlosen rund um die Uhr einsetzen. Das haben diese Menschen nicht verdient.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben Angebote mit öffentlichem aber auch mit viel kirchlichem und privatem Engagement bei mobilen Hilfen, bei Sprechstundenberatung und bei stationären Hilfen. Das jüngste Angebot – das wissen Sie – ist die aufsuchende Arbeit einer Psychiaterin in der Innenstadt für Menschen mit psychischen Störungen. Diese Angebote sind alle niedrigschwellig, unbürokratisch und sie sind alle dort, wo die Menschen sich für gewöhnlich aufhalten.

Das alles haben wir schon und dennoch machen wir nicht Halt, weil klar ist, dass Verbesserungen nötig sind. Ich habe mich ein bisschen erschrocken, als Sie gesagt haben, wir hätten geschrieben, die Optimierung sei ein ständiger Optimierungsprozess. Das haben wir zum Glück nicht geschrieben. Wir haben geschrieben: Die Optimierung ist ein ständiger Prozess. Dazu bekenne ich mich auch, weil wir nicht in der Situation sind, dass wir bei einem sozialen Problem sagen können, wir hätten es geschafft und müssten nichts mehr tun. Sondern wir müssen immer schauen, wie man die Dinge noch besser machen kann. Deswegen haben wir uns auch zusammen mit der GAL im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass wir weiter schauen wollen, wie wir die Ansprüche der obdachlosen Menschen im Regelsystem der Gesundheitsversorgung verwirklichen können aber auch wie wir vor allem niedrigschwellige Hilfen, um in diese Regelsysteme zu kommen, fördern können. Ich will noch einmal sagen: Es ist sozialpolitisch für mich nicht vertretbar, wenn wir quasi ein zweites Gesundheitsversorgungssystem für Menschen, die obdachlos sind, aufbauen. Das ist keine Integration von Menschen in die Mitte der Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Frau Bekeris, auch mich würde interessieren, wie Sie glauben, dass sich durch die Überweisung der Großen Anfrage an den Ausschuss die Lebenssituation für die Menschen draußen konkret verbessern wird. Vielleicht verraten Sie uns das gleich noch einmal. Das finde ich eine starke Behaup-

tung. Wir sind in diesem Prozess, die Versorgung obdachloser Menschen zu verbessern. Aber ich sage auch: Wenn wir wirklich die Lebenssituation der Menschen ernst nehmen, dann wissen wir, dass manche Menschen nicht erreichbar sind oder sehr viel Zeit brauchen, bis sie Hilfe annehmen. Darum müssen wir uns alle gemeinsam kümmern. Ehrlich gesagt erkenne ich hier im Hause überhaupt keinen politischen Dissens, weder in den Ansätzen noch in der Zielrichtung. Ich glaube, wir sollten auch solche Themen nicht dazu nutzen, hier eine künstliche ideologisch aufgeladene Debatte zu führen. Ich glaube, uns alle lässt das Schicksal von Obdachlosen nicht kalt und wir versuchen alle auf allen erdenklichen Wegen diesen Menschen zu helfen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD:* Erstens, um die Gemeinsamkeiten hervorzuheben: Ich glaube, wir alle sind der Caritas, dem Diakonischen Werk, der Kemenate und vielen anderen Einrichtungen, die sich täglich mit großem Engagement und ungeheurem Einsatz darum bemühen, gerade die Gesundheitsprobleme von Obdachlosen zu mildern und dort hilfreich tätig zu sein, dankbar. Das kann man gar nicht deutlich genug sagen und oft genug wiederholen. Das ist wichtig und unverzichtbar und wir sind froh, dass es diese Einrichtungen gibt.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Zweitens: Der Senator hat recht. Das Entscheidende ist, dass es in der Regel über solche Einrichtungen gelingt, die betroffenen Menschen, Frauen und Männer, in die Regelversorgung zu bekommen. Aber das ist der springende Punkt. Wie bekommen wir das hin? Unbestritten ist, dass die Lösung, dass es endlich wieder die Chance gibt, solche Betroffenen, die lange Zeit quasi aus unserem Versicherungssystem ausgeschlossen waren, wieder hineinzubekommen, eine gute sozialpolitische Leistung der Bundesregierung war. Das nehmen wir auch für uns in Anspruch, dass diese Leistung endlich greift. Wir wissen aber, Herr Senator – das ist doch das Problem –, dass, obwohl diese Voraussetzungen gegeben sind, gerade dieser Personenkreis zu einem ganz großen Prozentsatz, es sind wahrscheinlich mehrere Hundert Menschen in der Stadt, nicht in der Lage sind, die Hürden zu überspringen, die notwendigerweise übersprungen werden müssen, um zu dieser Versicherungsleistung zu kommen und dann auch die Möglichkeiten der Versicherungsleistung angemessen zu nutzen. Das wissen wir. Wir schätzen, 20 Prozent der Betroffenen schaffen das physisch und psychisch nicht und sind aus diesem System ausgeschlossen, obwohl wir es ihnen gerne anbieten würden.

(Uwe Grund)

Das wissen wir. Unser Ringen ging die ganze Zeit um die Frage, wie wir auch für diese Menschen etwas tun können.

Es ist der Hintergrund dieser Anfrage gewesen, das mit Ihnen weiter zu erörtern. Ich muss Ihnen sagen, Frau Gregersen, das macht mich dann doch platt, wenn ich mir Folgendes vorstelle: Wenn vor wenigen Monaten die CDU-Alleinregierung der GAL vorgeschlagen hätte, auf eine Debatte im Ausschuss zu verzichten, weil sie das schon bearbeitete, dann hätte ich Sie im Quadrat springen sehen. Und nun schlagen Sie uns vor, wir sollten Ihnen das alles glauben, Sie kümmern sich schon und es werde gut.

(Martina Gregersen GAL: Ja!)

– Nichts da.

(Olaf Ohlsen CDU: Alles wird gut!)

Wir verlangen von Ihnen – und ich glaube, Herr Senator, das ist auch völlig in Ordnung –, dass wir mit Ihnen gemeinsam darüber reden, was die richtigen Wege sind. Wir können dazu etwas beitragen. Wir haben Ihnen gesagt, in Nordrhein-Westfalen gebe es Lösungsansätze, die es zu diskutieren lohnt. Dann lassen Sie uns doch diskutieren, Frau Fischer. Liebe Lydia Fischer, warum sagen Sie, sie wollten mit uns diskutieren, lehnen aber gleichzeitig ab, dass das Thema in den Ausschuss kommt. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD, bei Kersten Artus und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/601 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen?

(Uwe Grund SPD: Schämt Euch!)

– Damit ist die Überweisung der Drucksache 19/601 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss abgelehnt.

Dann ist die Drucksache 19/601 zur Kenntnis genommen.

Dann kommen wir zum Punkt 53 der Tagesordnung, dem Antrag der GAL-Fraktion: Spiel- und Freizeitflächen für Jung und Alt.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Spiel- und Freizeitflächen für Jung und Alt
– Drs 19/931 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1004 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Planungswerkstatt Mehrgenerationen-Bewegungsflächen
– Drs 19/1004 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Blömeke, bitte.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst nur noch einmal ein paar Worte für alle, die mich jetzt erstaunt anschauen. Ja, ich habe ein blaues Auge. Das ist richtig. Und das ist nicht etwa, weil ich mich falsch geschminkt habe oder so etwas, und es kommt auch nicht von unseren Haushaltsberatungen, obwohl es dort vielleicht manchmal etwas heftig herging. Ich habe mich auch nicht geprügelt, es kommt schlicht und ergreifend von einem Sturz beim Wasserskilaufen. So viel zur Aufklärung dieses Auges, sonst hätten Sie überhaupt nicht mehr auf meinen Inhalt geachtet, sondern immer nur auf meine Augen. Das hätte ich in normalen Zeiten noch etwas schöner gefunden.

Jetzt kommen wir doch einmal zum Thema. Da möchte ich Ihnen erst einmal einen kleinen Ausblick geben. Der Umbruch kommt langsam aber er ist gewaltig. Welchen Umbruch meine ich? Ich meine, dass im Jahr 2050 jeder zweite weibliche oder männliche Bundesbürger älter als 60 Jahre sein wird. Der Anteil der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt und es rücken wenig Junge nach. Sie kennen vielleicht die Alterspyramide, früher in Form einer wunderschönen Tanne, heute eine ausgefranste Pappel, weil eben die Relationen nicht mehr stimmen.

Deutschland wird alt, darüber müssen wir nicht erschrecken. Aber auch Hamburg wird dabei keine Ausnahme sein. Dieser demografische Wandel ist sicherlich eine der größten Herausforderungen, die wir in der Politik und auch in der Gesellschaft haben, denn unter dem demografischen Wandel muss auch die Stadtentwicklung neu gedacht werden. Dazu gehört auch die Gestaltung des öffentlichen Raums. Unser Antrag auf Bewegungsräume für Jung und Alt leistet einen Beitrag, um auf die immer älter werdende Gesellschaft zu reagieren. Zugegeben: Es gibt noch andere Reformvorhaben, die eine weitaus größere Bedeutung haben, zum Beispiel alles, was mit dem Thema Pflege und Betreuung von alten Menschen zusammenhängt. Nicht zuletzt hat uns gerade der Fall des Rentners, der in der Wohnanlage gestorben ist, sehr bewegt. Das sind natürlich gewaltige Themen, die angegangen werden müssen.

Doch unser politisches Ziel muss es auch sein, dass wir den Zeitpunkt der Pflege möglichst lange hinauszögern und nach hinten verschieben. Dazu gehört der Erhalt von körperlicher und geistiger Vitalität. Bewegung trägt bewiesenermaßen dazu bei, dass dem geistigen Abbau entgegengewirkt wird.

(Christiane Blömeke)

(Zuruf)

– Wir haben hier einige Beispiele, wie ich gerade höre.

Senioren haben viel Freizeit, theoretisch jedenfalls. Man hört immer wieder von Rentnern, dass sie keine Zeit haben. Die können sie entweder hier in der Bürgerschaft verbringen oder sie können etwas für ihre Gesundheit tun, nämlich sich bewegen. Für die Freizeit und für den Willen gesund zu bleiben, eignen sich die Bewegungsräume im öffentlichen Raum. Es geht dabei nicht um einen Trimpfad im Stadtpark, sondern es geht vielmehr um das Angebot im eigenen Stadtteil, idealerweise gleich auf der Grünfläche um die Ecke. Hamburg hat dazu schon erste zaghafte Versuche gemacht und es gibt Plätze, an denen man hier und da ein gelenkschonendes Sportgerät findet. Aber dieses Angebot gilt es auszubauen. Vor allen Dingen ist es ganz wichtig, dass es hier nicht nur um Sport geht, sondern es geht auch um Kommunikation. Da können wir einmal einen Blick in unsere südlichen Nachbarländer wagen. Zugegebenerweise ist das Wetter dort etwas besser aber die Franzosen machen es uns vor, wenn sich unter dem Schatten der Platanen die älteren Leute – leider sind es dort meistens Männer – zum täglichen Boulespiel treffen. Es müssen nicht unbedingt Platanen sein. Hier in Hamburg haben wir Linden oder Eichen, die tun es auch. Statt Boule kann man auch Boccia oder Schach spielen oder auch gern Boule noch dazunehmen. Aber wichtig ist, dass wir bei der Planung einen Dreiklang aus Bewegung, Fitness und Kommunikation brauchen.

Noch einmal zu unserem Antrag. Wir fordern ganz speziell auch in der Überschrift nicht nur Bewegungsplätze für Senioren – das wäre etwas diskriminierend, denn wir können ja kein Schild an den Eingang stellen: Erst ab 60 Jahren zugelassen –, sondern für Jung und Alt, weil dort natürlich auch Kinder willkommen sind. Es kann auch einmal sein, dass Großeltern mit ihren Enkelkindern diesen Platz genauso aufsuchen wollen, oder Erwachsene mittleren Alters, die nach der Arbeit die Gelegenheit ergreifen wollen, sich zu recken und zu strecken. Bei der Gelegenheit kann ich nur feststellen, dass solche Bewegungsangebote auch hier im Rathaus sehr angebracht wären. Ich glaube, manche Debatte würde anders verlaufen, die Unruhe wäre nicht so groß, wenn einige von uns einmal aufstehen würden und ihre Schultern spannen oder ihre Beine strecken. Das geht auch im Anzug. Vielleicht wäre das der nächste Schritt.

(Beifall bei der GAL)

Klar ist auch, dass wir in unserem Antrag fordern, dass derartige Angebote am besten aufgenommen werden, wenn wir die betreffenden Gruppen mit einbinden, also Senioren, Sport- und Gesundheitsverbände.

Es ist auch so, dass der BSU die Bedeutung dieses Themas bereits bewusst ist, denn es gibt ein Programm "Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg". Damit haben wir bereits einen Rahmen, der die Grundlage für unsere gewollte Erweiterung ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, ob man diese Flächen nun – wie Sie es in Ihrem Zusatzantrag tun – "Mehrgenerationenbewegungsfläche" nennt, oder sie "Spiel- und Freizeitfläche" nennt, wobei dieses keineswegs mit einem Spielplatz zu verwechseln ist, denn das hören die älteren Menschen gar nicht gerne, das wollen wir den Menschen überlassen, die diese Plätze planen. Die Überschrift – Herr Kienscherf, ich weiß nicht, ob der Antrag Ihrer Feder entsprungen ist – ist wirklich das Einzige, was Ihren Antrag von unserem unterscheidet. Ansonsten ist er in den Forderungen nahezu identisch, außer dass Sie in dem einen Punkt noch darauf eingehen, dass die Grünflächen gepflegt werden müssen. Ich denke, darüber können wir noch einmal im Umweltausschuss reden, was für Sie Pflege ist, der kurzgeschorene Rasen oder was auch immer.

Der SPD-Antrag – und damit komme ich gleich zur Abstimmung – wirkt im Ganzen abgeschrieben und weil er nicht nur abgeschrieben wirkt, sondern auch abgeschrieben ist, werden wir ihn ablehnen, denn das Original ist immer besser als die Kopie. Ich denke, unser Antrag ist das Original, das wichtig ist, und mit dem wir einen Beitrag für diese immer älter werdende Gesellschaft leisten. Bewegung hält jung und ich hoffe, dass wir alle bald nach Hause gehen können, damit wir uns auch bewegen können und nicht so schnell altern.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Joithe-von Krosigk: Das Wort hat der Abgeordnete Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte Herr Wersich jetzt reden, aber er hatte gestern schon angedeutet, dass er sich dann doch lieber vorbehält, auf die Reden einzugehen.

Frau Blömeke, zu Ihrem Antrag. Ich will es gar nicht so lang machen, aber Sie haben ausgeführt, dass man unserem Antrag nicht zustimmen und ihn auch nicht überweisen kann, weil da gar keine Unterschiede seien.

Was bei Ihrem Antrag ein bisschen merkwürdig ist, ist die Entwicklung der Zielgruppen von oben bis unten. In der Überschrift steht Jung und Alt, dann gehen wir ein bisschen weiter runter, dann steht dort, Erwachsene jeden Alters sind wichtig. Ganz unten kommt dann, wir wollen das Ganze eigentlich mit Senioren, Verbänden und insbesondere für

(Dirk Kienscherf)

ältere Menschen machen. Da muss ich ehrlich sagen, dass man in einen solchen Antrag etwas mehr Stringenz hineinbringen muss und da muss klar sein, um welche Zielgruppen es eigentlich geht. Das ist das eine.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens geht es uns insbesondere darum, dass wir die Differenzierung zwischen Jung und Alt in dieser Stadt nicht mehr haben wollen,

(Elke Thomas CDU: Genau!)

sondern generationsübergreifende Angebote machen wollen. Und da geht es nicht nur darum, dass man ein paar Kinderspielplätze hat, sondern insbesondere darum, dass man die Defizite im Bereich der Bewegung, die Sie angesprochen haben und die wir nicht nur bei den älteren Menschen, sondern auch im Bereich von Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen mittleren Alters haben, auch aufgreifen muss und wir uns klar dazu bekennen, dass wir Plätze schaffen wollen, die zu mehr Bewegung für alle Generationen führt. Das ist wichtig für unsere Stadt, Frau Blömeke, und deswegen brauchen wir so etwas.

(Beifall bei Michael Neumann und Ingo Egloff, beide SPD)

Darin unterscheidet sich unser Antrag. Sie haben eben so lapidar gesagt, es ginge vielleicht bei Ihnen auch darum, wie kurz der Rasen geschoren ist. Ich will Ihnen einmal ganz deutlich sagen: Wenn Sie sich einmal die Berichte über die Seniorensportplätze anschauen, dann geht es immer wieder darum, dass es in China, Spanien, Nürnberg, Buchholz und Berlin diese Plätze gibt. Das ist alles ganz schön und gut, aber es geht doch darum, dass wir insgesamt die Bewegung in dieser Stadt fördern und da müssen wir attraktive Räume schaffen. Diese attraktiven, wohnortnahen Räume, dort, wo es stattfinden kann, das sind nun einmal die Parks und Grünanlagen. Wenn Sie sich dann einmal anschauen, welche Entwicklungen diese Grünanlagen in den letzten Jahren beschritten haben – wir haben das, glaube ich, auch einmal gemeinsam kritisiert, dass der Senat dort drastisch gekürzt hat und dass zum Beispiel für den gesamten Bereich Hamburg-Mitte für Umgestaltung, Neugestaltung und Instandhaltung von Grünflächen noch ganze 40 000 Euro zur Verfügung stehen –, dann ist es doch nicht weiter verwunderlich, dass immer mehr Mütter, aber auch Jugendliche und Senioren in Hamburg ankommen und sagen, das kann doch nicht so sein, diese Flächen laden nicht mehr dazu ein, dass man sich dort aufhält oder bewegt. Deswegen ist das ein ganz wichtiger Punkt für uns, dass wir sagen, wir schaffen Stätten für mehr Bewegung für Jung und Alt, aber wir wollen ein entsprechendes Umfeld schaffen und das bedeutet auf der anderen Seite, dass wir wieder attraktive Grünflächen in dieser Stadt wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist in der Tat ein relativ komplexes Thema. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass wir das in den Ausschuss überweisen, weil auch Sie wissen, dass gerade ältere Menschen, wenn sie zum Beispiel in ein Sportstudio oder in einen Sportverein gehen, wo solche Geräte stehen, oftmals erst ein ärztliches Attest beibringen müssen beziehungsweise es dort Beratungsmöglichkeiten gibt. Das heißt, es ist immer sehr klug, dass man solche Geräte möglichst individuell einstellt.

Unser Antrag ist nicht abgeschrieben, sondern er geht ein bisschen über das hinaus, was Sie beschrieben haben. Wir sagen auch, dass wir die Erfahrungen, die wir mit diesem Gutachten oder mit dem, was wir da an Pilotprojekten haben im Rahmen dieses Programms "Freiraum und mehr Mobilität für ältere Menschen in der Stadt", weiter nutzen muss. Sie wissen auch, dass wir da zurzeit zu wenig gemacht haben. Da muss mehr passieren. Deswegen wollen wir Bewegungsmöglichkeiten für alle Menschen. Wir wollen bessere Grünanlagen und wir wollen vor allen Dingen neben einigen wenigen Prestigeobjekten eine langfristige Erhaltung dieser Flächen. Das steht auch nicht in Ihrem Antrag. Das heißt, wir wollen, dass auch den entsprechenden Bezirken die notwendigen Instandhaltungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir geben auch einen konkreten Termin, zu dem der Senat berichten soll. Frau Blömeke, Sie schreiben zeitnah, früher haben Sie das ein bisschen konkreter formuliert. All das sind Punkte, die uns deutlich von Ihrem Antrag abheben. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie beides an den Ausschuss überweisen. Da hätten wir das breit diskutieren wollen. Sie machen das nicht. Ich glaube, dass unser sozialdemokratischer Antrag der bessere ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Wersich.

Ekkehart Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, ich hätte dann auch vor Ihnen sprechen können. Ich hatte etwas mehr erwartet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Herr Kienscherf, ich denke, Frau Blömeke hat alles zur Sache gesagt. Für uns hat der GAL-Prüfantrag das Ziel, erste Versuche zur Einführung dieser Angebote in den Bezirken zu unterstützen. Sie wissen, dass es diese Bemühungen in den Bezirken schon gibt, die Zusammenarbeit zu organisieren und mögliche Realisierungen aufzuzeigen und zu unterstützen.

Herr Kienscherf, wenn Sie davon sprechen, dass die Zielgruppen nicht klar seien, dann sehe ich das

(Ekkehart Wersich)

anders. Wir reden über generationsübergreifende Maßnahmen. Natürlich geht Ihr Antrag über das, was die GAL fordert, hinaus. Das sehe ich auch so. Es ist eigentlich ein typisch sozialdemokratischer Oppositionsantrag, und zwar dadurch gekennzeichnet, dass Sie damit eine Reihe von Vorhaltungen gegen den Senat einmischen – das sind wir so gewohnt –, aber dass Sie auch nicht näher bezeichnete erhebliche haushaltsrelevante Forderungen ohne irgendeinen Finanzierungsvorschlag einbauen.

(Michael Neumann SPD: Steuererhöhungen machen wie Frau Ahrons! Eine schöne Steuererhöhung!)

Die Forderungen, Herr Kienscherf, die Sie hier aufstellen, gehen über diese Prüfung hinaus. Das wird nur dadurch gekrönt, dass Sie sagen, dass zu den Haushaltsberatungen auch noch darüber berichtet werden soll. Sie wissen selber, dass das zeitlich völlig unrealistisch ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Was heißt denn zeitnah bei Frau Blömeke?)

Wir haben schon von Frau Blömeke gehört, dass die andere Überschrift natürlich auch nicht darüber hinwegtäuscht, dass die Sache an sich abgeschrieben ist.

(Dirk Kienscherf SPD: War es jetzt etwas ganz anders oder abgeschrieben?)

– Herr Kienscherf, dieser Antrag ist ein echter Kienscherf und den werden wir heute ablehnen. Aber trotzdem vielen Dank für Ihre Mühe.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat der Abgeordnete Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die soziale Spaltung in dieser Stadt nimmt ständig zu. Das zeigen alle Statistiken und Untersuchungen, dass die Folge eine unsoziale Politik der Bundesregierung und des Senats ist. Aber auch die zahlreichen Kürzungen des Senats in den Bereichen Arbeitsmarkt, Kultur, Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik tragen zur sozialen Spaltung bei.

(Christiane Blömeke GAL: Aber auch zum Thema kommen jetzt!)

– Ich komme dazu, wenn Sie Geduld haben.

Auch die Ausgaben des Senats für Spiel- und Freizeitflächen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und unzureichend. Nun liegt ein Antrag der GAL vor, der zunächst gut klingt. Wir wollen nicht Spiel- und Freizeitflächen für Jung und Alt fördern. Die einzelnen Punkte jedoch, die die Bürgerschaft heute beschließen sollen, sind sehr dürftig.

Erstens: Da soll der Senat in Zusammenarbeit mit Senioren-, Sport- und Gesundheitsverbänden untersuchen, welche Geräte wie eingesetzt werden sollen. Das ist aber selbstverständlich in einer Demokratie.

Zweitens: Da sollen geeignete Standorte mit den Bezirken ausgesucht werden. Die Beteiligung der Betroffenen an den Standorten ist offenbar schon nicht mehr vorgesehen.

Drittens: Da sollen die Spiel- und Freizeitflächen gefördert werden, aber es wird mit keinem Wort erwähnt, aus welchem Topf mit welcher Summe. Es wird nicht einmal gefordert, im kommenden Doppelhaushalt 2009/2010 damit zu beginnen, Mittel dafür bereitzustellen.

Viertens: Nun zum Schluss. Soll der Senat der Bürgerschaft darüber berichten. Auch dies ist eine Selbstverständlichkeit.

So bleibt vom ganzen Antrag im Kern nach, dass die Betroffenen von der wichtigen Standortauswahl fernbleiben und die wichtigen Finanzierungen völlig offenbleiben.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Darf ich um etwas Ruhe bitten, damit der Abgeordnete seine Rede halten kann. – Vielen Dank.

Mehmet Yildiz (fortfahrend): Der Antrag tut so, als hätten die Senioren heute nur noch die Sorge, wo sie ihre Freizeit verbringen. Dabei plant die Bundesregierung durch Veränderung der Lebensarbeitszeit, also Rente mit 67 Jahren, eine gigantische Rentenkürzung. Da werden Bahn fahren, Gas, Strom, Lebensmittel immer teurer und die GAL sorgt sich angeblich um Spiel- und Freizeitflächen. Zu den wirklichen Problemen der Senioren sagen Sie nichts, denn zu der Rente mit 67 Jahren oder der wachsende Altersarmut hat sie nichts gesagt.

(Christiane Blömeke GAL: Nein, das ist auch nicht Thema des Antrags!)

– Ich komme dazu. Als einer der jüngsten Abgeordneten dieser Bürgerschaft sage ich ganz deutlich, dass man so mit den Seniorinnen und Senioren nicht umgehen kann,

(Beifall bei Kersten Artus DIE LINKE)

nämlich nur so zu tun, als ob man sich um sie kümmert. Wer für die Jugend etwas tun will, der führt ganz schnell die gebührenfreie Bildung und KITAS ein. Wer für die älteren Mitbürger etwas tun will, der tritt gegen die Rente mit 67 Jahren und gegen die Altersarmut in Dulsberg und woanders an. Wer sich um die Freizeit der Jugend und älteren Menschen sorgt, der gewährt in Schwimmbädern,

(Mehmet Yildiz)

Freizeit- und Kultureinrichtungen freien Eintritt für die ganz Jungen und für Senioren ab 55 Jahren, wie das in manchen anderen Ländern der Fall ist. Wer sich für die jüngeren und älteren Mitmenschen einsetzen möchte, der restauriert Sporthallen, Spielplätze und schließt nicht die Schwimmhallen und die Bücherhallen. Wer für jüngere und ältere Menschen etwas tun möchte, der fördert die Begegnungsstätten, Stadtteilzentren und Sportverbände. Darum lehnen wir als LINKE beide Anträge ab. Wir möchten uns nicht an den Missständen beteiligen, die zu verschleiern sind. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Yildiz, das ist schon ein Phänomen, aber es gelingt der linken Fraktion immer irgendwie, bei jedem Antrag die soziale Spaltung zu debattieren.

(*Kersten Artus DIE LINKE:* Deswegen sitzen wir in der Bürgerschaft! – *Karen Koop CDU:* Ja!)

Wir können jederzeit darüber debattieren, Sie sind frei in der Anmeldung Ihrer Debatten. Sie können jedes Thema anmelden, aber Sie müssen nicht jedes Thema entfremden. Vielleicht hilft es Ihnen, wenn ich Ihnen einmal bildlich erzähle, ich würde Ihnen einen Blumenstrauß mit vielen verschiedenen Blumen überreichen. Da haben wir einen Strauß von Möglichkeiten, wie man Alter und Lebensräume gestalten kann. Viele, viele Blumen aus diesem Strauß sind sicherlich Ihre soziale Spaltung, aber der Blickwinkel muss auch zu den anderen Möglichkeiten und Maßnahmen gehen und dazu gehört zum Beispiel die Schaffung von Bewegungsräumen für verschiedene Alter. Damit komme ich zu Herrn Kienscherf.

Herr Kienscherf, ich finde, Sie müssen langsam wieder auf den Teppich kommen. Bei Ihnen ist das Problem, dass es hier einen klar definierten Antrag gibt, den wir angemeldet haben und debattieren und Sie sagen, da brauchen wir doch die Bewegung für die Kinder und alles Mögliche für die Senioren. Völlig richtig, das brauchen wir, aber es geht hier um eine klar begrenzte Sache, es geht um Bewegungsräume. Wenn Ihnen die Zielgruppe nicht deutlich ist, dann liegen wir da, glaube ich, gar nicht soweit auseinander. Ich habe vorhin auch davon gesprochen, dass Kinder natürlich auch darauf dürfen. Aber ganz wichtig ist es doch bei der Auswahl dieser Geräte, die dort stehen, dass die für eine bestimmte Zielgruppe gemacht sind. Wenn wir in die Städte gucken, die das schon praktizieren – Nürnberg, Madrid, China haben Sie aufgezählt –, dann sind das alles mehr oder weniger gelenkschonende Geräte, die auf ältere Menschen

ausgerichtet sind. Da sage ich natürlich, dass das in der Tat die Zielgruppe ist, die wir uns vorstellen.

Ich würde dort doch nicht Herrn Schira oder Frau Timmermann hinunterscheuchen, nur weil sie eine gewisse Altersgrenze noch nicht erreicht haben. Ich glaube, uns täten gelenkschonende Geräte auch sehr gut. Aber es geht darum – und deswegen ist der Punkt 1 so wichtig – in Zusammenarbeit mit diesen entsprechenden Stellen, derartige Geräte auszuwählen. Wenn man dazu erst ein Gutachten und ein Attest vom Arzt braucht, dann ist das Projekt von vornherein gescheitert. Das sind niedrigschwellige Angebote, wo ich hingehen kann, wenn ich einmal älter bin oder auch jetzt, wenn ich Lust habe, und muss nicht vorher zum Arzt gehen und mir eine Erlaubnis holen, ob ich dort hingehen darf.

Ihre Anregung, eine Planungswerkstatt zu machen oder diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen, ist in diesem Fall einfach nicht angebracht, weil wir alle nicht die Fachexperten dafür sind. Die, denke ich, sitzen zum einen in der BSU, was den Stadtraum angeht, und zum anderen werden weitere Experten zum Beispiel über Landesseniorenbeirat oder andere Organisationen dazugeholt. Wir könnten natürlich eine Expertenanhörung im Ausschuss machen und so weiter und so weiter, aber ich glaube, das wäre ein bisschen übertrieben. Also stimmen wir den Antrag hier ab, lehnen Ihren Antrag aus den Gründen ab, die ich genannt habe, und ich wette, dass wir ein großes Stück weiterkommen. Ich behaupte immer noch – Herr Yildiz, da können Sie zehnmals von sozialer Spaltung sprechen –, dass es ein Gewinn für die Stadt wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, komme ich zur Abstimmung.

Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 19/1004. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der SPD-Antrag aus der Drucksache 19/1004 abgelehnt.

Wer möchte dem GAL-Antrag aus der Drucksache 19/931 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der GAL-Antrag aus der Drucksache 19/931 angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: PPP bei Schulgebäuden und Bewirtschaftung von Schulen.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
PPP bei Schulgebäuden und Bewirtschaftung
von Schulen
– Drs 19/769 –]**

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Herr Bischoff hat das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die vor Ihnen liegende Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE, schließt an an Kleine Anfragen, die Frau Ernst und Herr Buss gestellt haben. Es ist leider wieder einmal der gescheiterte Versuch, diesen Senat dazu zu bringen, vernünftige Antworten zu geben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Auch wenn Frau Goetsch und Herr Wersich das vorhin ganz anders dargestellt haben, möchte ich Ihnen zum Schluss noch nahebringen, dass es wirklich kaum zu überbieten ist, in welcher Weise mit den Abgeordneten und den Anliegen der Fraktionen der Opposition Schlitten gefahren wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie können gerne sagen, dass Sie keinen Wert darauf legen, was wir sonst an politischen Orientierungen im Kopf haben, aber dass Sie sich weigern, einigermaßen vernünftig Antwort auf drängende Fragen der Stadt zu geben, das finde ich ziemlich skandalös.

(Hartmut Engels CDU: Jetzt mal ein schönes Beispiel!)

– Ja, ich zitiere jetzt die Antwort auf die Kleine Anfrage von Herrn Buss. Es geht darum, dass wir im Süden ein großes Investitionsprojekt haben. 32 Schulen wurden ausgelagert und das auf 25 Jahre und da habe ich eine ganz andere Wahrnehmung als Herr Rabe von der SPD. Es ist keineswegs so, dass die GEW da ihre Gewinne reinbuttert, sondern das ist für GEW Gewerbe ein ganz tolles Geschäft. Das ist beschlossen in 2007.

(Wolfgang Rose SPD: GWG, nicht GEW!)

– Ja, GWG. Entschuldigung.

Dieses Ding ist auf den Weg gebracht. Es geht jetzt darum, was in der Nachfolge passiert. Wir lesen heute in der Tageszeitung "Die Welt", dass diese Methodik der verdeckten Privatisierung auf alle weiteren 440 Schulgebäude ausgeweitet werden soll. Da ist es schon die Aufgabe der Opposition, einmal zu hören, wie die Wirtschaftlichkeitsrechnung aussieht und wie die Erfahrungen sind. Was hat der Senat auf die Anfrage von Herrn Buss geantwortet – bei uns ist es sinngemäß dasselbe, nur dass Sie da noch mehr Zeit hatten, dabei ist aber auch nichts herausgekommen –:

"Auf dieser Grundlage"

– also dieses Beschlusses, dieser Praxis von 2007 –

"prüft die zuständige Behörde [...] Möglichkeiten zur Optimierung von Bau und Bewirtschaftung einer Tranche beruflicher Schulen. Im Übrigen sind die Planungen der zuständigen Behörde noch nicht abgeschlossen."

Weiter unten steht dann auf die Frage, ob es Erfahrungen seit 2007 gibt, denn das ist das, was uns interessiert, welche Erfahrungen Sie gemacht haben:

"Eine systematische Erhebung durch die zuständige Behörde ist bislang nicht erfolgt. Die bisherigen Rückmeldungen der teilnehmenden Schulen sind positiv. Im Übrigen sind die Planungen der zuständigen Behörde noch nicht abgeschlossen."

Dieser Satz, im Übrigen sind die Planungen noch nicht abgeschlossen, hindert Sie überhaupt nicht daran, beständig die Presse in dieser Stadt mit Ideen zu füttern, wie man das auf weitere 3 bis 4 Milliarden Euro ausweiten kann. Das ist der entscheidende Punkt, dass wir das gerne einmal vorgestellt bekommen hätten. Es geht also um ein Investitionsvolumen. Wir haben schon gehört, dass Sie nur in Millionengrößen denken. 215 Millionen Euro für Studiengebühren sind ein Klacks. 750 Millionen Euro für die 32 Schulen sind ein Klacks und wahrscheinlich denken Sie auch, die 3 bis 4 Milliarden auf 25 Jahre für alle weiteren 440 Schulgebäude sind ein Klacks. So kann gewiss nicht seriöse Haushaltspolitik,

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

geschweige denn in irgendeiner Weise vernünftige Schulpolitik machen.

Warum liegt uns von der Fraktion relativ viel daran, dieses zum Thema zu machen? Sie wollen und Sie werden – davon bin ich überzeugt – uns in den nächsten Wochen mitteilen, dass Sie die Planungen abgeschlossen haben, dass Sie durchweg nur positive Ergebnisse haben und dass Sie auch die restlichen 440 Schulgebäude mit einem Investitionsrückstau von immenser Größenordnung auf diese Spur auslagern werden.

(Robert Heinemann CDU: Wenn Sie das schon wissen, warum fragen Sie dann?)

– Ich möchte gerne, dass Sie ein bisschen sensibilisiert werden für die Probleme. Ich sage Ihnen jetzt zwei Argumente – ich weiß, dass es spät ist –, die Sie bitte – Sie sind ja die gestalterischen Fraktionen – in die Haushaltsberatungen einbringen.

Das eine Argument ist, dass es bei diesen ÖPP- und PPP-Projekten nach Aussagen aller Fachleute bislang keine empirischen Grundlagen gibt, um

(Dr. Joachim Bischoff)

diese abschließend wirtschaftlich zu bewerten. Das wird Ihnen jeder an diesem Punkt betätigen und das ist ein ziemlich großes Risiko, was darin steckt. Zu Recht bewertet die Kommunalaufsicht ÖPP-Projekte als kreditähnliche Geschäfte, die einer verdeckten Neuverschuldung Vorschub leisten und die Gefahr einschließt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu überfordern. Ich bin davon überzeugt, dass das auch in Hamburg der Fall ist.

Zu Recht sagt der Landesrechnungshof zu diesen beiden Geschäften, die Sie gemacht haben, dass man da besonders sorgfältig sein muss. Aus einer ÖPP-Lösung erwachsen über Jahrzehnte finanzielle Verpflichtungen und Abhängigkeiten des Staates von privaten Partnern. Die Realisierung von ÖPP ist insofern davon abhängig, ob sie sicher gegenüber einer konventionellen Lösung Effizienzvorteile aufweist. Der Rechnungshof hält es für geboten, dass Senat und Bürgerschaft eine transparente, differenzierte Entscheidungsgrundlage erhalten, in der der Wirtschaftlichkeitsvorteil kritisch analysiert wird und die Faktoren, auf denen er maßgeblich beruht, detailliert im Rahmen einer Sensibilitätsbetrachtung benannt werden. Das ist alles für künftig, das heißt für die am Projekt "Modell Hamburg-Süd" teilnehmenden Schulen ist das nicht gemacht worden. Das fordern wir ein, wenn Sie jetzt daran gehen, die weiteren 440 Schulen auf diesen abenteuerlichen Weg zu bringen, dass Sie uns nachweisen, dass die Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Das ist im Gesetz, in der Landeshaushaltsordnung zwingend vorgeschrieben, dass wir diesen Nachweis erhalten. Der Landesrechnungshof hat Ihnen ins Papier geschrieben, was Sie zu berücksichtigen haben, damit die Bürgerschaft in der Lage ist, diese Prüfungen auch vorzunehmen. Ich hoffe, auch wenn Herr Freytag einmal wieder woanders ist, dass Sie das wirklich ernst nehmen, weil wir uns künftig diese Art Schlittenfahrerei mit den Abgeordneten und den Fraktionen nicht länger gefallen lassen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ursprünglich hatte ich gedacht, ein bisschen über die Anfrage zu lästern nach dem Motto: Kleine Anfrage ganz groß oder ähnlich, aber im Grunde genommen fand ich sie bei genauer Betrachtung handwerklich in Ordnung. Sie waren mit den Antworten nicht ganz zufrieden, aber ich kann Ihnen sagen, dass wir durchaus damit einverstanden sind, dass wir die Anfrage in den Schulausschuss überweisen. Da wird mit Ihnen auch nicht Schlitten gefahren, wie Sie das jetzt darstellen, sondern da haben Sie noch einmal die

Chance, die Fragen mündlich zu präzisieren oder zu stellen, wie sie Ihnen da am Herzen liegen. Insofern denke ich, dass da auch Ihren parlamentarischen Rechten Genüge getan wird.

Man hat manchmal den Eindruck, wenn es irgendwo einen Modellversuch gibt, dass manche, bevor der Versuch überhaupt begonnen hat, schon die Antworten wissen wollen.

(Michael Neumann SPD: Frau Goetsch hat den Modellversuch immer abgelehnt!)

Das funktioniert natürlich nicht. Daher sollten wir abwarten, bevor man dazu übereilt Stellung nimmt.

Das Problem als solches ist, dass über die Jahre hinweg ein Investitionsstau von möglicherweise bis zu 3 Milliarden Euro aufgetreten ist. Das ist eigentlich das Hauptproblem an der ganzen Sache.

Ansonsten möchte ich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit in Kurzform sagen, dass der Modellversuch Harburg-Süd nach meinem Dafürhalten gut läuft. Es gibt auch eine ganze Reihe von Argumenten für eine Öffentlich-Private Partnerschaft: Effizienzgewinne und eine schnelle Sanierung ist möglich. Das sind in Kurzform die Argumente. Ich denke, dass wir das im Ausschuss noch etwas intensiver beraten und es für heute dabei belassen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will versuchen, einen etwas anderen Akzent zu setzen. Es gab in der vergangenen Legislaturperiode eine große Bereitschaft, sich auch auf neue Modelle bei den Schulbauinvestitionen einzulassen. Daher ist auch die Verärgerung verständlich, wenn das Parlament dann bei der Umsetzung nicht so begleitet wird.

Wir haben alle in den letzten Jahren bei den Schulbauinvestitionen gelernt, dass die Schulverwaltungen nicht immer die besten sind, wenn es darum geht, umfassende Investitionen auf den Weg zu bringen. Ich will daran erinnern, dass den Senatoren Lange und Peiner die Schulbauinvestitionen vollständig entglitten sind; sie haben 50 Millionen Euro vorweggenommen. Wir haben dazu viele Sondersitzungen gemacht und gleichzeitig – Herr Heinemann wird wieder wach – gab es dann kurze Zeit später wieder erhebliche Reste in den Schulbauinvestitionshaushalten, obwohl viele Schulen dringend auf eine Sanierung warteten. Ich glaube, wir haben erkannt, dass ein ganz großes Risiko darin steckt, dass wir in Zeiträumen von 25 Jahren planen und als Parlamentarier verantwortungsvoll darüber entscheiden müssen, welche Risiken wir künftigen Generationen hinterlassen.

(Britta Ernst)

So eindeutig waren die Anhörungen in der Beurteilung nicht, ob Public Private Partnership im Endergebnis wirklich immer das bessere Geschäft ist. Deshalb brauchen wir eine hohe Aufmerksamkeit bezüglich der Umsetzung. Es funktioniert auch nicht in jedem Fall gut, Public Private Partnership oder ÖÖP sind nicht immer die Erfolgsrezepte. Sie gehen gerade bei der HafenCity Universität baden, dort ist Ihre ganze Zeitplanung ins Rutschen geraten, weil es Ihnen nicht gelungen ist, einen Partner in der Privatwirtschaft zu finden. Das zeigt auch, dass es nicht nur darauf ankommt, es zu machen, sondern auch wie man es macht.

Ich stelle mir die Frage, ob die Verträge, die Sie mit der GWG im letzten Jahr geschlossen haben, überhaupt zu den Schulreformen passen, die in den nächsten Jahren auf den Weg gebracht werden sollen; Sie planen doch erhebliche Schulbauinvestitionen. Ergebnis der regionalen Schulkonferenzen wird sein, dass man, vermute ich, an den Schulen räumlich anbauen muss. Überhaupt nicht berücksichtigt wurde, ob diese Verträge eine Flexibilität haben, damit das nicht zulasten der Steuerzahler geht, da dort ganz viel verändert werden muss; insofern gibt es viele Risiken.

Der zweite Punkt, der uns bewegt, ist, dass die Bürgerschaft damals einvernehmlich dem Senat etwas auf den Weg gegeben und gesagt hat, wir finden es okay, dass dieses Modell stattfindet, aber wir wollen, um die Vergleichbarkeit sicherzustellen, dass auch andere Modelle in der Stadt ausprobiert werden. Das findet sich auch in den Anträgen wieder, die die CDU ins Parlament eingebracht hat. Es ist nämlich gesagt worden, wir wollen prüfen, ob es eine moderne staatliche Verwaltung nicht auch schafft, Gebäude einmal in einer Lebenszyklusperspektive zu sehen und über bessere Finanzierungsmöglichkeiten damit Schritt halten kann. Das ist ein guter Vorschlag, weil er erst die richtige Vergleichbarkeit darstellt, denn wir vergleichen sonst eine hypothetische Realität mit einer konkreten Realität.

Deshalb bestand Einvernehmen in allen Fraktionen, auch von der GAL und der SPD getragen, diese optimierte Eigenrealisierung – ich glaube, so haben wir das genannt – einmal zu machen. Nun stellen wir aber fest, dass davon gar nicht mehr viel die Rede ist, sondern wir haben den Eindruck, dass sich der Senat vollständig von diesen Überlegungen verabschiedet hat, dass es überhaupt nicht mehr darum geht, zu optimieren, sondern dass ganz andere Optionen in der Stadt gepredigt werden, insbesondere durch Senator Freytag, der heute nicht hier ist.

Ich kann für die SPD sagen, dass wir eine Modernisierung wollen, aber wir wollen keine Privatisierung; genau aber dies passiert. Die Debatte der letzten Monate und auch Tage hat gezeigt, dass im Senat sehr ernsthaft darüber nachgedacht wur-

de, die Schulgebäude vollständig zu verkaufen, und zwar nicht aus schulpolitischen Gründen, sondern um Haushaltslöcher zu stopfen. Deshalb sind wir in einer völlig anderen Situation. Es geht überhaupt nicht mehr darum, welche Modelle erfolgreich sind, sondern es geht darum, ob Sie der Welle der Privatisierung, die wir bei Schulgründungen gerade beobachten, noch eins draufsetzen, indem Sie die öffentlichen Schulgebäude gleich ganz verkloppen. Diese Debatte haben wir im Moment und ich finde es empörend, wie hier mit öffentlichen Bauten umgegangen werden soll, wie leichtfertig sie zum Spielball von finanzpolitischen Finanzierungstricks werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Man muss es wirklich einmal sagen: Durch die in den letzten Tagen bekannt gewordenen Überlegungen soll das Versagen der CDU in der Finanzpolitik jetzt übergeleitet werden, indem der Schulhaushalt diese Lasten der vergangenen Jahre tragen soll; das ist ein empörender Vorgang. Was wir brauchen, sind besser sanierte Schulen, aber keine Verschiebungen in öffentlichen Haushalten, um Schattenhaushalte aufzubauen und Ihre schlechte Finanzierungspolitik zu kaschieren. Ich bin gespannt auf die Diskussion im Ausschuss. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bischoff, wenn es darum geht, über PPP- oder ÖÖP-Projekte zu reden oder so etwas in Betracht zu ziehen, dann hat man bei Ihnen immer das Gefühl, es gehe um finstere Verschwörungen, um irgendwelche Ideologien und ähnliche Dinge. Ich will Ihnen einmal die finanzielle Situation dieser Stadt in Infrastrukturprojekten schildern,

(Ekkehart Wersich CDU: Das verstehen die gar nicht!)

die nicht nur die Schule betreffen, sondern auch viele andere Infrastrukturbereiche, was dann auch erklärt, warum fast alle Senate, egal welcher Couleur oder Regierung, über solche Modelle nachdenken.

Wir leben in einer Stadt, in der seit Jahrzehnten die finanziellen Mittel für Infrastrukturmaßnahmen, die man bräuchte und die gewünscht sind, nicht ausreichen. Jeder Senat muss Schwerpunkte setzen und sagt dann in dem einen oder anderen Bereich, das wird jetzt gemacht, und zwangsläufig reicht die Decke dann an anderen Stellen nicht. Die Opposition ruft dann immer zu Recht Skandal, da passiert zu wenig und letztendlich bauen sich in verschiedenen Bereichen dann über Jahrzehnte – man

(Jens Kerstan)

muss hier wirklich von Jahrzehnten sprechen – Sanierungsstaus oder Investitionsrückstände auf.

Wenn man sich das einmal anguckt, dann sagt es über unsere Gesellschaft eine ganze Menge, dass es gerade Schul- und Hochschulgebäude sind, die, wenn man Entscheidungen treffen muss, was zuerst gemacht wird, Straße bauen, Kaimauer bauen oder eine Schule sanieren, in den letzten Jahrzehnten, egal wer regiert hat, immer zurückgestellt wurden. Damit kann man sich abfinden und sagen, wir haben einen Sanierungsstau. Und wenn man sich die knappen öffentlichen Mittel anguckt, dann weiß man, dass es, wenn man das aus dem Haushalt heraus finanziert, wahrscheinlich wieder Jahrzehnte dauern wird, bevor man dort vorankommt. Letztendlich ist ein ÖÖP- oder PPP-Modell der Versuch, sich nicht damit abzufinden, dass das noch ewig dauert, sondern dass es schneller gehen soll, in einem bestimmten Bereich voranzukommen, auch bei knappen Finanzierungsmitteln.

Eines will ich Ihnen einmal ganz deutlich sagen. Wir haben in den letzten Wochen bei den Beratungen über den nächsten Doppelhaushalt nicht nur gesagt, irgendwie muss man das finanzieren, sondern wir wollen die Sanierungen der Schulen, verglichen mit den letzten Jahren, deutlich beschleunigen, weil es ein Skandal ist, dass unsere Kinder in Schulen sitzen, in denen der Schwamm sitzt und wo der Putz von der Decke fällt. Darum ist es auch richtig, über alle Varianten zu reden, die notwendig sind, und das ist keine Verschwörung, sondern eine notwendige, sinnvolle und vorausschauende Politik, die dort betrieben wird.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Um ein Gerücht auszuräumen, weil es in allen möglichen Zeitungen immer wieder mit nicht genannten Personen oder nicht genannten Quellen auftaucht: Bei unseren Beratungen hat in keiner einzigen Minute eine Rolle gespielt, die Schulen komplett an private Investoren zu verkaufen. Wir haben viele Modelle geprüft – ich war dabei – und dies war kein Modell, über das wir auch nur eine Minute nachgedacht haben. Nehmen Sie dies einfach mal zur Kenntnis, auch wenn es in der "Bild"-Zeitung oder sonst woanders geschrieben steht.

(Michael Neumann SPD: Waren Sie denn bei Höffner dabei?)

Manchmal habe ich den Eindruck, Sie wollen das unbedingt glauben, aber es war nicht so.

Ich verstehe, dass Sie jetzt über dieses Thema reden wollen, weil wir einen Doppelhaushalt haben. Das Modell Süd in Harburg – die GWG und die SAGA machen das im Auftrag der Stadt – ist nicht das Modell, für das wir uns in diesen Beratungen entschieden haben, sondern es wird ein Landesbetrieb oder eine Betriebsgesellschaft gegründet,

die keine Tochter der SAGA/GWG ist. Das mag auch das Ergebnis von Prüfungen sein, die bis zuletzt in der Bewertung des Modells in Harburg eine Rolle gespielt haben, ohne zu sagen, dass es schlecht gelaufen ist. Aber da gebe ich Ihnen immer Recht, man kann vieles besser machen.

Letztendlich ist doch der entscheidende Punkt, dass wir wissen,

(Michael Neumann SPD: Wer wird denn da Geschäftsführer?)

wir haben hohe Investitionen im Hafen und müssen sie finanzieren, die Straßenbauprojekte sind seit Jahrzehnten völlig unterfinanziert. Wir wollen vor diesem Hintergrund, ohne in diesen Bereichen weniger zu investieren, im Bereich der Schulen mehr investieren. Diese Aufgabe wird in städtischer Regie durch eine hundertprozentige Tochter der Stadt oder einen Landesbetrieb in den nächsten Jahren beschleunigt angepackt.

(Michael Neumann SPD: Rathausbetriebsgesellschaft!)

Ich glaube, das ist kein Problem, sondern gut so, denn wir können es nicht mehr akzeptieren, dass der Zustand an den Schulen so bleibt wie jetzt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir können gerne im Ausschuss einmal über das Projekt reden, das im Süden gestartet ist. Wir werden auch im Haushaltsausschuss und bei den Haushaltsberatungen über das dann vorgeschlagene Modell reden. Aber ich muss mich doch sehr wundern, wenn ich hier auch von der SPD höre, das seien Privatisierungen, die wir dort pflanzen. Beide Parteien haben gemeinsam gegen die Privatisierung des LBK gekämpft. Wenn ich Sie jetzt so höre, dann war das ja ein privatisierter Betrieb, bevor er an Asklepios verkauft wurde. Das ist nun wirklich eine ganz absurde Argumentation. Sie haben einfach den Wunsch, Ängste zu schüren, und ich glaube nicht, dass das angesichts des Problems eine angemessene Antwort ist.

Insofern haben wir gute Entscheidungen im Senat getroffen. Wir haben jetzt an mehreren Stellen Gelegenheit, im Detail darüber zu reden, und das sollten wir auch wirklich tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Ist ja gut, dass Sie es klar gestellt haben! Das wussten wir noch gar nicht, Herr Kerstan!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch einmal drei Klarstellungen. Zum einen bin ich ein bisschen enttäuscht, Herr Bischoff, da Sie sonst immer sehr

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

differenziert reden, dass Sie plötzlich nicht wahrhaben wollen, dass wir noch am Planen sind. Wir hatten gerade eine Sommerpause und unsere Behörde musste das eine oder andere vorbereiten.

Ich will aber noch einmal deutlich sagen: Die Schulgebäude werden nicht verkauft – dafür stehe ich hier mit meiner Person –, sie bleiben im Vermögen der Stadt und das ist auch die Notwendigkeit, warum wir das Ganze auf den Tisch gepackt haben. Ich verfolge das seit zehn Jahren, aber wir haben zehn Jahre lang keine entsprechende Wahrheit erfahren, wie es tatsächlich aussieht. Erschwerend kommt hinzu – Frau Ernst hat es schon genannt –, dass beim Schulbau immer Schwierigkeiten aufgetreten sind und es sich wirklich um 3 Milliarden Euro Sanierungsbedarf handelt. Auch kommen Schulbauten dazu, die aus den Sechzigerjahren stammen. Da wäre es egal, wer jetzt regiert, diese Dinger sind einfach Schrott. Wir haben jedes Jahr 200 Millionen Euro Schäden zu begleichen und das addiert sich. Das heißt, wir können nicht weiter zugucken und warten, denn die Tendenz ist steigend. Deshalb müssen wir schnell handeln und ich trage als Schulsenatorin dafür die Verantwortung.

Wir prüfen zwei Modelle, aber keinen Verkauf; Herr Kerstan hat das noch einmal betont. Diese beiden Modelle müssen mit ihren Vor- und Nachteilen angeguckt werden und wir werden das dann ausführlich im Ausschuss darstellen. Das ist eine ziemlich komplexe Angelegenheit, in dem Punkt gebe ich Ihnen Recht. Es geht um Wirtschaftlichkeit und da kann man nicht irgendwie sagen, das geht jetzt alles an die SAGA/GWG. Das wäre zu billig und verantwortungslos und das will ich nicht.

Beim dritten Punkt geht es um die Hausmeister. Alle, die mich kennen, wissen, dass es meine große Sorge ist, vernünftig zu agieren für den pädagogischen Betrieb Schule. Insofern müssen wir in den Modellen für die Hausmeister eine arbeitsvertraglich vernünftige und befriedigende Lösung finden, eben auch als pädagogische Hausmeister. Also gedulden Sie sich noch einen Moment, wir werden es in Kürze darlegen und dann ausführlich im Ausschuss erläutern. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat der Abgeordnete Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Goetsch, ich gebe gerne zu, dass mein schwacher Punkt ist, nicht geduldig zu sein. Ich möchte bei all dem, was vor uns liegt – ich wollte nicht undifferenziert an die Sache herangehen –, mit allem Nachdruck darum bitten, dass eine für die Bürgerschaft nachvollziehbare Abrechnung dieses Modellversuchs Hamburg-Süd erfolgt. Dabei sollten Sie bitte berücksichtigen,

was Ihnen der Landesrechnungshof im letzten Bericht vorgegeben hat. Das ist völlig unabhängig davon, was ansonsten weiter passiert. Mir ist ganz wichtig, dass wir endlich einmal die Berichte und Abrechnungen auf den Tisch bekommen.

(Robert Heinemann CDU: Haben wir doch schon seit 25 Jahren!)

– Ja, es dauert 25 Jahre.

Aber Sie müssen schon zur Kenntnis nehmen, auch wenn Sie hier rumquäken, dass der Landesrechnungshof bei einem solchen Projekt von 750 Millionen Euro darauf besteht, dass das nachweisbar in kleineren Schritten abgerechnet wird. Was hier zur Diskussion stand, ist, dass Sie uns abgespeist haben, obwohl wir nur ganz höflich nachgefragt haben, dass wir das gerne sehen würden.

Beim zweiten Punkt, Herr Kerstan, bin ich dann wirklich im Ausschuss sehr gespannt. Der Wirtschaftsweise Bofinger hat gerade einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er von der Entstaatlichung und dem Kompetenzverlust des bundesrepublikanischen Staates spricht. Was hat sich da eigentlich abgespielt, warum haben wir diesen gigantischen Investitionsstau? Wir haben das vorhin auch bei der Universität diskutiert.

(Barbara Ahrons CDU: Da müssen Sie mal die SPD fragen!)

Die Zukunft Hamburgs soll angeblich bei Ihnen in guten Händen sein. Ich bin sehr gespannt, wie wir diesen gigantischen Investitionsstau wegstreichen. Und drittens sage ich Ihnen, das bekommen wir nicht über solche wirklich sehr dubiosen ÖÖP- oder PPP-Projekte weg.

(Beifall bei der LINKEN und bei Jan Quast SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Herr Tschentscher, Sie haben noch für drei Minuten das Wort.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* – Ich brauche wahrscheinlich nur zwei Minuten, Herr Präsident.

Debatten zu fortgeschrittener Stunde haben doch noch einen Sinn. Wir haben endlich eine Frage beantwortet bekommen, wie das mit den Schulgebäuden ist. Herr Kerstan, vielen Dank. Wir sind neugierig, wie Herr Bischoff gesagt hat, wir sind aber auch sehr interessiert, was aus den Schulen wird. Sie haben die Frage jetzt beantwortet. Es gibt also einen Landesbetrieb, der das alles übernehmen und organisieren soll. Ich bin gespannt, wie das von der Kapitalseite aussieht, wie Sie uns das in Zukunft erklären.

Frau Senatorin, Sie haben wieder davon gesprochen, dass es zwei Varianten gebe.

(Dr. Peter Tschentscher)

(Jens Kerstan GAL: Das habe ich auch gesagt! Sie müssen mal besser zuhören!)

– Ach, das haben Sie auch gesagt.

Dann gibt es also noch eine zweite Variante, die habe ich noch nicht begriffen. Wir sind jedenfalls sehr interessiert und sehr neugierig.

Eine zweite, von Frau Ernst noch einmal gestellte Frage ist aber noch nicht beantwortet und die ist tatsächlich hier beschlossen worden, wenn ich die Protokolle richtig verstanden habe, auch auf Antrag der CDU-Fraktion. Der Senat wurde ersucht, Modelle zu entwickeln, die die notwendige Effizienzsteigerung gewährleisten – bezogen auf das Gebäudemanagement –, und zwar alternativ zu diesem Modell Hamburg-Süd, damit man endlich einmal vergleichen kann, ob das Modell, das jetzt über die GWG funktionieren soll, tatsächlich am Ende in der Evaluation günstiger ist als das, was in öffentlicher Hand vielleicht bei ähnlichen Modellen, Zyklusbetrachtungen und Ähnlichem gemacht wird. Diese Frage ist leider noch nicht beantwortet. Das wäre aber eine wichtige Frage, wenn wir uns lang-

fristig darüber Gedanken machen, wie öffentliche Schulgebäude effizient und im Sinne der Bedarfsträger gut verwaltet werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/769 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung der Drucksache 19/769 an den Schulausschuss einstimmig angenommen worden.

Die Sitzung ist damit beendet und ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ende: 21.19 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elisabeth Baum, Bülent Ciftlik, Natalie Hochheim und Christel Oldenburg

Anlage

(siehe Seite 460)

Namentliche Abstimmung**über den Bericht des Haushaltsausschusses zu der Drucksache 19/552:****Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes, hier: Neugestaltung der Studienfinanzierung (Senatsantrag)****Drucksache 19/939**

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Barbara Ahrons	Ja	Martina Gregersen	Ja
Kersten Artus	Nein	Andy Grote	Nein
Elke Badde	Nein	Uwe Grund	Nein
Jan Balcke	Nein	Nebahat Güclü	Ja
Horst Becker	Ja	Eva Gümbel	Ja
Ksenija Bekeris	Nein	Michael Gwosdz	Ja
Wolfgang Beuß	Ja	Norbert Hackbusch	Nein
Joachim Bischoff	Nein	Metin Hakverdi	Nein
Christiane Blömeke	Ja	Jörg Hamann	Ja
Olaf Böttger	Ja	Rolf Harlinghausen	Ja
Thomas Böwer	Nein	Heiko Hecht	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Nein	Robert Heinemann	Ja
Wilfried Buss	Nein	Roland Heintze	Ja
Bernd Capeletti	Ja	Linda Heitmann	Ja
Alexandra Dinges-Dierig	Ja	Klaus-Peter Hesse	Ja
Gabi Dobusch	Nein	Dora Heyenn	Nein
Anja Domres	Nein	Jens Kerstan	Ja
Andreas Dressel	Nein	Dirk Kienscherf	Nein
Dieter Dreyer	Ja	Thilo Kleibauer	Ja
Barbara Duden	Nein	Rolf-Dieter Klooß	Nein
Ingo Egloff	Nein	Martina Koeppen	Nein
Gunnar Eisold	Nein	Karen Koop	Ja
Hartmut Engels	Ja	Thomas Kreuzmann	Ja
David Erkalp	Ja	Anne Krischok	Nein
Britta Ernst	Nein	Wolfgang Joithe - von Krosigk	Nein
Thomas Felskowsky	Ja	Harald Krüger	Ja
Lydia Fischer	Ja	Rüdiger Kruse	Ja
Friederike Föcking	Ja	Philipp-Sebastian Kühn	Nein
Günter Frank	Nein	Hans Lafrenz	Ja
Egbert von Frankenberg	Ja	A. W. Heinrich Langhein	Ja
Marino Freistedt	Ja	Gerhard Lein	Nein
Jörn Frommann	Ja	Dittmar Lemke	Ja
Hanna Gienow	Ja	Bettina Machaczek	Ja
Thies Goldberg	Ja	Brigitta Martens	Ja
Jens Grapengeter	Ja	Lutz Mohaupt	Ja

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Antje Möller	Ja	Jenny Weggen	Ja
Stephan Müller	Ja	Ekkehart Wersich	Ja
Farid Müller	Ja	Monika Westinner	Ja
Wolfgang Müller-Kallweit	Ja	Mehmet Yildiz	Nein
Arno Münster	Nein		
Michael Neumann	Nein		
Ralf Niedmers	Ja		
Olaf Ohlsen	Ja		
Aygül Özkan	Ja		
Mathias Petersen	Nein		
Wolfhard Ploog	Ja		
Jan Quast	Nein		
Ties Rabe	Nein		
Hans-Detlef Roock	Ja		
Wolfgang Rose	Nein		
Andrea Rugbarth	Nein		
Monika Schaal	Nein		
Martin Schäfer	Nein		
Jana Schiedek	Nein		
Frank Schira	Ja		
Stefan Schmitt	Nein		
Christiane Schneider	Nein		
Birgit Schnieber-Jastram	Ja		
Sören Schumacher	Nein		
Karl Schwinke	Nein		
Richard Seelmaecker	Ja		
Viviane Spethmann	Ja		
Dorothee Stapelfeldt	Nein		
Hjalmar Stemmann	Ja		
Birgit Stöver	Ja		
Carola Thimm	Nein		
Elke Thomas	Ja		
Juliane Timmermann	Nein		
Karin Timmermann	Nein		
André Trepoll	Ja		
Peter Tschentscher	Nein		
Carola Veit	Nein		
Thomas Völsch	Nein		
Kai Voet van Vormizeele	Ja		
Andreas Waldowsky	Ja		
Andreas C. Wankum	Ja		
Karl-Heinz Warnholz	Ja		